

Die Rolle Chinas in der internationalen Politik: innen- und außenpolitische Entwicklungen und Handlungspotenziale

Heberer, Thomas; Senz, Anja D.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heberer, T., & Senz, A. D. (2006). *Die Rolle Chinas in der internationalen Politik: innen- und außenpolitische Entwicklungen und Handlungspotenziale*. (DIE Discussion Paper, 3/2006). Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-113758>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Die Rolle Chinas in der internationalen Politik

Innen- und außenpolitische Entwicklungen und Handlungspotenziale

Thomas Heberer / Anja D. Senz

Bonn 2006

Heberer, Thomas: Die Rolle Chinas in der internationalen Politik : Innen- und außenpolitische Entwicklungen und Handlungspotenziale / Thomas Heberer ; Anja D. Senz. – Bonn : Dt. Inst. für Entwicklungspolitik, 2006. – (Discussion Paper / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik ; 3/2006)
ISBN 3-88985-304-8

Thomas Heberer ist Professor für Politik Ostasiens mit dem Schwerpunkt China am Institut für Politikwissenschaft und am Institut für Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen. Er beschäftigt sich u.a. mit dem politischen, sozialen und institutionellen Wandel in China.
E-Mail: heberer@uni-duisburg.de

Anja D. Senz, M.A. ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich 2 (Sozialwissenschaften) der Universität Duisburg-Essen. Sie war viele Jahre am Institut für Politikwissenschaft und am Institut für Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen tätig. Sie befasst sich u.a. mit Fragen lokaler Politikgestaltung in China und mit dem politischen, sozialen und institutionellen Wandel in Greater China.
E-Mail: senz@uni-duisburg.de

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

1	Bedeutung Chinas in der Welt und in der Region Ost-/Südostasien	1
1.1	Ökonomische Trends	2
1.1.1	Wirtschaftswachstum und Schattenseiten	3
1.1.2	Energie- und Rohstoffproblematik	8
1.1.3	Außenwirtschaftsbeziehungen	11
1.1.4	Währungspolitik	15
1.2	Ökologische Trends	16
1.3	Politische Trends	21
1.4	Gesellschaftlicher und politischer Reformdruck	23
1.5	Demographische Trends	25
1.6	Probleme sozialer Sicherungssysteme	26
1.7	Wachsende Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit im städtischen Raum	28
1.8	Zusammenfassung der Trends in den binnenpolitischen Entwicklungen	29
1.9	Perspektiven	33
2	China in der internationalen Politik	38
2.1	Außenpolitische Trends	38
2.2	Multiple außenpolitische Akteure	41
2.3	Unterschiedliche Interpretationsansätze chinesischer Außenpolitik	42
2.4	Chinas Haltung zur UNO, zur Reform der Vereinten Nationen und das Engagement in internationalen Organisationen	43
2.5	Innerchinesische Diskurse über die internationale Entwicklung	47
2.6	Innerchinesische Diskussion über Globalisierung	48
3	Ausgewählte Einzelfragen mit internationaler Relevanz	50
3.1	Die Taiwanfrage	50
3.2	China und Nordkorea	52
3.3	Kampf gegen Terrorismus	53
3.4	Haltung in Fragen der Weltwirtschaft	54
3.5	Schutz geistigen Eigentums	54
3.6	Menschenrechte	55
3.7	Zusammenfassung der Interessenlage der VR China	57
4	Gemeinsame Interessen Europas/Deutschlands und Chinas	60
	Literaturverzeichnis	63

Abbildungen

Abbildung 1:	Dimensionen der zukünftigen Entwicklung Chinas	37
Abbildung 2:	Einflussfaktoren auf die Außenpolitik der VR China	42

Tabellen

Tabelle 1:	Langfristige Problembereiche der VR China mit potentiell starker Auswirkung auf die politische Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung der VR China	32
Tabelle 2:	Chinas internationale Ausrichtung	58
Tabelle 3:	Interessen Chinas im internationalen Kontext	59

Abkürzungsverzeichnis

ASEAN	Association of South-East Asian Nations
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRIC	Brasilien, Russland, Indien, China
CACF	China-Afrika Kooperationsforum
EU	European Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
HIV/AIDS	Human Immunodeficiency Virus/Acquired Immunodeficiency Syndrome
IEA	Internationale Energieagentur
IMF	International Monetary Fund
INGO	Internationale Nichtregierungsorganisationen
IO	Internationale Organisationen
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NGO	Nichtregierungsorganisationen
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
RMB	Renminbi
SEPA	State Environmental Protection Administration
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNOMIL	United Nations Observer Mission in Liberia
UNPKO	UN-Peacekeeping Operations
WFP	World Food Program
WHO	World Health Organization
WIPO	World Intellectual Property Organization
WTO	World Trade Organization

1 Bedeutung Chinas in der Welt und in der Region Ost-/Südostasien

In den letzten Jahren hat sich das Thema „China“ in der internationalen Öffentlichkeit eines großen Interesses erfreut und das Land erfährt insbesondere aufgrund seiner auf den ersten Blick beeindruckenden Wirtschaftsdaten eine zunehmende Aufmerksamkeit. So widmeten sich auch zahlreiche deutsche Magazine, wie z.B. der Spiegel, eingehend der Entwicklung Chinas. Letzterer ging dabei unter dem Titel „China – Geburt einer Weltmacht“¹ weit über das Thema des erfolgreichen wirtschaftlichen Aufschwungs hinaus. Der Tenor, der alle Artikel aus diesem Bereich eint, geht von der Annahme aus, dass die gewaltige Größe und die durch die hohe Bevölkerungszahl bedingte Wirtschaftskraft bereits Chinas weltpolitische Bedeutung induziere.

Tatsächlich sind die Nachrichten aus China beeindruckend und es scheint, dass das Land bzw. seine Führung es versteht, sich mit schillernden Attributen zu umgeben, die Chinas Bedeutung für die Welt prestigeträchtig unterstreichen. Man hört von dem ersten chinesischen „Taikonauten“, Übernahmeangebote für Ölfirmen wie Unocal oder Exxon², dem ersten Formel-Eins-Rennen auf chinesischem Boden, dem Transrapid in Shanghai, dem höchsten Wolkenkratzer der Welt, der – „Taiwan 101“ zum Trotz – in Shanghai errichtet wird; die Olympischen Spiele finden 2008 in Peking statt, die Expo im Jahre 2010 in Shanghai. All dies sind Beispiele für den ökonomischen Erfolg Chinas und sie können auch als Beispiele für Chinas Bestreben gewertet werden, mit dem ökonomischen Aufstieg einen politischen zu verbinden, d.h. eine Führungsposition in der internationalen Gemeinschaft einzunehmen. Allerdings ist Friedrichs kritischer Anmerkung zuzustimmen, der feststellt: „Vor lauter Euphorie blendet man die Gefahren und Probleme, mit denen dieses Land zu kämpfen hat, nur allzu häufig aus.“³ Dabei wichen die Hoffnungen insbesondere in den westlichen Industriestaaten in Bezug auf die chinesische Entwicklung bereits einmal der Ernüchterung, als der Zeit der Öffnung in den 80er Jahren die gewaltsame Niederschlagung der studentischen Protestbewegung im Juni 1989 in Peking folgte.

Wir haben uns im Folgenden zur Beurteilung der Rolle Chinas in der globalen Strukturpolitik nicht nur auf außenwirtschaftliche und außenpolitische Themen konzentriert, sondern explizit wichtige innenpolitische Entwicklungen zur Beurteilung mit einbezogen. Wir gehen davon aus, dass die Rolle Chinas in der Weltpolitik im 21. Jh. primär von seiner inneren Entwicklung abhängt und die regionale wie globale Politik und Wirtschaft nachhaltig von dieser Entwicklung beeinflusst werden. Der Binnenentwicklung des Landes kommt eine erheblich größere Bedeutung zu, als dies in vielen anderen Staaten der Fall ist und hierfür lassen sich die nachfolgend genannten Faktoren anführen:

- (a) Die Entwicklung („Modernisierung“) Chinas ist aus nationalen Gründen allen anderen Faktoren weitgehend übergeordnet. Es lässt sich in diesem Sinne von einer *innenpolitischen Zielhegemonie* sprechen.
- (b) China befindet sich nach wie vor in einem Transformationsprozess, dessen Entwicklung nachhaltig auf außenpolitische Entscheidungen einwirkt.

1 Vgl. Spiegel Spezial, 5/2004 oder DER SPIEGEL 42/2004 v. 11.10.2004.

2 Vgl. Spiegel Online, 01.11.2005; online: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,382661,00.htm> (Stand: 02.11.2005).

3 Vgl. Friedrich (2005, 5).

- (c) China hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend als „lernender“ Staat erwiesen. D.h. innenpolitische Lerneffekte werden graduell und Zug um Zug auch auf außenpolitisches Handeln angewendet und außenpolitische Erfahrungen werden „lernend verarbeitet“.
- (d) Die Größe Chinas und seine regionale und internationale Strahlkraft bewirken, dass eine innere Destabilisierung Chinas gewaltige Auswirkungen nicht nur auf die gesamte asiatisch-pazifische Region, sondern darüber hinaus auch auf die Weltwirtschaft und die Weltinnenpolitik haben würde. Zugespitzt kann man festhalten, dass ein sehr schwaches, krisengeschütteltes China, ebenso wie ein extrem starkes, auftrumpfendes China die Welt zu erschüttern vermag. Das Ziel der internationalen Gemeinschaft sollte es daher sein, Chinas Entwicklung unterstützend zu begleiten, um Ausschläge in die beiden Extreme vermeiden zu helfen.

1.1 Ökonomische Trends

China weist seit der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik im Jahre 1978/79 eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung auf, die davon gekennzeichnet ist, dass das Konzept der weitgehenden internationalen Abschottung der chinesischen Wirtschaft unter Mao aufgegeben und zu einer schrittweisen Integration Chinas in die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge übergegangen wurde.

Die Wirtschaftsentwicklung, die in den letzten 25 Jahren zu einer Verdoppelung der chinesischen Wirtschaftsleistung geführt und den Lebensstandard weiter Teile der Bevölkerung erfolgreich erhöht hat, ist mit starkem regionalen Bezug auf die Küstenregionen im Osten als exportgetriebener Industrialisierungsprozess abgelaufen. Durch diese Konzentration auf die Küstenregionen hat China keine gleichmäßige Wirtschaftsentwicklung erlebt, sondern ist als Wirtschaftsraum von extremen regionalen Disparitäten gekennzeichnet, die auch durch das 1999 initiierte Regierungsprogramm „Entwicklung des Westens“ noch nicht entscheidend verringert werden konnten. In Bezug auf die ökonomische Leistungsfähigkeit, die Kaufkraft, die Infrastrukturausstattung, den technologischen Stand, den Zustrom an Direktinvestitionen und die Einbindung in den Welthandel besteht nach wie vor ein starkes Gefälle zwischen den prosperierenden Gebieten im Osten und dem Hinterland. Problematisch daran ist im ökonomischen Sinne, dass die zur Gewährleistung sozialer Stabilität erforderlichen Angleichungsprozesse zwischen den Regionen letztlich Ressourcen binden werden, die zum Aufschließen der bereits entwickelten Küstenregionen an die global führenden Industrienationen benötigt würden.

Neben dieser Problematik bestehen auch erhebliche Divergenzen innerhalb der Wirtschaftsstruktur, denn das Land verfügt neben einem ausgedehnten, allerdings sinkenden Billiglohnsektor⁴ auch über einige kapital- und technologieintensive Industriezweige.

⁴ Vgl. Abschnitt 1.5 „Demographische Trends“.

1.1.1 Wirtschaftswachstum und Schattenseiten

Die ökonomische Entwicklung Chinas war in den vergangenen 15 Jahren von einem anhaltend hohen Wirtschaftswachstum, das zwischen 8 % und 10 % pro Jahr lag, gekennzeichnet. Auch wenn man konzedieren muss, dass dieses Wachstum von einem niedrigen Ausgangspunkt erreicht wurde, hat China inzwischen in absoluten Zahlen große Erfolge vorzuweisen und belegt, je nach statistischem Konzept, Rang vier bzw. sechs der größten Handelsnationen. Sein Bruttoinlandsprodukt (BIP) war Ende 2003 mit 1,25 Billionen US \$ das sechstgrößte der Erde⁵. Mit einem BIP pro Kopf und Jahr von 1.093 US \$⁶ war China Ende 2003 erstmals der Gruppe der Länder mit „niedrigem mittlerem“ Einkommen zuzurechnen. China belegte im Jahre 2004 im weltweiten Vergleich Platz 132 (nach Kaufkraftparität Platz 116) von 208 untersuchten Ländern.⁷ Die Zahl der entsprechend der internationalen Armutsgrenze definierten absolut Armen hat sich also im Verlauf der Wirtschaftsreformen beträchtlich verringert.

Gleichwohl hat die nationale Statistikbehörde Chinas Ende Dezember erklärt, dass China zur viertstärksten Wirtschaftsmacht der Erde aufgestiegen ist. Mit ca. 2 Billionen US \$ überstieg das BIP das Großbritanniens, Frankreichs bzw. Italiens. Grundlage dieser Neuberechnung war die bessere Erfassung des chinesischen Dienstleistungssektors, kleinerer Betriebe sowie Teile des Agrarsektors auf Grund der ersten landesweiten Wirtschaftserhebung.⁸ Einerseits sinkt dadurch der Anteil der Investitionen am BIP, was Befürchtungen im Hinblick auf eine Überhitzung abschwächt, andererseits dürfte dies das Vertrauen ausländischer Investoren stärken.

Das BIP ergibt sich zu 14,6 % aus landwirtschaftlicher Tätigkeit, 52,3 % entfallen auf den industriellen Bereich und 33,1 % resultieren aus dem Dienstleistungssektor.⁹ Diese Zahlen belegen den relativen Bedeutungsverlust des Agrarsektors, dessen Anteil am BIP im Jahre 1978 noch bei 28,1 % lag. Dieser Befund ist das Ergebnis eines unterschiedlichen sektoralen Wachstumstempos: Während der Anteil des sekundären und tertiären Sektors in den Jahren 1979-2002 mit 11,2 % bzw. 10,1 % zugenommen hat, lag die Wertschöpfungssteigerung im Agrarbereich bei nur 4,6 %.¹⁰ In Bezug auf die Beschäftigungsstruktur ergibt sich jedoch ein anderes Bild. In der Landwirtschaft sind nach offiziellen statistischen Angaben 365,4 Mio. Menschen, das sind knapp 50 % der Arbeitskräfte Chinas, tätig.¹¹

Chinas Entwicklung ist von starken regionalen und sozialen Einkommensdisparitäten gekennzeichnet. Die stärksten Unterschiede ergeben sich im Vergleich Ost-West, zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sowie in Bezug auf das Geschlecht. Während eine Studie der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD) 2004 die

5 Vgl. *Renmin Ribao* 25.02.2005.

6 Im Jahre 2005: ein GNI pro Kopf von 1.290 US \$, nach Kaufkraft 5.530 US \$. Vgl. Weltbank: online: <http://web.worldbank.org> (Stand: 05.12.2005).

7 Vgl. online: <http://siteresources.worldbank.org/DATASTATISTICS/Resources/GNIPC.pdf> (Stand: 10.11.2005).

8 Online: <http://money.cnn.com/2005/12/13/news/international/bc.economy.china.census.reut/> (Stand: 20.12.2005).

9 Vgl. OECD 2004.

10 Vgl. Ye (2004, 14 ff.).

11 Vgl. Information Office of the State Council of the PR China: China's Employment Situation and Policies, White Paper; online: <http://www.china.org.cn/e-white/20040426/htm> (Stand: 05.05.2005).

ökonomischen Ungleichheiten noch geringer als in Staaten wie Brasilien, Mexiko, Südafrika oder Russland einschätzte, kam der *China Human Development Report* 2005 des *United Nations Development Programme* (UNDP) Ende 2005 zu der Auffassung, dass die Stadt-Land Einkommensdisparitäten Chinas die höchsten in der Welt seien.¹² In der Tat hat sich die Einkommensschere in den vergangenen Jahren abrupt vergrößert. Sie ist in einer so kurzen Zeitspanne angewachsen, wie dies bisher nur in den zentralasiatischen Republiken und Russland in vergleichbarer Weise beobachtet wurde.¹³

Der Gini-Koeffizient, Maßstab zur Bestimmung ungleicher Einkommensverteilung, lag in China 1978 noch bei 0,21; im Jahre 1990 erreichte er einen Wert von 0,38 und seit dem Jahr 2000 hat er die als kritische Grenze festgesetzte Marge von 0,4 überschritten;¹⁴ demzufolge besitzen 5 % der Reichsten bereits 50 % der Bankguthaben.¹⁵ Insbesondere zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten Chinas bzw. der Ostküste und den Regionen in Zentral- und Westchina ergeben sich enorme Einkommensunterschiede, die sich in den vergangenen 15 Jahren verschärft haben: Verfügte die ländliche Bevölkerung im Jahre 1990 noch über ein Einkommen, das 45,4 % des städtischen Durchschnittseinkommens entsprach, verschob sich diese Relation bis 2003 auf 30,4 %.¹⁶ Der Engels-Koeffizient, der als Maßstab für den Lebensstandard herangezogen werden kann, weil er den Anteil der Ausgaben für Lebenshaltung (Nahrungsmittel) an den Gesamtausgaben der Haushalte ausweist, verdeutlicht eine insgesamt positive Einkommensentwicklung. Nach Angaben des statistischen Jahrbuchs gab die ländliche Bevölkerung im Jahre 2003 für Nahrungsmittel 45,6 % ihres Einkommens aus (1978 waren es noch 67,7 %) und die städtische Bevölkerung wendete 37,1 % auf (1978 waren es 57,5 %). Der Koeffizient belegt aber auch einen deutlichen Unterschied in der Verfügbarkeit von Einkommen zwischen Stadt und Land von über 8 Prozentpunkten.¹⁷

Die Einkommen der Bauern sind in Relation zu anderen Einkommen nur mäßig gewachsen, weil die Erträge aus landwirtschaftlicher Tätigkeit gering sind, aufgrund der Zersplitterung der Anbauflächen, dem geringen Organisationsgrad der Vertriebswege, dem Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte und deren geringer Wettbewerbsfähigkeit. Arbeits-, Anbau- und Angebotsstrukturen müssten verändert werden, um einen Anstieg der bäuerlichen Einkommen zu erreichen. Die Politik der Regierung zielt allerdings erst seit kurzem auf einen größeren Input in den landwirtschaftlichen Sektor, und der Erfolg dieser Maßnahmen kann derzeit noch nicht beurteilt werden.¹⁸

12 Online: <http://www.undp.org/dpa/pressrelease/releases/2005/december/china-hdr161205.shtml> (Stand: 17.12.05).

13 Vgl. hierzu ausführlich: OECD (2004).

14 Vgl. Han (2004, 20 f.).

15 Das Blaubuch für die chinesische Gesellschaft konstatiert für 2002 einen GINI-Koeffizienten von 0,45, vgl. Li (2004, 74); obgleich dieser Wert sehr wahrscheinlich nach oben korrigiert werden muss. Der Sozialwissenschaftler Zhou Jianming (Direktor des Zentrums für Internationale Strategische Studien an der Shanghaier Akademie für Sozialwissenschaften) sprach in einem vom Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für Politische Bildung und der Konrad Adenauer-Stiftung organisierten Tagung „Aus der Geschichte Lernen“ am 3.7.04 in Brühl von einem GINI-Koeffizienten von 0,53 für den städtischen Raum. Was den Stadt-Land Vergleich anbelange, so müsse dieser Koeffizient noch wesentlich höher veranschlagt werden.

16 Vgl. Schüller (2004, 519).

17 China Statistical Yearbook 2003, 344.

18 Vgl. Wong / Zhang (2002, 215 ff.).

2005 sollen offiziellen chinesischen Angaben zufolge 26,1 Mio. Menschen als absolut arm gegolten haben, d.h. ihnen stand gemäß chinesischer Definition weniger als 0,21 US \$ am Tag zur Verfügung. Im urbanen Raum sollen 22 Mio. Menschen staatliche Sozialhilfe erhalten haben. Die absolute Zahl der Ärmsten wäre damit (nach chinesischer Definition) von 250 Mio. im Jahre 1978 auf ca. 48 Mio. Menschen im Jahre 2005 gesunken. Berechnungen nach internationalen Standards durch die Weltbank schätzen die Zahl der absolut Armen, die von weniger als einem US \$ pro Tag leben müssen, aktuell auf ca. 200 Mio. Chinesen.¹⁹ Insgesamt muss festgehalten werden, dass die Mehrheit der rund 770 Mio. Menschen, die auf dem Land leben, keinen ausreichenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung hat, so ist z.B. die Lebenserwartung auf dem Land um ca. 6 Jahre niedriger als in den Städten. Im chinesischen Bildungssystem, das bis in die 1970er Jahre hinein von politischen Inhalten stark dominiert bzw. temporär gar nicht funktionsfähig war, konnte seit Beginn der Reformpolitik das Bildungsniveau deutlich gesteigert und die Analphabetenrate gesenkt werden. Sie liegt inzwischen bei 4,9 % (Männer) bzw. 13,5 % (Frauen). Statistiken weisen für die letzten 15 Jahre deutliche formale Verbesserungen im Bildungssektor (z.B. Zahl der Schulbesuche, höhere Bildungsabschlüsse) aus. Allerdings sagen diese Daten nichts über die vermittelten Inhalte, die Lernbedingungen und -methoden, den Ausbildungsstand der Lehrer sowie regionale Ungleichheiten aus.²⁰ Gerade die schulische und universitäre Ausstattung in den ländlichen Regionen bzw. Provinzen im Landesinneren ist unbefriedigend, wie eigene Erfahrungen von Forschungsaufenthalten belegen.

Anders als weite Teile der ländlichen Bevölkerung verzeichnet die städtische Bevölkerung erhebliche Einkommenszuwächse. Es entwickelt sich eine Mittelschicht, deren Größe inzwischen auf ca. 18 % geschätzt wird²¹ und deren Kaufkraft rasch zunimmt. Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 100 Mio. Chinesen über ein Jahreseinkommen von mehr als 4.000 Euro verfügen, ca. 40 Mio. haben mehr als 20.000 Euro pro Jahr zu Verfügung und die Zahl der Dollar-Millionäre wird mit etwa 300.000 beziffert.²² Neben dem Erwerb von Immobilien (ca. 50 % der Immobilien in den Städten sind inzwischen in privater Hand) und Autos fließt das verfügbare Einkommen in den Konsum, wobei insbesondere Kleidung, Einrichtungs- und Elektronikartikel von ausländischen Herstellern nachgefragt werden, während bei Haushaltsartikeln, Kosmetik und Nahrungsmitteln chinesische Produkte bevorzugt werden. Demzufolge wächst der Einzelhandel in den Metropolen Chinas jedes Jahr um ca. 10 % und Unternehmen wie IKEA und Metro expandieren zügig auf dem chinesischen Markt.²³

Nach anhaltend hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten kämpfte China im Jahre 2004 mit den Grenzen und Gefahren des Hochwachstums – mit deutlich über 9 % wurden die Planungen der Regierung um über 2 %-Punkte überschritten. Um einer drohenden Überhitzung der Wirtschaft entgegenzuwirken, das Wachstum abzubremsen und dem Aufbau von Überkapazitäten z.B. in der Stahlproduktion entgegenzuwirken, schränkte die chinesische Führung die Vergabe von Krediten insbesondere für den Aufbau neuer Stahl- und Aluminiumproduktionen, für den Immobiliensektor und die Autoindustrie ein. Um die Nachfra-

19 Vgl. Schüller (2004, 520).

20 Vgl. Kaplinsky (2001, 59).

21 *Renmin Ribao* 13.02.2005.

22 Anonym (2004a).

23 Ibid.

ge nach Stahl zurückzuschrauben, wurden auch prestigeträchtige Projekte wie der Bau des Olympiastadions in Peking zurückgestellt. Ende 2004 genehmigte die Regierung allerdings dann den Bau dreier großer Stahlwerke, um der Importabhängigkeit innerhalb der nächsten Jahre entgegenwirken zu können.²⁴ Dieses Beispiel belegt, dass der Staat als entscheidender Akteur den Wirtschaftsprozess nach konjunktureller Lage zu steuern versucht und außenwirtschaftlich die Strategie verfolgt, einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden; es zeigt aber auch, dass die Entwicklung erratische Züge tragen kann.

Neben dem Problem der Überhitzung und den oben erläuterten vielfältigen Einkommensdisparitäten leidet die chinesische Wirtschaft seit Beginn der Reformen an strukturellen Problemen, die aus dem erforderlichen Umbau der Staatsbetriebe resultieren. In China hat eine rasche Privatisierung „von unten“ stattgefunden, nämlich vorrangig durch Betriebsgründungen aus der Bevölkerung heraus. Ca. 90 % aller Unternehmen sind mittlerweile Privatbetriebe, auch wenn die Staatsunternehmen noch fast die Hälfte aller Erwerbspersonen beschäftigen, allerdings mit abnehmender Tendenz. Der Privatsektor ist heute Motor des Wachstums und stellt inzwischen die meisten neuen Arbeitsplätze zur Verfügung.²⁵

Viele Staatsunternehmen hingegen sind hinsichtlich ihrer Produkte und ihrer Kostenstruktur nicht konkurrenzfähig. Sie haben für ihre ohnehin zu großen Belegschaften umfangreiche Sozialleistungen wie Wohnraumbereitstellung, Kranken- und Altersversorgung zu erbringen und sind mit dieser Belastung nur schwer an private Investoren zu vermitteln bzw. in AGs umzuwandeln. Die Probleme mit der Privatisierung der Staatsunternehmen strahlen auch auf den Finanzsektor aus, weil die diesen Bereich dominierenden Staatsbanken Mittel zur Stützung der Staatsbetriebe zur Verfügung stellen müssen. Gleichzeitig müssen sie sich ab 2006 aufgrund der Vereinbarungen der *World Trade Organization* (WTO) dem internationalen Wettbewerb stellen. Große Bemühungen wurden in den letzten Jahren unternommen, um durch Auffanggesellschaften eine Entschuldung der Banken herbeizuführen. Solange der ursächliche Zusammenhang zwischen Banken und Staatsunternehmen jedoch nicht gelöst wird, werden diese Anstrengungen nicht erfolgreich sein. Ein wesentlicher Grund für die derzeitige Stabilität des Bankensystems ist in der ausge dehnten Spartätigkeit der Bevölkerung zu sehen. China hat mit ca. 40 % eine der weltweit höchsten Sparquoten – nicht zuletzt deshalb, weil es neben dem Erwerb einer eigenen Immobilie kaum alternative Möglichkeiten der Geldanlage gibt, denn z.B. die Aktienmärkte sind immer noch von zahlreichen Intransparenzen gekennzeichnet.

Ein weiteres Problem bei der Reform der Staatsbetriebe ist die Freisetzung von Arbeitskräften. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 7 %, allerdings ist diese Ziffer wenig aussagekräftig, weil per definitionem darin nur städtische Arbeitslose erfasst sind. Nach Schätzungen der *Asian Development Bank* liegt die Arbeitslosigkeit auf dem Land bei ca. 30 % (bis zu 300 Mio. Menschen) und in den Städten bei ca. 8,5 %.²⁶ Die Zahl der Wanderarbeiter, die auf der Suche nach Arbeit in China zirkulieren, wird gegenwärtig auf ca. 120–150 Mio. Menschen geschätzt. Weitere Massenentlassungen durch den Umbau der staatseigenen Unternehmen könnten die ohnehin bestehenden sozialen Spannungen verschärfen.

24 Vgl. z.B. Lohse (2005, 52).

25 Vgl. Heberer (2003).

26 Vgl. Friedrich (2005, 8).

Angaben zum Staatshaushalt bzw. der Staatsverschuldung stellen eine Möglichkeit zur Beurteilung der Frage dar, inwieweit der Regierung Ressourcen für die erforderlichen Reformen zur Verfügung stehen. Die offiziellen Angaben zur Staatsverschuldung, nach denen die Neuverschuldung bei 3 % und die Gesamtverschuldung bei ca. 23 % des BIP liegt, erscheinen keinesfalls besorgniserregend. Taube verweist jedoch darauf, dass zahlreiche Faktoren in diesen Angaben nicht berücksichtigt sind. Würde man die in außerbudgetären Fonds akkumulierten Verbindlichkeiten einrechnen, den im Banken- und staatlichen Unternehmenssektor aufgelaufenen Abschreibungsbedarf bewerten, die Schuldverschreibungen der den großen Geschäftsbanken beigeordneten Auffanggesellschaften berücksichtigen und die Deckungslücke im Sozialversicherungsbereich einbeziehen, ergäbe sich eine Gesamtverschuldung in der Größenordnung von über 100 % des BIP.²⁷

Wie sensibel die ökonomischen Zusammenhänge im heutigen China sind, zeigt die Tatsache, dass die Regierung einerseits ein zu hohes Wachstum der Wirtschaft fürchtet, Wirtschaftsexperten jedoch gleichzeitig betonen, hohe Wachstumsraten von über 7% müssten aufrechterhalten werden, um einen Zusammenbruch des gesamten Systems, insbesondere durch eine sich ausweitende Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen sozialen Folgen, zu vermeiden.²⁸

Unter Wirtschaftsexperten erfährt die weitere ökonomische Entwicklung Chinas insgesamt eine positive Beurteilung. Für das Jahr 2005 wird von einem anhaltend hohen Wirtschaftswachstum im Bereich von ca. 8,5 % bei einer gleichzeitigen Inflation von ca. 3 % ausgegangen²⁹ und das dem chinesischen Staatsrat zugeordnete *Development Research Center* prognostiziert bis 2020 ein Wirtschaftswachstum von 7–8 %, falls es gelingt, die Faktorproduktivität, die Urbanisierungsrate, die Investitionen in das Bildungssystem und die technologische Innovation zu steigern.³⁰ Durch die Wachstumsdynamik, die aus der Transformation des Wirtschaftssystems resultiert, und die positiven Impulse, die sich aus der zunehmenden Verflechtung der chinesischen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft ergeben, wird die langfristige ökonomische Entwicklung Chinas auch von westlichen Ökonomen positiv gesehen.

Dass sich die chinesische Wirtschaft keineswegs einfach linear nach oben bewegt, davon zeugt auch der Rückgang in der Bewertung internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Dem *Global Competitiveness Report 2005–2006* des Weltwirtschaftsforums zufolge hat sich China im Jahre 2005 im Hinblick auf den gesamtwirtschaftlichen Kontext von Rang 24 auf Rang 33 verschlechtert. Die Gründe dafür sind in der Zunahme der Inflation durch höheren Verbrauch sowie staatlichen Restriktionen privater Sparguthaben zu suchen. Auch im Hinblick auf die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit rutschte China von Platz 47 auf Rang 57 ab. Dies gilt entsprechend für den Technologieindex oder die Bewertung öffentlicher Institutionen. Ohne Lösung der Probleme in den öffentlichen Institutionen, so lautet die Prognose, sei mit einem weiteren Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit zu rech-

27 Vgl. Taube (2003, 45 ff.).

28 Anonym (2002).

29 Vgl. Hong et al. (2005, 52 ff.).

30 Vgl. Schüller / Albrecht (2005, 21 ff.).

nen. Die sozialen Sicherungssysteme, das Bankensystem, das Bildungs- und das Rechtssystem müssten dringend verbessert werden.³¹

1.1.2 Energie- und Rohstoffproblematik

Wirtschaftswachstum und steigender Lebensstandard führen auch in China zu einem steigenden Energiebedarf. Die wirtschaftliche Prosperität ist jedoch zunehmend durch den Energiemangel in China bedroht. Im Jahr 2004 traten bereits so massive Stromengpässe auf, dass sie sich infolge von Zwangsabschaltungen von Produktionsstätten ökonomisch negativ auswirkten. Chinas Energiebedarf ist in den vergangenen Jahren fast doppelt so schnell wie die Wirtschaft selbst gewachsen. Der Pro-Kopf-Stromverbrauch liegt mit 1.300 Kilowattstunden zurzeit bei ca. der Hälfte des Weltdurchschnitts. Schätzungen zufolge fehlen für das Jahr 2005 etwa 30.000 bis 40.000 Megawatt Strom und der Energiebedarf wird jährlich um weitere 20.000 bis 30.000 Megawatt steigen. Das entspricht etwa einem Viertel der deutschen Stromerzeugung. Dieser gegenwärtige Energiemangel, so Ökonomen, ist das Resultat falscher Investitionsentscheidungen Ende der 90er Jahre. Nach Schätzungen der Internationalen Energiebehörde in Paris wird China in den nächsten Jahren ca. 70 Mrd. US \$ jährlich in den Ausbau des Energiesektors investieren müssen, um den Bedarf decken zu können. Zugleich wächst der Druck auf die Politik, Maßnahmen zu ergreifen, um das Energiesparen zu fördern. Im Jahre 2004 wurde z.B. mit der Erhöhung des Strompreises ein erster Schritt in diese Richtung getan.³² Technische Analysen zeigen, dass bei anhaltender ökonomischer Entwicklung ein gleichzeitig begrenztes Anwachsen des Energieverbrauches denkbar ist. Voraussetzung hierfür wären aber adäquate, langfristige energiepolitische Weichenstellungen in Bezug auf die Industriestruktur, Technologie und Effizienz, Energiemix und Emissionswerte.³³

China verfügt über 2 % der weltweiten Ölreserven und importiert bereits seit Beginn der 1990er Jahre Erdöl. Die Erschließung eigener Ölquellen ist sehr kostenintensiv, zumal diese Quellen weitab der Industriezentren in kaum erschlossenen Gebieten lagern. Da der Energieverbrauch pro Kopf derzeit bei etwa der Hälfte des internationalen Durchschnitts liegt, ist von einem weiteren Anstieg des Energiebedarfs auszugehen. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) importiert China inzwischen ca. 45 % seines Bedarfs. Dieser Prozentsatz wird Schätzungen zufolge bis 2030 auf 75 % ansteigen. Neben der Wasserkraft als Energieträger ist zurzeit noch Kohle mit einem Anteil von 70 % am Gesamtenergieverbrauch der Hauptenergieträger, weist allerdings eine schlechte Qualität auf. Im Zeitraum zwischen 2000 und 2004 hat China seinen Verbrauch an Kohle auf 957 Mio. Tonnen pro Jahr verdoppelt (der Verbrauch der USA liegt bei 564 Mio. Tonnen). Die chinesische Regierung plant den Ausbau der Atomenergie von derzeit ca. 1 % auf 4 % im Jahre 2020 – d.h. den Aufbau von insgesamt 32 Atomkraftwerken. Allerdings wird dieser Ausbau dauern, so dass China auch weiterhin stark auf Ölimporte angewiesen sein wird. Derzeit ist es weltweit der zweitgrößte Erdölkonsument.

31 Vgl. dazu China-Telegramm 04/05, 4 und den Bericht unter: <http://www.weforum.org/site/homepublic.nsf/Content/Global+Competitiveness+Programme%5CGlobal+Competitiveness+Report> (Stand: 11.12.2005).

32 Vgl. Lohse (2005, 48 ff.).

33 Vgl. Dai / Zhu (2005, 131 ff.).

Daneben will die chinesische Regierung Gas, Wasser- und Windkraft sowie erneuerbarer Energien fördern. So besteht z.B. eine Zusammenarbeit mit Greenpeace und der European Wind Association zur Förderung der Windenergie. Im März 2005 hat das chinesische Parlament (Nationaler Volkskongress) ein Gesetz über erneuerbare Energien verabschiedet. Bis 2020 sollen 15 % der Energienutzung solche Energieträger (Sonne, Wind, kleine Wasserkraft) umfassen (2005: 7 %). Überdies hat sich China bereit erklärt, 2006 die Weltkonferenz für regenerative Energien auszurichten. Auch will Peking die Stärkung des *United Nations Environment Programme* (UNEP) und dessen Ausbau zu einer Umweltorganisation der Vereinten Nationen vorantreiben helfen.

Neben dem Großprojekt Drei-Schluchten-Staudamm gibt es zahlreiche weitere Vorhaben zur Nutzung der Wasserkraft, insbesondere in den wasserreichen Gebieten in Südwestchina, von wo aus die Energie z.B. in die an Hongkong angrenzende Provinz Guangdong geliefert oder in Nachbarländer exportiert werden soll. Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass nicht nur einzigartige Landschaften rücksichtslos zerstört, sondern auch Hunderttausende Menschen gegen ihren Willen und zumeist ohne jede Mitsprachemöglichkeit umgesiedelt werden.³⁴

Chinas enormer Rohstoffbedarf (Eisenerz, Kohle, Erdöl) macht sich inzwischen durch drastisch gestiegene Weltmarktpreise und durch Engpässe z.B. auf dem Stahlsektor bemerkbar. China war 2004 mit einer Produktion von 260 Mio. Tonnen der weltgrößte Stahlproduzent, musste jedoch zusätzlich 43 Mio. Tonnen hochwertigen Stahls, der bisher im eigenen Land noch nicht hergestellt werden kann, importieren.

Ebenfalls im Jahr 2004 stieg China zum zweitgrößten Ölimporteure nach den USA auf; der Hintergrund hierfür ist u.a. in dem rasant angewachsenen Automarkt zu sehen. Die Ölimporte stammen mehrheitlich aus dem Mittleren Osten (45 %). Aber auch Kontrakte mit Lieferanten aus Russland (8 %) und Afrika (28 %) sowie Zentralasien und Lateinamerika werden vermehrt abgeschlossen, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden.³⁵ 2005 begann China mit dem Aufbau strategischer Ölreserven. Dies sowie die generelle Nachfrage Chinas dürften den Ölmarkt sowie die Ölpreisentwicklung auch in Zukunft nachhaltig beeinflussen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Energie- bzw. allgemeiner ausgedrückt die Ressourcenproblematik für China von vitaler Bedeutung ist, weil sie einen essentiellen Bestandteil einer weiteren positiven ökonomischen Entwicklung darstellt. Dieser ökonomische Fortschritt wiederum wird für ein Mindestmaß an sozialer und politischer Stabilität benötigt mit dem sich das kommunistische System zu legitimieren und damit letztlich sein Überleben zu garantieren versucht. Die Sicherstellung der Rohstoffinteressen Chinas hat aber auch außenpolitische Dimensionen. Im Frühjahr 2005 setzte die chinesische Regierung eine staatliche Energieagentur ein, die direkt dem Premierminister verantwortlich ist. Gemäß den Vorgaben soll die Agentur die Energieabhängigkeit Chinas vom Ausland reduzieren und die Importe von derzeit 12 % des Gesamtverbrauches auf

34 Insbesondere die im Südwesten angesiedelten ethnischen Minderheiten werden von diesen Vorhaben in besonderer Weise betroffen sein, zusammenhängende Siedlungsgebiete könnten zerstört und damit auch der Fortbestand der Kultur in Frage gestellt sein. Lohse verweist auf das Beispiel der Tigersprungschlucht in Yunnan, in diesem Fall wäre die alte Naxi-Kultur vom Untergang bedroht. Vgl. Lohse (2005, 50 f.).

35 Vgl. Zweig / Bi (2005, 37 f.).

5 % drosseln. Verglichen mit Staaten wie den USA (40 %) und Japan (80 %) wäre der Importanteil am Gesamtenergieverbrauch in China damit deutlich geringer.³⁶ Mit Blick auf die Außenpolitik können hier drei Aspekte festgehalten werden:

Zum *Ersten* wird der Rohstoffbedarf Chinas in zunehmendem Maße zu einer Konkurrenz für die Nachbarstaaten und ist Hintergrund für die Territorial-Auseinandersetzungen mit Vietnam, Malaysia und den Philippinen über die Inseln im Südchinesischen Meer, wo Ölvorkommen vermutet werden; gleiches gilt für den Streit zwischen Japan und China um die Erdgasvorkommen im Ostchinesischen Meer. China tritt international auch als Konkurrent für die USA auf, scheint aber bestrebt, zweitrangige Rohstoffmärkte zu erschließen, in denen die USA nicht vertreten sind und eine direkte Konkurrenz somit nicht gegeben ist. In den vergangenen 20 Jahren hat sich China insbesondere um gute Beziehungen zu den Industriestaaten bemüht, in der Hoffnung auf Technologietransfer und Investitionen. Auch wenn diese Inputs weiterhin benötigt werden, richtet sich Chinas Interesse inzwischen verstärkt auf die ressourcenreichen Länder des Südens, um den eigenen Rohstoffbedarf zu sichern. So hat es z.B. im Jahr 2000 das China-Afrika-Kooperationsforum (CACF) ins Leben gerufen, um Handels- und Investitionstätigkeiten mit 44 afrikanischen Staaten zu fördern. Seitdem hat China nicht nur investiert, sondern auch Schulden in Höhe von 1 Mrd. US \$ erlassen. 2004 investierte China nach Staatsbesuchen 1,4 Mrd. US \$ in Lateinamerika und ist damit treibende Kraft hinter den Exportzuwächsen der lateinamerikanischen Länder. Im Jahre 2004 verstärkte China außerdem seinen Handel mit Australien. Die australischen Exporte stiegen bei Eisen um über 40 % und bei Kohle um über 70 % an. China hat damit die Vereinigten Staaten als zweitwichtigsten Handelspartner Australiens bereits verdrängt. Neben dieser investitionsorientierten Strategie nutzt China auch die Möglichkeit der Diplomatie. So wurden beispielsweise die Beziehungen zu Kanada intensiviert, um gemeinsame Projekte zur Rohstofferschließung in Angriff zu nehmen. Neben dem Erwerb von Rohstoffen stellt der Transport eine nicht zu unterschätzende und bisher weitgehend ungelöste Herausforderung dar. Da China beispielsweise keine grenzüberschreitenden Öl-Pipelines besitzt – ein Projekt mit dem russischen Öl-Konzern Yukos scheiterte im Jahre 2003 – ist es im Wesentlichen auf (sichere) Seewege angewiesen. So ist Peking z.B. am Ausbau eines Hafens in Pakistan (Gwadar) beteiligt, verhandelt mit Bangladesh über maritime Einrichtungen und baut militärische Stützpunkte im Südchinesischen Meer aus. Die Umrüstung der chinesischen Marine von einer Küstensicherungs- zu einer Hochseeflotte wird gegenwärtig diskutiert.

Zum *Zweiten* wird das amerikanische Engagement im Irak, in Afghanistan und Usbekistan nicht nur als eine im traditionellen Sinne sicherheitspolitisch relevante Einkreisung Chinas gedeutet, sondern auch als der Versuch verstanden, die zentralasiatischen Erdölvorkommen für die USA zu erschließen. Der Zugang zu Ressourcen wird damit inzwischen als sicherheitspolitischer Faktor interpretiert.

Zum *Dritten* werden politische Entscheidungen z.B. innerhalb der *United Nations Organization* (UNO) tangiert. So lehnte China im September 2004 im UN-Sicherheitsrat eine Verurteilung des Sudan wegen des Völkermordes in Darfur ab, weil der Sudan als potenzieller Erdöllieferant Chinas eingeplant ist (Importe aus dem Sudan decken gegenwärtig 6 % des chinesischen Ölbedarfs).³⁷ Der chinesische Sicherheitsexperte Shen Dingli wird in

36 Ibid.

37 Vgl. *China aktuell* XXXIII (10) 1081 f.

diesem Zusammenhang mit den Worten zitiert: „*Weil wir auf Ölimporte angewiesen sind, müssen wir freundschaftliche Beziehungen zu allen ölproduzierenden Ländern pflegen.*“³⁸

Zugleich muss der große Bedarf an Rohstoffen die Beziehungen zu anderen Großimporteuren (USA) nicht ausschließlich belasten. Vielmehr bestehen in der Sicherstellung des Rohstoffzugangs ja potenzielle gemeinsame Interessen. Die Garantie eines Zugriffs auf konstante Rohölmengen zu geringen Preisschwankungen oder die Sicherung von Schifffahrtsrouten und Öl-Plattformen sind komplexe und teure Unterfangen, die sich in Kooperation effektiv lösen ließen.

1.1.3 Außenwirtschaftsbeziehungen

Nach 1978 ist China einer Reihe von Institutionen und Übereinkünften zur Regulierung der Weltwirtschaft beigetreten. Seit 1980 ist es Mitglied des *International Monetary Fund* (IMF), der Weltbank und der *World Intellectual Property Organization* (WIPO), es folgten der Beitritt zur Internationalen Handelskammer 1995 und die Zulassung zur WTO im Jahre 2001. Dieser Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation war ein wichtiger Indikator für den sozio-ökonomischen Wandlungs- sowie den ökonomischen Globalisierungsprozess, und er kann als ein dauerhaftes Bekenntnis zu einem liberalen, offenen Wirtschaftssystem gewertet werden. Er verdeutlicht zugleich, dass China bereit ist, zunächst Wettbewerbsnachteile auf dem Binnenmarkt in Kauf zu nehmen, um langfristig die binnenwirtschaftlichen Strukturen zu verändern. China ist damit nicht nur eingebunden, sondern wird auch Einfluss auf die institutionelle Gestaltung dieser Organisation nehmen.

Aus Sicht der chinesischen Führung ist die Wirtschaftsordnung Chinas bereits heute als Marktwirtschaft zu klassifizieren, weil dem Privatsektor eine erhebliche ökonomische Bedeutung zukommt und die Preise für die meisten Produkte und Dienstleistungen inzwischen am Markt gebildet werden. Viele Handelspartner Chinas hingegen bemängeln den nach wie vor starken Einfluss des Staates auf die Wirtschaft, insbesondere in der Industriepolitik und der Preisbildung bei Rohstoffen und Exportprodukten. Sie kritisieren unbefriedigende gesetzliche Regelungen z.B. zum Schutz geistigen Eigentums und Verzerrungen im Finanzbereich.³⁹

Der Beitritt Chinas zur WTO wurde im In- und Ausland von Sorgen um die weitere stabile Entwicklung des Landes begleitet. Dieser Beitritt ist Ausdruck der Anpassungsfähigkeit an internationale Prozesse und Ausdruck ökonomischer Lernfähigkeit. Allerdings darf dieser Schritt nicht nur ökonomisch interpretiert werden. Denn er

- stellt ein radikales Liberalisierungsprogramm dar,
- beschleunigt die marktwirtschaftliche Transformation und verändert binnenwirtschaftliche Strukturen,
- fördert die Gleichstellung von Privat- und Staatsunternehmen,
- erhöht den Wettbewerbsdruck auf die Staatsbetriebe und den Agrarsektor,

38 Lohse (2005, 53).

39 Vgl. Schüller (2005, 41 f.).

- stärkt Chinas Attraktivität als Investitionsstandort,
- schafft neue Arbeitsplätze,
- erhöht den Anteil Chinas am globalen Sozialprodukt und Weltexport, dürfte zugleich aber auch
- zum Zusammenbruch weiterer Unternehmen und zunächst zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen; sollte diese Ausweitung der Arbeitslosigkeit – so die Befürchtung – in soziale Unruhen münden, könnte dies die politische Führung in Bedrängnis bringen.

Die außenwirtschaftliche Liberalisierung und marktwirtschaftliche Anpassungen, nicht zuletzt im Zuge des WTO Beitritts, haben in den vergangenen Jahren den chinesischen Außenhandel beflügelt, der zweistellige Wachstumsraten aufweist. Auch verbesserten sich die Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen stetig. Zwischen 1999 und 2003 hat sich das Außenhandelsvolumen mehr als verdoppelt und China wurde zum viertwichtigsten Exporteur weltweit, wobei der Anteil von Agrargütern am Gesamtexport bei 4,8 % (2002) liegt und Importen von 2,5 % gegenübersteht.⁴⁰ Chinas Hauptexportgüter sind nach OECD-Angaben Computer (14,3 %), Kleidung (11,9 %) und Telekommunikationsausrüstung (10,3 %)⁴¹ und der Anteil chinesischer Produkte am weltweiten Handel insgesamt liegt derzeit bei 6 %⁴².

China besitzt die zweithöchsten Devisenreserven der Welt (Ende 2004: 609,9 Mrd. US \$, ein Zuwachs von 33,9 % gegenüber 2003; Ende 2005 818,9 Mrd. US \$).⁴³ Die Auslandschulden stiegen zwischen 2003 und 2004 um 18,1 % auf 228,6 Mrd. US \$. Kurzfristige Verbindlichkeiten von weniger als einem Jahr machten 45,6 % davon aus (104,3 Mrd.).⁴⁴

Die zunehmende Integration in die internationale Arbeitsteilung wird durch Chinas hohe Außenhandelsquote, d.h. das Verhältnis zwischen Importen und Exporten zum BIP, dokumentiert. Eine hohe Außenhandelsquote ist für ein sowohl flächen- als auch bevölkerungsmäßig so großes Land wie China⁴⁵, das ökonomisch primär auf den Binnenhandel ausgerichtet sein könnte, ungewöhnlich.⁴⁶ Allerdings generiert sich etwa die Hälfte des chinesischen Außenhandels aus sog. Veredelungsgeschäften. Diese Form der Integration in die internationalen Wertschöpfungsprozesse trägt durch den Import von Halbfertigprodukten, die in zumeist arbeitsintensiven Prozessen weiterverarbeitet und dann als Endprodukte exportiert werden, zu einer überproportionalen Steigerung der Außenhandelsquote bei, d.h. den hohen Im- bzw. Exportwerten steht ein, relativ gesehen, geringer Beitrag zur Wertschöpfung im Inland gegenüber.

40 Vgl. China Statistical Yearbook 2003, 655 f.

41 Vgl. OECD (2004).

42 Vgl. OECD (2005).

43 *Renmin Ribao* 25.2.2005.

44 *Renmin Ribao* 25.2.2005.

45 Die chinesische Landfläche umfasst nach OECD-Angaben 9,597 Mio km², auf landwirtschaftlich genutzte Gebiete entfallen 1,3 Mio km² und 2,633 Mio km² auf Waldgebiete. Vgl. OECD (2004).

46 Vgl. Taube (2003, 32 ff.).

China gilt für exportorientierte Auslandsunternehmen als begehrter Produktionsstandort und auch der zukünftige Binnenmarkt lockt ausländische Investitionen. Diese Investitionen fließen China zu über 60 % von den direkten Nachbarn Hongkong, Taiwan und Japan zu und gehen in den Bereich der verarbeitenden Industrien. Hochwertige Zwischenprodukte und Komponenten z.B. aus den Branchen Maschinenbau, Elektronik und Transportausrüstung werden zur Veredelung nach China geliefert und finden ihren Absatzmarkt in der Europäischen Union (EU) und den USA. Diese Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsprozesse auf das Festland hat zu einer regionalen Arbeitsteilung geführt, die China wegen der niedrigen Kosten für Arbeitskräfte zu einer „Werkbank Asiens“⁴⁷ macht. Insgesamt wird die chinesische Volkswirtschaft aufgrund ihrer strukturellen und institutionellen Merkmale in der Weltwirtschaft derzeit vornehmlich als ein „Beschaffungsmarkt“ und weniger als ein „Absatzmarkt“ klassifiziert, auch wenn die in westlichen Medien geschürten Phantasien vom Zugang zu dem zahlenmäßig gigantischen chinesischen Markt hier Anderes suggerieren mögen.⁴⁸

Die Integration Chinas in die globalen Strategien ausländischer Unternehmen führt zu einem Zustrom von ausländischem Kapital – die ausländischen Direktinvestitionen lagen seit Mitte der 90er Jahre bei jährlich 40 Mrd. US \$ und überschritten im Jahre 2003 erstmals die Grenze von 50 Mrd. US \$. Dabei kommt der Löwenanteil von chinesischstämmigen Anlegern und Unternehmen. Allerdings wird nach Berechnungen chinesischer Ökonomen gleichzeitig privates Kapital in einer Höhe von ca. 25 Mrd. US \$ jährlich ins Ausland transferiert. Hinzuzurechnen sind noch „Erträge“ aus Korruption, die von den Nutznießern ins Ausland gelenkt werden. Für den gesamten Zeitraum seit Einleitung der Wirtschaftsreformen wird so ein Betrag von 300 Mrd. US \$ errechnet. Wesentlicher Grund für diese Kapitalflucht ist die bestehende Rechtsunsicherheit. Zwar scheint ein Teil der Gelder als Neuinvestitionen wieder nach China zu fließen. Und inzwischen wurden auch Aufsichtsorgane zur Bekämpfung von Kapitalflucht eingesetzt. Überdies versucht die staatliche Devisenverwaltung in Peking seit Neustem, chinesische Auslandsinvestitionen zu unterstützen, Kapitalabflüsse in die Karibik, nach Hongkong und in die Immobilienmärkte Australiens und Kanadas können jedoch als indirektes Indiz für den mangelnden Erfolg dieser offiziellen Maßnahmen interpretiert werden. Handelt es sich bei den genannten Lokationen doch seit Jahren um bevorzugte alternative Ziele für Geldanlagen vermögender Chinesen.⁴⁹

Die chinesische Regierung erhofft sich von dem Engagement ausländischer Unternehmen in China auch den Transfer von Technologien, was die Wettbewerbsfähigkeit Chinas am Weltmarkt insgesamt steigern würde. Untersuchungen z.B. zu Patentdaten belegen, dass die Niederlassungen ausländischer Firmen allerdings nur in geringem Maße Innovationen für den Weltmarkt hervorbringen, sondern sich primär auf die Erschließung des chinesischen Marktes konzentrieren, u.a. auch deshalb, weil die Intellectual Property Rights in China noch unbefriedigend geschützt sind. Langfristig wird erwartet, dass sich die staatliche Förderung im Bildungssektor und die Rückkehr gut ausgebildeter chinesischer Wissenschaftler positiv auf die Innovationskapazität Chinas auswirken werden.⁵⁰

47 Schüller (2005, 46).

48 Vgl. Taube (2003, 32 f.).

49 Anonym (2005).

50 Schüller / Albrecht (2005, 29 f.).

Chinesische Unternehmen aus dem Privat- und Staatssektor drängen inzwischen zunehmend mit Investitionen und Firmenübernahmen auf den Weltmarkt (u.a. IBM oder das texanische Ölunternehmen Unocal), so dass China auch in diesem Bereich zum *Global Player* wird. Von wachsender ökonomischer und politischer Bedeutung sind Chinas Investitionen in den ASEAN-Staaten, die die offiziellen Angaben von 2 Mrd. US \$ pro Jahr weit überschreiten dürften.⁵¹ Chinesische Investitionen erfolgen nicht nur aus wirtschaftlichen Erwägungen, sondern zielen auch darauf ab, die vorherrschende Wahrnehmung Chinas als Bedrohung für die südostasiatischen Staaten zu verändern. Pikant sind hierbei aber zwei Tatsachen: zum einen liegen bisher nur wenige Erkenntnisse über die (lokale) Arbeitsweise chinesischer Unternehmen vor. Unklar ist, inwieweit diese Unternehmen zum Export bzw. der Verbreitung/Aufrechterhaltung schlechter Arbeitsbedingungen beitragen und inwieweit sie sich offen und bereit zeigen werden, internationale Arbeitschutzstandards und Arbeitsrechte umzusetzen. In China selbst sind die Arbeitsbedingungen als katastrophal zu bezeichnen. Ca. 140.000 Menschen verlieren jährlich bei Arbeitsunfällen ihr Leben.⁵²

Aus Hongkong ist bekannt, dass gerade der Umgang und die Kritik an Tochtergesellschaften von Staatsbetrieben sich als problematisch erweisen kann, weil die internen Angelegenheiten dieser Unternehmen einem Staatsgeheimnis gleichkommen können.⁵³ Es ist also nicht auszuschließen, dass die Kritik an schlechten Arbeitsbedingungen und die Verpflichtung auf internationale Arbeitsstandards zumindest von den Ablegern chinesischer Staatsbetriebe z.B. als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ zurückgewiesen würde. Zum Zweiten fließen chinesische Investitionen und Wirtschaftshilfen weitgehend unbemerkt auch in international wegen Menschenrechtsverletzungen „geächtete“ Regime wie Burma (Myanmar), wo sie u.a. für die Modernisierung des Militärs verwendet werden.⁵⁴

Mit den Auslandsinvestitionen scheint zunehmend auch die Verbreitung des Chinesischen einherzugehen, in einigen thailändischen Städten werden inzwischen z.B. bilinguale Straßenschilder erwogen und chinesischsprachige Schulen eingerichtet.

Allerdings hat das rasche Wachstum Chinas auch Auswirkungen auf andere Entwicklungsländer. Auf Rohstoffe exportierende Länder hat das Wachstum Chinas positive Effekte, sie profitieren davon. So erlebt Lateinamerika auf Grund der steigenden Rohstoffnachfrage Chinas und anderer Wachstumsländer gegenwärtigen einen bislang unvergleichbaren Exportboom. Exporteure von Fertigwaren hingegen sehen sich der Konkurrenz chinesischer Massenprodukte ausgesetzt, vor allem seit dem WTO-Beitritt Chinas. Chinesische Produkte expandieren nicht nur auf den Märkten der Industrie-, sondern auch auf denen der Entwicklungsländer. Zudem bewirkt der Sog ausländischer Investitionen nach China hinein, dass andere Entwicklungsländer zum Teil das Nachsehen haben. Allerdings investiert China zunehmend auch im Ausland, zur Zeit vorrangig in Öl und Bodenschätze in Entwicklungsländern. Zwar waren diese Investitionen zwischen 2000 und 2003 mit einem durchschnittlichen jährlichen Umfang von ca. 3 Mrd US \$ noch vergleichsweise gering. Sie verstärken sich allerdings mit zunehmendem Maße.⁵⁵

51 Vgl. Frost (2004, 323 ff.).

52 Anonym (2004b).

53 Vgl. Senz (2003).

54 Anonym (2004b).

55 Zu dieser Problematik vgl. Jenkins (2005).

1.1.4 Währungspolitik

Seit 1995 hatte China den Yuan mit einer Bandbreite von lediglich 0,3 % zu einem Mittelkurs von 8,28 an den US \$ gekoppelt. Ende Juli 2005 wurde diese feste Bindung an den Dollar zugunsten eines Währungskorbes aufgegeben, in dem neben US-Dollar und Euro, der japanische Yen und der südkoreanische Won die wichtigsten Währungen sind. Die Zusammensetzung und Gewichtung des Währungskorbes basiert nach Auskunft der chinesischen Zentralbank auf Daten zum Außenhandel, den Auslandsschulden und -investitionen. Gleichzeitig wurde der Renminbi um 2 % aufgewertet, sein Wert darf in einer Bandbreite von 0,3 % täglich schwanken.⁵⁶

Im September 2005 wurde der Wechselkurs ein weiteres Mal gelockert, indem die Handelsspanne für den Yuan gegenüber Nicht-Dollar-Devisen von 1,5 auf 3 % täglich verdoppelt wurde. Da dies an der Wechselkursrelation Yuan-US \$ nichts ändert, werden die Vereinigten Staaten allerdings weiter Druck auf China ausüben.

Seit geraumer Zeit bereits übten Amerika und Europa Druck auf China aus, seine Währung aufzuwerten. Peking hat wiederholt zu erkennen gegeben, dass das Währungssystem zwar reformiert werden soll, beharrt aber auf dem Recht, selbst über den Wechselkurs zu entscheiden. Zu Recht weist Peking dabei auf das beachtliche Risiko einer Währungsreform hin. Und faktisch würde ein stärkerer Yuan sich nur marginal auf die Verringerung des US-Handelsdefizit auswirken.

Anfang 2005 hatte Peking Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors ergriffen. Ein marktbasiertes System soll demnach errichtet werden, durch das Finanzrisiken abgedeckt werden sollen. Überdies sollen Indikatoren für Finanzstabilität entwickelt und das Devisenmanagement verbessert werden.⁵⁷ Darüber hinaus wurde Anfang Juni 2005 in Shanghai erstmals der Handel mit ausländischen Währungen zugelassen, eine wichtige Voraussetzung für einen flexibleren Wechselkurs. Weitere Liberalisierungen sind angekündigt, so sollen die großen chinesischen Firmen direkten Zugang zum Devisenmarkt erhalten, um sich gegen Wechselkursschwankungen absichern zu können.

Eine stabile Währung hat zweifellos zum ökonomischen Wachstum Chinas beigetragen. Die Dollarbindung des Yuan war während der Finanzkrise in Asien (1997/98) überdies ein wesentlicher Stabilitätsfaktor.

Binnenwirtschaftlich hat die Unterbewertung des Yuan dazu geführt, dass zu viele Ressourcen für den Export eingesetzt werden und zu wenige zur Stimulierung der Binnen nachfrage. Von daher sind Änderungen im Währungssystem notwendig, Vorsicht ist aber auf Grund der Fragilität des chinesischen Finanzsektors geboten.

Ein weiterer relevanter Faktor sind die chinesischen Devisenreserven, die für Ende 2004 mit 818,9 Mrd. US \$ beziffert werden. China versucht durch den Kauf von US \$ bzw. US-Staatsanleihen den eigenen Wechselkurs niedrig zu halten; im vergangenen Jahr haben Berichten der Weltbank zufolge 101 der 132 so genannten Entwicklungsländer ihre Dollarreserven erhöht. Im Verein mit anderen ostasiatischen Ländern wie Japan, Südkorea

⁵⁶ Vgl. *Die Welt* 11.08.2005.

⁵⁷ Vgl. *China aktuell* XXXIV (1) 69 f.

und Taiwan ist China dabei einer der größten Gläubiger der USA geworden.⁵⁸ Allerdings wird in China zunehmend die Frage aufgeworfen, wie lange diese Situation noch gerechtfertigt werden kann/soll.

Zu berücksichtigen sind bei der Bewertung zwei Aspekte:

1. Die Dollarreserven geben China Verhandlungsmacht gegenüber den USA, die durch einen massiven Dollarverkauf und den nachfolgenden Wertverlust der Währung in gewisser Weise erpressbar sind. Diese Verhandlungsmacht ist defensiv, im Sinne z.B. einer Verteidigung gegen eine drohende amerikanische Intervention nutzbar, sie ließe sich potenziell aber auch offensiv im Sinne einer Interessendurchsetzung nutzen. Interessant an dieser theoretischen Möglichkeit ist die Tatsache, dass die chinesisch-amerikanischen Beziehungen von vielfältigen Spannungen gekennzeichnet sind, die den Einsatz von Drohpotenzialen auf beiden Seiten denkbar machen. Der ehemalige amerikanische Finanzminister und heutige Präsident der Harvard Universität Larry Summers sprach in diesem Zusammenhang in Erinnerung an die atomare Bedrohung während des Kalten Krieges von einem „Gleichgewicht des Schreckens“⁵⁹.
2. Allerdings würde ein massiver Verkauf der amerikanischen Leitwährung u.U. in eine Weltwirtschaftskrise münden, die allen Staaten schaden würde. Die Wertverluste für China wären aufgrund der hohen Dollarreserven erheblich, so dass sich China letztlich selbst schädigen würde. Insofern können die hohen Dollarreserven der Volksrepublik (VR) China am ehesten als eine Strategie gedeutet werden, die momentane wirtschaftliche Entwicklung durch günstige Exportbedingungen zu fördern (insofern *muss* China Dollars kaufen) sowie als ein Verteidigungsmechanismus, um sich gegen Bedrohungen der eigenen Währung (Bsp. Thailand/Asienkrise) bzw. denkbare massive Einmischungen von außen zu wehren. Nicht unterschlagen werden darf, dass sie für China selbst jedoch auch ein Problem darstellen, insofern als ein (ohne Chinas Zutun) sinkender Dollarkurs die Verantwortlichen zu der Entscheidung zwingen wird, einen enormen Wertverlust hinnehmen oder Dollars abstoßen zu müssen, mit den bekannten aber letztlich unkalkulierbaren Folgen für die Weltwirtschaft.

1.2 Ökologische Trends

Die starke Fokussierung auf den ökonomischen Erfolg hat für China schwere ökologische Folgen. Das Land kämpft heute in allen Bereichen mit sichtbaren Umweltproblemen, die ihm das Image eingetragen haben, eines der verschmutztesten Länder der Welt zu sein; so liegt gegenwärtig z.B. die Mehrheit der 20 weltweit am stärksten verschmutzten Städte in China.⁶⁰ Berechnungen zu Folge liegen die Kosten für diese Umweltzerstörung bei etwa 8 % des BIP, (dies entspricht damit in etwa dem jährlichen Wirtschaftswachstum) während weniger als 1 % des BIP für den Umweltschutz aufgewendet werden.⁶¹ Nach Berechnun-

58 Vgl. Balls (2005).

59 Afhüppe et al. (2005, 136).

60 Vgl. Klein (2004, 21).

61 Vgl. Dupont (2001, 52 f.).

gen der Weltbank sowie der Chinesischen Akademie der Wissenschaften von 2005 belaufen sich die jährlichen Umweltschäden sogar auf 8 bis 13 % des BIP.⁶²

Die Luftverschmutzung in Chinas Städten ist inakzeptabel hoch – laut *World Health Organization* (WHO) übersteigen die meisten Städte die Richtwerte um das Zwei- bis Sechsfache. Insbesondere die Explosion der Anzahl der Kraftfahrzeuge ist für diese Situation verantwortlich. Bislang sind es die USA, deren Fahrzeuge 10 % des weltweiten Kohlendioxyd-Ausstoßes verursachen. In den kommenden Jahrzehnten wird China die USA jedoch ablösen, wenn keine drastischen Maßnahmen ergriffen werden. Alle Beschlüsse des Kyoto-Protokolls würden damit außer Kraft gesetzt. Allein 2003 haben die Autokäufe in China um mehr als 70 % zugenommen. Der Run aufs eigene Auto hat in China gerade erst eingesetzt und bislang besitzen erst wenige Familien ein eigenes Kraftfahrzeug. Prognosen zufolge wird die Zahl der Verkäufe in den nächsten 5 Jahren um 15–20 % pro Jahr wachsen. Es sind nicht nur die Staus in den chinesischen Großstädten und gesundheitliche Probleme, wie die rasche Zunahme von Lungen- und Atemwegserkrankungen in den letzten 10 Jahren, die auf die Negativfaktoren dieser Entwicklung hinweisen, sondern vor allem auch die negativen Umweltdaten.

Hinsichtlich der Kraftfahrzeugemissionsstandards hinkt China mehr als 10 Jahre hinter den Industrieländern hinterher. Chinesischen Standards zufolge dürfen Fahrzeuge in China doppelt so viel Kohlenmonoxyd und dreimal so viel Kohlenwasserstoff- und Stickstoffoxyd ausstoßen wie in Europa. Daher hat die urbane Luftverschmutzung, die sich Ende der 1990er Jahre leicht abgeschwächt hatte, wieder deutlich zugenommen. Der Smog durch Autoabgase ist mittlerweile an die Stelle des Industriesmogs getreten.

Die politische Führung hat erkannt, dass Kraftfahrzeuge zu den Kernverursachern von Umweltverschmutzung in China zählen. Hat der 10. Fünfjahresplan (2001–2005) Chinas Familien noch zum Kauf von Kraftfahrzeugen ermutigt, mit der Folge eines drastischen Anstiegs städtischer Fahrzeuge (Ende 2003 waren das in Peking 800.000 von rund zwei Millionen Kraftfahrzeugen), so sind inzwischen die negativen Folgen (ganztägige Staus, Ausstoß von Schadstoffen, Lärmpegel⁶³ u.a.) erkannt worden. Seit 2000 findet in Peking nur noch bleifreies Benzin Verwendung und es wurden Emissionsgrenzwerte festgelegt. Eine Reihe von Städten hat überdies beschlossen, den Besitz privater Fahrzeuge einzuschränken und stärker zu besteuern. Die Regierung hat inzwischen außerdem ein Förderprogramm für Brennstoffzellen-Fahrzeuge eingerichtet.

China hat durch den Ausstoß von Kohlendioxyd und Methangas (Nassreisanbau) sowie Stickoxyden (Pestizid- und Düngemittleinsatz) einen erheblichen Anteil am globalen Klimawandel. Es ist weltweit der zweitgrößte Emittent von Treibhausgasen. Im Bereich der Schwefeldioxydmission liegt China sogar auf Platz eins und eine Reduktion um 40 % wäre nötig, um tolerable Werte zu erreichen.⁶⁴ Staatliche Programme zur Reduzierung der Emissionen kollidieren jedoch mit dem steigenden Energiebedarf, aufgrund dessen z.B. auch veraltete Kohlekraftwerke weiterhin in Betrieb sind. Eine Folge der starken Luftbelastung ist der saure Regen, von dem 30 % der Landfläche hauptsächlich im Süden betrof-

62 Vgl. *DIE ZEIT* 43/2005, 31.

63 Die akustische Belastung in den städtischen Gebieten hat seit Ende der 90er Jahre zugenommen, laut Messungen liegen die höchsten Lärmpegel zur Zeit bei 80,7dB und damit deutlich über dem nationalen Standard von 70 dB. Vgl. Lo / Chung (2003, 728).

64 Lo / Chung (2003, 726 f.).

fen sind. Durch China verläuft damit einer der drei größten Gürtel sauren Regens in der Welt. Der *China Human Development Report* kam bereits 2002 zu dem Schluss, dass die fortgesetzte großflächige Umweltzerstörung die erreichten positiven ökonomischen Entwicklungen in Frage stellen könne.⁶⁵

Neben der Luftbelastung zählen die Verschmutzung der Gewässer, die Müllentsorgung (auch nukleare Abfälle), die Desertifikation, Überdüngung und Erosion sowie der Verlust an Artenvielfalt zu den drängenden Umweltproblemen:

- Etwa 20 % der chinesischen Flüsse weisen eine extrem schlechte Wasserqualität auf und ein Drittel der Flüsse in den Städten ist so stark verschmutzt, dass Menschen den Wasserkontakt meiden sollten. In den Städten in Nordchina ist das Grundwasser kontaminiert und die Trinkwasserqualität durch toxische Bestandteile gesundheitlich bedenklich. Zu der Verschmutzung der Flüsse durch Abwässer und der drastischen Reduzierung der Fischbestände kommen sinkende Wasserstände und Grundwasserpegel; zahlreiche Flüsse sind vom Austrocknen bedroht, die Umleitung von Wasserressourcen aus den südlichen Regionen in den Norden ist in Planung. Um den Wasserverbrauch zu reduzieren, hat das Ministerium für Wasserressourcen in Peking mit seinen Großkunden erstmals Quoten für den Wasserverbrauch vereinbart. Gleichzeitig ist geplant, den Preis für Wasser zu erhöhen. In einem Interview teilte der Minister Wang Shuchen kürzlich mit, dass es das erklärte Ziel sei, aus China innerhalb der nächsten 15 Jahre eine „Gesellschaft der Wassersparer“ zu machen und den Wasserverbrauch für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Niveau einzufrieren. Es gäbe ein großes Potenzial für Wassereinsparungen und dieses Ziel sei innerhalb der chinesischen Gesellschaft mehrheitsfähig. Auch könne China mit dieser Initiative ein Vorbild für andere Staaten mit Wasserproblemen sein.⁶⁶ Zwar bleibt die tatsächliche Umsetzungsmöglichkeit fraglich, aber in diesem Vorhaben deutet sich immerhin der Beginn eines Umdenkungsprozesses und Problembewusstseins an. Nicht nur die schlechte Wasserqualität und der Wassermangel stellen ein Problem dar. Berechnungen der Weltbank zufolge würde ein durch den globalen Klimawandel induzierter Anstieg der Meeresspiegel insbesondere die prosperierenden Küstengebiete Chinas treffen – 90 Mio. Menschen wären von dann notwendigen Umsiedlungen betroffen.
- In China fallen des Weiteren jährlich 140 Mio. Tonnen Hausmüll an, der von dem bestehenden Recyclingsystem nur zu einem sehr geringen Prozentsatz bewältigt werden kann. Mülldeponien dehnen sich auf einer Fläche von 600 km² aus. Die Industrie stößt jährlich ca. 890 Mio. Tonnen Müll aus, wovon etwa die Hälfte recycelt wird. Ein Drittel des Mülls wird auf oftmals unsicheren Deponien gelagert. Von den ca. 9 Mio. Tonnen Sondermüll, die jährlich anfallen, werden etwa 6 Mio. Tonnen sachgemäß recycelt oder gelagert, jedoch ist vorgesehen, eine Summe von 20 Mrd. Renminbi (RMB) zu investieren, um 100 % des Sondermülls sicher zu entsorgen. China ist darüber hinaus Zielland für Müllexporte, insbesondere Kunststoffabfälle und Elektronikschrott; allerdings ist der Recyclingsektor noch weitgehend ungeregt und es fehlt an Know-how für die fachgerechte Wiederverwertung.⁶⁷

65 Vgl. online: http://hdr.undp.org/docs/reports/national/CPR_CHINA/China_2002.pdf (Stand: 20.04.2004).

66 Vgl. *Renmin Ribao* 16.06.2005, 2.

67 Vgl. Arbeitspapier der Wirtschaftskammer Österreichs: Umwelttechnologie in der VR China, Mai 2004; online: <http://portal.wko.at> (Stand: 20.05.2005).

- Trotz Wiederaufforstungsprogrammen verliert China jährlich erhebliche Flächen natürlichen Waldes durch Abholzung und landwirtschaftliche Umwidmungen. Eine Zunahme von Sandstürmen, die Gefahr häufigerer Überflutungen, Erosionen und Desertifikation in einer Größenordnung von ca. 2.400 km² pro Jahr sind die Folge.
- China beheimatet die größte Artenvielfalt auf der nördlichen Erdhalbkugel, wobei allein die Hälfte dieser Flora und Fauna in der südwestlichen Provinz Yunnan zu finden ist. Auch im globalen Kontext hat die durch die traditionelle chinesische Medizin bedingte Vorliebe für bestimmte (nicht zuletzt dadurch) selten gewordenen Pflanzen und Tiere Auswirkungen und ein Umdenken ist hier nicht zu erkennen. Viele der in China beheimateten Arten sind durch die Vernichtung ihrer Lebensräume und Wilderei vom Aussterben bedroht. Eine Umfrage unter mehr als 20.000 Stadtbewohnern im Jahr 2000 dokumentierte, dass fast die Hälfte der Befragten in den vergangenen Monaten Wildtiere verzehrt hatten, ein Drittel interessierte sich nicht für die Herkunft der Tiere und 82 % waren sich der zerstörerischen Folgen für das Ökosystem nicht bewusst.⁶⁸

Bereits 1972, also noch vor Einsetzen der Reform- und Öffnungspolitik, traten in China erste ökologische Probleme auf, die das Bewusstsein der politischen Führung für das Thema sensibilisierten.⁶⁹ In den darauffolgenden Jahren hat China staatliche Institutionen für den Umweltschutz eingerichtet, Umweltziele in die Fünfjahrespläne integriert, den Umweltschutz in der Verfassung (1978/1982) verankert, Umweltschutzgesetze erlassen und internationale Maßstäbe zur Umweltmessung eingeführt.⁷⁰ China beteiligt sich seitdem zunehmend an der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und Datenerhebung. Die systematische, wissenschaftliche Beobachtung der Umwelt ist jedoch auch gegenwärtig noch nicht ausgereift und daher liegen oftmals nur wenige aussagekräftige Daten vor. Auch basieren viele Angaben auf Schätzungen.

Seit 1998 gibt es ein Umweltministerium (*State Environmental Protection Administration*, SEPA), das landesweit heute ca. 70.000 Mitarbeiter in mehr als 2.300 lokalen Umweltschutzbüros zählt. Verglichen mit anderen sog. Entwicklungsländern hat China den Umweltschutz relativ früh in seine Politik zu integrieren begonnen und verfügt über ausgeprägte Umweltschutzinstitutionen. Die chinesische Regierung hat dem Umweltschutz besonders in den letzten Jahren eine stärkere Bedeutung eingeräumt, als schwere Umweltschäden immer deutlicher zutage traten. So werden z.B. kontinuierlich neue Umweltgesetze erlassen, deren Einhaltung allerdings oft nur unzureichend kontrolliert wird. Ökologie und Umweltschutz zählen mittlerweile auch zu den Schwerpunkten in Wissenschaft und Forschung. Dies verdeutlicht u.a. der von der Akademie der Wissenschaften jährlich herausgegebene „Bericht über die nachhaltige Entwicklung Chinas“.⁷¹ Der 10. Fünfjahresplan sieht vor, die gesamten Umweltbelastungen (gemessen an dem Niveau von 2000) um 10 % zu reduzieren und Pekings Wahl zum Austragungsort für die Olympischen Spiele 2008 hat zumindest in der Planung bereits zu Investitionen im Kampf gegen die Umweltverschmutzung in Peking geführt.

68 Vgl. Klein (2004).

69 Vgl. Jun (2000, 143 ff.).

70 Vgl. ausführlich: Bechert (1995, 22 ff.).

71 Zhongguo kechixu fazhan zhanlüe baogao (Bericht über die Strategie nachhaltiger Entwicklung in China), Beijing 2002, 2003 und 2004.

Die neue chinesische Regierung steht dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung positiv gegenüber und seit 2004 gibt es Pläne, die Berechnungen des BIP um die Bewertung von Umweltschäden zu ergänzen.⁷² Das Ministerium für Handel, Wissenschaft und Technik z.B. engagiert sich zusammen mit ausländischen Unternehmen (z.B. Siemens, BP) in den Bereichen nachhaltiger Entwicklung und *corporate social responsibility*.

China hat alle wesentlichen internationalen Umweltabkommen ratifiziert (*Montreal Protocol*, *UN Framework Convention on Climate Change*, *UN Convention on Biological Diversity*, *UN Convention to Combat Desertification*). Am 19. Mai 2005 wurde bekannt gegeben, dass China auch das Biosafety-Protokoll von Cartagena, die internationale Übereinkunft zur Verbreitung von genetisch modifizierten Organismen, ratifizieren wird.⁷³ Hintergrund hierfür sind nach Angaben von Greenpeace Probleme in den Bereichen genetisch veränderter Baumwolle sowie Soja und Reis. Allerdings ist zu bedenken, dass China andererseits intensive Forschung im Bereich Gentechnik betreibt und der Verzicht auf deren Einsatz zur Zeit wesentlich durch die Haltung der EU zu dieser Frage begründet ist. Würden sich die Verhältnisse in der EU zu diesem Thema ändern und Europa zu einem möglichen Absatzmarkt werden, wäre vermutlich mit einem zügigen Anbau dieser Pflanzen in China zu rechnen.

Internationale Kritik traf China bisher insbesondere beim Artenschutz und Wasserbauprojekten (Drei-Schluchten-Staudamm). Nicht zuletzt aus der Befürchtung vor internationaler Isolation heraus engagiert sich China im Umweltschutz, ist dabei aber bemüht, die eigenen Kosten gering zu halten. So ratifizierte China zwar das Kyoto-Protokoll, dieses enthielt aber keine für Peking bindende Verpflichtungen, da Peking dem Protokoll als Entwicklungsland beigetreten und daher – anders als die Industriestaaten – nicht an die Emissionsobergrenzen gebunden ist.

Insgesamt werden die ökologischen Probleme Chinas von der Bevölkerung als gravierend wahrgenommen. Untersuchungen zeigen, dass die Mehrheit der Menschen mehr Einsatz seitens der Regierung bei der Lösung der Umweltfragen erwartet; nur wenige Chinesen und hier im allgemeinen die Jüngeren und Gebildeteren, die in den entwickelteren Regionen des Landes leben, sind sich über die negativen Folgen ihres eigenen Verhaltens im klaren und wissen, welchen Beitrag sie selbst zum Umweltschutz leisten können.⁷⁴ Die chinesische Regierung fördert daher seit Ende der 1990er Jahre Bildungsprogramme im Bereich Umwelt und nachhaltiger Entwicklung. Jedoch fehlt weitestgehend das Verständnis für die regionale/globale Dimension von Umweltproblemen. China weigert sich, die Verantwortung für die Verursachung von Umweltschäden z.B. in den Nachbarstaaten Japan oder Korea anzuerkennen und deutet auch ansonsten jede Umweltfrage als grundsätzlich innere Angelegenheit Chinas. Dies führt in den letzten Jahren vermehrt zu Spannungen mit den Nachbarstaaten.⁷⁵

Auch in China sind zahlreiche INGOs aktiv und es entwickelt sich langsam eine Umweltbewegung, aus der eigene chinesische Umwelt-NGOs hervorgehen; aufgrund der politi-

72 Vgl. Lincoln (2004, 7 f.).

73 Vgl. online: <http://www.greenpeace.org> (Stand: 22.05.2005).

74 Vgl. Klein (2004, 135 ff.).

75 Vgl. Dupont (2001).

schen Strukturen sind diese jedoch fragmentiert und lokal orientiert.⁷⁶ Sie bilden sich zum einen in den großen Städten und zum anderen in den von sichtbaren ökologischen Krisen betroffenen Gebieten.

1.3 Politische Trends

Der Beginn des neuen Jahrtausends war politisch gekennzeichnet durch einen reibungslosen Generationenwechsel an der Spitze von Partei und Staat. Im November 2002 zunächst auf Parteiebene vorbereitet, löste die sog. Vierte Führungsgeneration im März 2003 auf der Staatsebene die Führung um Jiang Zemin ab, der schließlich im Herbst 2004 auch den Vorsitz der Militärkommission und damit sein letztes Amt niederlegte. Chinas Entwicklung ist seit 1978 davon gekennzeichnet, dass es keine den umfassenden wirtschaftlichen Reformen vergleichbare politische Reformen gab. Vom Systemtyp her ist das Land als autoritär zu klassifizieren, gleichwohl sprechen Chinawissenschaftler von einem „fragmentierten Autoritarismus“⁷⁷, womit gemeint ist, dass die Autorität unterhalb der obersten Führungsspitze zergliedert ist.

Die politischen Folgen der oben skizzierten wirtschaftlichen Entwicklung sind dadurch gekennzeichnet, dass die Erfolge der Entwicklung zu Spannungen geführt haben, für deren Bearbeitung jedoch (noch) kein ausgereiftes Instrumentarium zur Verfügung steht. Insgesamt gibt es im heutigen China deutliche Anzeichen für eine Legitimitätskrise des Systems, allerdings nicht auf Grund des **Scheiterns** von Entwicklung, sondern umgekehrt, gerade aufgrund der **Entwicklungserfolge**.

Der rasche Wandlungsprozess war von einer Fülle von sozialen und politischen Schwierigkeiten begleitet, die für die politische Führung und das politische System eine große Herausforderung bedeuten. Es sind im Wesentlichen sechs politische Faktoren, die für den Wandel der letzten zwei Jahrzehnte stehen:⁷⁸

1. Veränderungen der Wirtschafts- und Eigentumsstrukturen
2. sozialer Wandel und gesellschaftliche Liberalisierung
3. größere Rechtssicherheit
4. Ökonomisierung von Politik
5. größere Partizipation auf der Basisebene
6. Schaffung internationalen Vertrauens

Die Wirtschaftsreformen haben *erstens* die ökonomischen Strukturen grundlegend verändert. So sind nahezu alle kleinen und ein Großteil der mittelgroßen Betriebe inzwischen privatwirtschaftlichen Unternehmensformen zuzurechnen und nur noch die ganz großen Unternehmen sind überwiegend in staatlichem Besitz. Dadurch ist wieder eine Unternehmung entstanden, die selbstbewusst und auf hohem Niveau in der Wirtschaft wirkt. In

76 Vgl. Ho (2001, 893 ff.).

77 Vgl. Lieberthal / Lampton (1992, 8).

78 Dazu eingehender: Heberer (2003, 19–122).

China fand, anders als in der ehemaligen Sowjetunion, keine ausgeprägte Privatisierung „von oben“ statt, bei der die Betriebe an Angehörige der ehemaligen Nomenklatura vergeben wurden. Es wurde eine Privatisierung „von unten“ gefördert, d.h. der Aufbau betrieblicher Selbständigkeit und Unternehmensgründungen aus der Bevölkerung heraus. Dennoch ging der ökonomisch getriebene Umbau des Systems auch in China mit einer weit verbreiteten Korruption einher, die an der Legitimität des Staates und der Partei nagt. Das Bemühen um größere Effizienz der Unternehmen war außerdem von der Schließung von Betrieben und umfangreichem Personalabbau begleitet. Das noch unzureichende Netz sozialer Versorgung bringt für viele davon betroffene Familien z.T. massive materielle Probleme mit sich. Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und daraus folgende soziale Proteste nehmen in bedenklichem Umfang zu, d.h. soziale Spannungen entladen sich immer häufiger in Demonstrationen und Gewalttätigkeiten. Einer Quelle zufolge stieg die Zahl der größeren und teils gewalttätigen Protestaktionen und Demonstrationen von ca. 10.000 Vorfällen mit einer Beteiligung von 730.000 Beteiligten im Jahre 1994 auf etwa 74.000 mit einer Beteiligung von ca. 3,7 Mio. Menschen im Jahre 2004.⁷⁹

Der ökonomische Wandel hat *zweitens* einen raschen Prozess gesellschaftlichen Wandels mit sich gebracht. Der Staat hat sich aus vielen Bereichen zurückgezogen. Die Liberalisierung der Wirtschaft hat auch zu einer gesellschaftlichen Liberalisierung geführt: die Menschen bestimmen zunehmend selbst ihren Lebensweg, die Jugend hat sich in starkem Maße individualisiert, die Werte und Einstellungen der Menschen haben sich verändert. Gesellschaftliche Vereine und Vereinigungen wurden zugelassen und haben sich in großer Zahl überall im Land ausgebreitet. Auch Nichtregierungsorganisationen sind entstanden.

Mit Hilfe eines Rechtssystems versucht der Staat *drittens* rechtliche Grenzen zu ziehen, um Willkür und Rechtsunsicherheit einzugrenzen. „Mit Hilfe der Gesetze das Land verwalten“ heißt die Devise. Der Ausbau des Rechtssystems hält mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernissen allerdings nicht Schritt. Das System unterscheidet sich (noch) deutlich von unserem Begriff des „Rechtsstaats“, aber zunehmend schlagen Bürger schon erfolgreich den Rechtsweg ein, um ihr Recht durchzusetzen.

Viertens hat sich die Politik in dem Sinne ökonomisiert, dass wirtschaftliche Ziele wie die Entwicklung Chinas, die Einbindung in den Weltmarkt und die Hebung des allgemeinen Lebensstandards heute die Politik bestimmen.

Durch die Einführung von allgemeinen Wahlen auf der Dorfebene und inzwischen auch auf der Wohnviertelebene in den Städten versucht die politische Führung *fünftens*, die lokale Selbstverwaltung und die Mitwirkung der Bevölkerung an öffentlichen Angelegenheiten zu stärken. Auch wenn die Wahlverfahren vielerorts noch problematisch sein mögen: Unsere eigenen Untersuchungen belegen, dass die Bevölkerung solche Wahlen zunehmend als ihr Recht begreift und der Mitgestaltungsgedanke und der Lerneffekt dadurch gestärkt werden.⁸⁰

Die Bemühungen um die Austragung der Olympischen Spiele 2008 oder um den inzwischen vollzogenen Beitritt zur WTO verdeutlichen *sechstens*, dass China einerseits akzeptierter Teil der internationalen Gemeinschaft sein, andererseits ein positives Image auf-

⁷⁹ Vgl. Pei (2005).

⁸⁰ Vgl. Heberer (2003, 1223–1240) und Senz (2005).

bauen und als zuverlässiger Partner gelten will, der bereit ist, sich an internationale Spielregeln zu halten.

1.4 Gesellschaftlicher und politischer Reformdruck

Der Druck zur Durchführung weitgehender politischer Reformen kommt nicht nur von Intellektuellen und Beratungsinstituten („Denkfabriken“), sondern auch aus der Partei selbst. Eine (chinesische) Befragung von 100 führenden Kadern auf der Provinzebene nach den notwendigsten Reformen ergab in den letzten Jahren, dass politische Reformen von mehr als einem Drittel der Befragten als dringendstes Problem angesehen wurden. Eine weitere Befragung führender Kader im Jahre 2002 ergab, dass 79,8 % der Befragten der Meinung waren, politische Strukturreformen seien der zentrale Faktor für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im laufenden Jahrzehnt.⁸¹

Internationaler Druck (Einhaltung der Menschenrechte, Demokratisierung) sowie globale und regionale Entwicklungen (Zerfall der Sowjetunion, Asienkrise) führen zu einem Nachdenken über Präventionsmaßnahmen. So hat z.B. die sowjetische Entwicklung unter Intellektuellen zehn Jahre danach, im Jahre 2001, zu einer Diskussion über die Ursachen dieses Prozesses geführt. Wichtige Partei- und Regierungsberater argumentierten, es bedürfe rascher politischer Reformen, ethnischer Autonomie und verstärkter Kooperation mit dem Westen, um eine ähnliche Entwicklung in China zu verhindern.⁸²

Gleichwohl müssen die Schwierigkeiten berücksichtigt werden, denen sich Reformen im politischen Bereich gegenübersehen:

- (a) Politische Reformen sind ein besonders sensibler Bereich, weil sie eine Neudefinierung der Funktion von Partei und Staat beinhalten; grundlegende politische Reformen könnten rasch zu einer grundsätzlichen Hinterfragung der Rolle der Partei sowie des politischen Systems führen.
- (b) Innerhalb der politischen Elite gibt es keinen Konsens hinsichtlich solcher Reformen, so dass einseitige Beschlüsse zu Machtkämpfen führen würden.
- (c) Politische Reformen haben Konsequenzen für die Funktionäre auf allen Ebenen, etwa was Macht, Einkommen, Karrieren und Seilschaften anbelangt. Der Verlust an Unterstützung durch Teile der regionalen bzw. lokalen politischen Eliten könnte Folgen für die Steuerungsfähigkeit der Partei und ihre Legitimität unter den Mitgliedern haben, vor allem, wenn deren Interessen massiv beschnitten würden.

Mit der These, dass die Kommunistische Partei (KP) Chinas das „gesamte chinesische Volk vertritt“, ein Passus, der mittlerweile auch in die Verfassung aufgenommen wurde, hat die Partei den Wandel von einer Klassen- zu einer Volkspartei vollzogen.

In diesem Zusammenhang scheint eine Entwicklung interessant zu sein, die im Zusammenhang mit dem XVI. Parteitag (2002) im Westen relativ unbeachtet geblieben ist: das Wiederaufleben einer in den 80er Jahren geführten Diskussion über die Sozialdemokratie.

81 Vgl. Xie (2002, 34).

82 Vgl. Xu / Chen (2001).

Akademische Befürworter eines sozialdemokratischen Kurses in China argumentieren, auch die Sozialdemokratie sei ein Zweig des Sozialismus, der stets für Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und soziale Wohlfahrt eingetreten sei und daher für China durchaus geeignet sein könne. Und ein renommierter Experte der internationalen kommunistischen Bewegung schlug ein „sozialistisches Mehrparteiensystem“ vor. Schließlich hätten auch Marx und Engels für ein solches System votiert, erst Stalin habe dies abgeschafft. Auch Mao habe in den 40er Jahren ein Mehrparteiensystem präferiert. Das Scheitern des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa belege, dass das Ein-Partei-System keine wirkliche Alternative sei.⁸³

Solche Diskurse bedeuten natürlich nicht, dass China sich in die Richtung eines demokratischen Mehrparteiensystems bewegen wird. Dies hat der XVI. Parteitag verdeutlicht: ein Mehrparteiensystem und Demokratisierung nach westlichem Muster wurden explizit zurückgewiesen. Doch auch der „sozialistische Unternehmer“, das „sozialistische Aktiensystem“ oder die „sozialistische Marktwirtschaft“ wurden zunächst verworfen, später aber zu offizieller Politik erklärt. Von daher ist ein „sozialistisches Mehrparteiensystem“ auf Dauer keineswegs auszuschließen. Das Bemühen um innerparteiliche Demokratisierung und um Verrechtlichung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft hat auch die Frage aufkommen lassen, ob sich die KPCh nicht von selbst allmählich in eine zivilgesellschaftliche Organisation verwandeln⁸⁴ bzw. ob man ihr in Zukunft nicht eine Oberhaus-Funktion zuerkennen lassen könne, als Institution, die alle wichtigen Regierungsbeschlüsse zu prüfen und darüber zu entscheiden, die sich ansonsten aber an die Gesetze zu halten hat und lediglich als Kontroll- und oberste Entscheidungsinstanz fungiert.⁸⁵ In diese Richtung könnte auch ein Beschluss der politischen Führung vom Dezember 2005 deuten, die „Mehrparteien-Zusammenarbeit“, d.h. die Kooperation zwischen den acht nicht-kommunistischen Parteien, zu stärken.

Interessant ist auch das Ende 2004 vorgetragene Konzept der „harmonischen Gesellschaft“. Im Prinzip geht es dabei um die Frage, auf welche Weise gesellschaftliche Widersprüche gelöst und wie die Ursachen dieser Widersprüche aufgehoben und gesellschaftliche Stabilität erreicht werden können. Dies soll durch Schaffung einer soliden ökonomischen Grundlage, ökonomische und soziale Gerechtigkeit, ein funktionierendes Rechtssystem und die kontinuierliche Anhebung des Bildungsstandards erreicht werden.⁸⁶ Im Rahmen dieses Konzeptes sollen – wie der Soziologe Hang Lin betont hat – die Mittelschicht verbreitert, die Zahl der Angehörigen unterer Einkommensgruppen verringert und Korruption bekämpft werden.⁸⁷ Dahinter steht die Auffassung, dass es einer breiten Mittelschicht als Trägerin politischer Wandlungsprozesse bedürfe.

83 Vgl. dazu u.a. Feng (2003).

84 Vgl. Tang (2005, 117).

85 Wei (2003, 40 ff.).

86 Vgl. dazu Qiang (2004) sowie verschiedene Beiträge dazu im Rahmen der Diskussion über den Rechenschaftsbericht der Regierung an den Nationalen Volkskongress im März 2005, in: *Renmin Ribao*, 7.–9.3.2005.

87 *Renmin Ribao* 9.4.2005.

1.5 Demographische Trends

Anfang 2005 überschritt die Bevölkerung die 1,3-Milliarden-Grenze, bis Ende 2005 erhöhte sich die Bevölkerungszahl auf 1,30756 Mrd. Einwohner. In China leben 135 Menschen auf einem km².⁸⁸ Das Bevölkerungswachstum liegt bei einer jährlichen Rate von 0,6 und China sieht aufgrund der im Jahre 1979 eingeführten Ein-Kind-Politik und der im Zuge der Wirtschaftsreformen steigenden Lebenserwartung einem starken demographischen Wandel entgegen. Ein Kernproblem besteht in der Überalterung der Bevölkerung und dem damit verbundenen Problem der Altersversorgung. 2000 waren nur rund zehn Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre alt, 2020 werden es 17 und Mitte des Jahrhunderts 29 % sein. Nur die Wenigsten verfügen über eine geregelte Altersversorgung.

Bis zur Mitte des Jh. wird die Bevölkerung nach Expertenschätzungen auf ca. 1,6 Mrd. Menschen angewachsen sein,⁸⁹ das Durchschnittsalter wird dann 45 Jahre betragen, ähnlich dem in den Industriestaaten. Die Zahl Älterer wird von 133 Mio. im Jahr 2001 auf 355 Mio. (2030) und 450 Mio. (2050) vorausberechnet. Prekär ist hierbei, dass China bisher noch kein angemessenes Sozialversicherungssystem zur Versorgung der steigenden Zahl alter Menschen etabliert hat. Neben diesem allgemeinen demographischen Trend wirft das Geschlechterverhältnis zudem Fragen für Chinas Zukunft auf. Durch die traditionelle Bevorzugung männlicher Nachkommen liegt das Geburtenverhältnis gegenwärtig bei 120 Jungen zu 100 Mädchen (statt 103-107:100), in manchen Provinzen, wie Jiangxi, Guangdong und Henan liegt es deutlich über 120:100. Hält der gegenwärtige Trend an, werden 30–40 Mio. Männer keine Partnerin finden können. Bereits heute sieht sich China mit ersten gravierenden sozialen Folgen (z.B. Frauenhandel/Entführungen von Frauen) dieser Entwicklung konfrontiert, aber selbst bei Einleitung erfolgreicher Programme wird der Männerüberschuss bei ca. 24 Mio. im Jahre 2020 liegen, so der Minister für Bevölkerung und Familienplanung Zhang Weiqing. Seit 2004 geht die Regierung stärker z.B. gegen selektive Abtreibungen vor (seit 2002 sind diese durch das Bevölkerungsplanungsgesetz verboten) und plant, diese sowie die pränatale Geschlechtsbestimmung als kriminelles Vergehen zu definieren. Bis 2010, so das Ziel, soll eine Geschlechterrate von 107:100 erreicht werden.

Eine Bevölkerungs- und Familienplanungskommission, im Jahre 2003 hervorgegangen aus einer 250-köpfigen Expertengruppe, ist damit betraut, die demographische Frage zu untersuchen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Diskutiert wird als staatliche Maßnahme eine Lockerung der Ein-Kind-Politik ab ca. 2010. Allerdings zeigt sich bereits heute, dass auch in China mit zunehmendem Wohlstand und höherer Bildung die Geburtenrate sinkt. Insofern bleibt es fraglich, wie hoch der tatsächliche Einfluss politischer Maßnahmen auf die Bevölkerungsentwicklung sein wird.

Ein weiterer Einflussfaktor für die demographische Entwicklung ist die Verbreitungsrate von *Human Immunodeficiency Virus/Acquired Immunodeficiency Syndrome* (HIV/AIDS); nach Schätzungen der WHO sind derzeit ca. 1 Million Menschen infiziert; besonders die chinesischen Randprovinzen Xinjiang (Westchina) und Yunnan (Südwestchina), die z.B. eine wichtige Durchgangsstation für den Drogenhandel darstellen, scheinen derzeit betrof-

88 Vgl. OECD (2004).

89 Vgl. Schucher (2005, 24–26).

fen.⁹⁰ Neben der Prostitution als Ansteckungsquelle sind auch unhygienische medizinische Zustände in den ländlichen Gebieten, wie der Blutspendeskandal in der Provinz Henan im Jahre 2000 belegte, zu nennen. Die chinesische Regierung, die das Problem lange als Problem des dekadenten Westens leugnete, hat inzwischen Aufklärungsmaßnahmen ergriffen. Wachsende Mobilität (Migration), steigender Drogenkonsum, zunehmende Prostitution, die geringe Bildung sowie die Rückständigkeit medizinischer Einrichtung auf dem Land stellen jedoch ein großes Problem für diese staatlichen Maßnahmen dar.

Für den Staat stellt die enorme Bevölkerungszahl eine Herausforderung in Bezug auf die Garantie sozialer Ordnung dar. Mit der genannten Bevölkerungsentwicklung wird sich eine fortschreitende Urbanisierung verbinden, die ebenfalls eine große Herausforderung an das Management dieser Entwicklung stellt. China ist gleichzeitig eines der Länder mit der am schnellsten alternden Bevölkerung weltweit.

Eine denkbare ökonomische Folge der langfristigen Bevölkerungsentwicklung wird die Reduzierung des „Angebotes“ an billigen (ungelernten) Arbeitskräften sein. Die demographische Entwicklung kann damit letztlich auch als ein die schnelle wirtschaftliche Entwicklung einschränkender Faktor interpretiert werden. Bereits heute scheinen sich z.B. in der Provinz Guangdong erste Entwicklungen abzuzeichnen, die aufgrund der konstant hohen Nachfrage nach billigen Arbeitskräften für die chinesische Arbeiterschaft leichte Verhandlungsspielräume im Bereich der Lohnvereinbarungen und Arbeitsbedingungen bedeuten.⁹¹

1.6 Probleme sozialer Sicherungssysteme

Der ökonomische Umbau der Gesellschaft in Richtung Marktwirtschaft seit Anfang der 80er Jahre hat zu einer Krise des Sozialsystems geführt und zugleich die ökonomische Absicherung von Risiken (Arbeitslosigkeit) notwendig gemacht. Staatsbetriebe, die für die soziale Versorgung ihrer Beschäftigten zuständig waren, sind teilweise zusammengebrochen oder nicht mehr in der Lage, für medizinische und Rentenleistungen aufzukommen. Der Staat bemüht sich zwar um die Etablierung neuer sozialer Sicherungssysteme, setzt, was die finanzielle Ausstattung dafür anbelangt, zunächst andere finanzpolitische Prioritäten wie z.B. die weitere Subventionierung von Staatsbetrieben (um eine weitere, rasche Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern), die Verbesserung der landesweiten Infrastruktur oder Investitionen in die Raumfahrt und die Verbesserung der Militärtechnologie.

Gleichwohl ist durch den Zusammenbruch vieler Staatsbetriebe die soziale Versorgung von Teilen der städtischen Bevölkerung nicht mehr gewährleistet. Dazu kommt die wachsende Arbeitslosigkeit auf Grund von Stilllegungen und Personalabbau. Zwischen 9 und 12 Mio. Personen, die seit 1997 jährlich aus dem Staatssektor ausscheiden, benötigen einen neuen Arbeitsplatz, neben den ohnehin ca. 10–12 Mio. Schulabgängern pro Jahr. Das Wegbrechen der Sozialversorgung auf Grund der Schließung oder Zahlungsunfähigkeit von Staatsunternehmen ist ein wichtiger Grund für die wachsenden Proteste im urbanen Raum. Die Einführung überbetrieblicher Sozialsysteme wird daher immer dringlicher.

90 Vgl. Dupont (2001, 212 ff.).

91 Vgl. Yang (2005, 19 ff.).

Soziale Sicherung schien bislang primär ein urbanes Problem zu sein, gerade weil hier eine Vielzahl von Staatsbetrieben still gelegt wurden oder aber zusammenbrachen und die davon Betroffenen plötzlich ohne Arbeit und ohne soziale Absicherung dastehen.

Dazu kommt, dass die Überalterung der Gesellschaft rasch fortschreitet, bedingt durch die gestiegene Lebenserwartung und die Ein-Kind-Politik. Wie in Zukunft die Renten für das wachsende Heer von Rentnern bezahlt werden soll, ist eine bislang ungeklärte Frage.

Eine der zentralen Aufgaben der Ende der 90er Jahre reorganisierten städtischen Nachbarschaftsviertel besteht in der Gewährleistung eines Minimums an sozialer Sicherung. Die wachsende Arbeitslosigkeit und Zunahme sozialer Unsicherheit bildeten einen wesentlichen Grund für die Einführung von Sozialhilfe durch den Staat. Sozialhilfe (Chinesisch: „niedrigste Lebenssicherung“) wurde 1999 per Dekret des Staatsrates eingeführt. Sie sollte den Stadtbewohnern einen minimalen Lebensstandard garantieren. Die Überprüfung der Bedürftigkeit und die Vergabe der Mittel, die von den Ämtern für Zivilverwaltung zur Verfügung gestellt werden, wurden den Einwohnerkomitees übertragen. Der Staat entledigte sich damit dieser brisanten Aufgabe und hat die Vergabe der Sozialhilfe „bürgernah“ in die Wohnquartiere der Betroffenen hinein verlagert.

Soziale Sicherung, lange als urbanes Problem verstanden, zählt auch im ländlichen Raum zu den Kernproblemen. Im Gegensatz zu den Stadt- waren die Landbewohner seit jeher benachteiligt, da es für sie keine staatlich finanzierte Gesundheitsversorgung, kein Rentensystem und auch keine sonstigen staatlichen Sozialleistungen gab. Überdies können sich immer weniger Bauern die immer teurer werdende Gesundheitsversorgung leisten. Wer ernstlich krank wird und der Behandlung bedarf, sieht sich gezwungen, sich die dafür notwendigen Kosten irgendwo zu beschaffen, häufig von illegalen, privaten Geldverleihern, die dafür Wucherzinsen verlangen. Die Presse beklagt entsprechend, der Hauptgrund für die neuerliche Armut von Teilen der Landbevölkerung sei auf eben dieses Phänomen zurückzuführen. 95 % der neu verarmten Haushalte sollen chinesischen Berichten zufolge aufgrund von Krankheiten in die Armutszone abgerutscht sein.

Die ungleiche Behandlung von Stadt- und Landbewohnern kommt u.a. in der Tatsache zum Ausdruck, dass der Staat für die soziale Wohlfahrt der ca. 170 Mio. Stadtbewohner allein im Jahr 1978 5,1 Mrd. Yuan ausgegeben hat, für die 790 Mio. Landbewohner indes nur 230 Mio. Im Verlauf der 80er Jahre verschlechterte sich dieses Verhältnis von 1:22 zu ungunsten der Landbevölkerung auf 1:63 im Jahre 1984. Bis zum Jahre 2000 hatte sich wenig daran geändert. 70 % des ländlichen Raums verfügten in jenem Jahr über lediglich 20 % der Gesundheitseinrichtungen (80 % befanden sich im städtischen Raum). Gab der Staat im Jahr 2000 12 Yuan pro Kopf für die Gesundheitsversorgung der Landbewohner aus, so 44 Yuan pro Kopf für die der Städter, wobei sich diese Schere in den letzten Jahren weiter vergrößert hat. Gleichzeitig stiegen die Kosten für medizinische Behandlung rasch an. Offiziellen Angaben zufolge sollen allein die Krankenhauskosten zwischen 1990 und 2000 um über 500 % gestiegen sein.

Auf dem Land wurden ab Mitte der 60er Jahre Ansätze zu einer kooperativen Gesundheitsversorgung geschaffen. Diesem System zufolge leisteten die darin versicherten Bauern in einem Dorf einen finanziellen Eigenbeitrag, der gemeinsame „Wohlfahrtsfonds“ steuerte den Restbetrag zur Finanzierung der unentgeltlichen Versorgung bei. Durch ein Netz von „Landärzten“, die früher „Barfußärzte“ hießen und in der Behandlung lokal häu-

fig auftretender Krankheiten ausgebildet worden waren, sollte seit Mitte der 60er Jahre die ländliche medizinische Versorgung ausgebaut werden. Dieses System gibt es heute nur noch in wohlhabenden Dörfern. In ärmeren ist die medizinische Versorgung problematisch, zumal der Staat nicht in der Lage ist, die Kosten für die Krankenversorgung auf dem Land zu tragen. Lokal gibt es staatliche Zuschüsse und für bedürftige Landbewohner die „Fünf Garantien“. Diesen „Garantien“ zufolge sollen Kranke, Waisenkinder, Kinderlose und Verwitwete vom Dorf kostenlos Nahrung, Kleidung, Brennmaterial, Ausbildung für die Kinder und Bestattung erhalten.

Die Minderung der Rolle der Kollektive und die Stärkung der bäuerlichen Haushalte im Rahmen der Landwirtschaftsreform machten sich in der ländlichen Gesundheitsversorgung bemerkbar. Teilweise wollten die Bauern nicht mehr für die Finanzierung gemeinsamer medizinischer Leistungen aufkommen. Gesundheitsstationen wurden aufgelöst, oder die Barfußärzte wandten sich einträglicheren Tätigkeiten zu. 1970 soll es für 85 % der Landbewohner eine medizinische Absicherung in der einen oder anderen Form gegeben haben, Ende der 80er Jahre nur noch für 7 %. Für die Besserverdienenden steht eine wachsende Zahl von Privatärzten zur Verfügung, ansonsten bieten viele Personen private Dienste als Ärzte an, die dafür überhaupt nicht ausgebildet wurden. Vielerorts tauchen daher traditionelle Heiler und Schamanen auf, die die Lücken im ländlichen Raum füllen helfen. Dies gilt besonders in Armuts- und Minderheitengebieten. In Meigu, einem Kreis mit überwiegendem Bevölkerungsanteil der ethnischen Minderheit der Yi in der südwestchinesischen Provinz Sichuan, betätigten sich im Jahr 2000 rund 6.000 traditionelle Heiler, bei einer Bevölkerung von rund 150.000 Menschen. Die Rückkehr solcher Heiler hat auch mit dem Verfall des Gesundheitswesens im ländlichen Raum und mit den hohen Kosten medizinischer Behandlung zu tun. An Hochschulen ausgebildete Ärzte wollen zudem nicht im ländlichen Raum tätig sein, weil dort die Arbeitsbedingungen schwierig und die Einkommen niedrig sind. Von daher fördert der Staat auch den Einsatz von Ärzten für traditionelle Medizin, die in der Regel keine akademische Ausbildung besitzen, sondern eine Lehre absolviert haben, kostengünstiger arbeiten und im ländlichen Raum leichter einsetzbar sind.

Der im März 2006 verabschiedete 11. Fünfjahresplan sieht vor, dass bis 2010 mindestens 80 % aller Landkreise wieder ein genossenschaftliches Gesundheitssystem eingeführt haben sollen. In einer größeren Zahl von Kreisen wird damit bereits experimentiert, wobei der Zentralstaat, die jeweiligen Provinzen, Städte und Kreise sowie die Landbewohner jährlich gemeinsam in einen Fonds einbezahlen, der von speziellen Einrichtungen überwacht und kontrolliert wird.⁹²

1.7 Wachsende Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit im städtischen Raum

Chinesischen Angaben zufolge lag die offizielle Arbeitslosenquote 2004 bei 7 %. 24 Mio. Arbeitslose sollen registriert gewesen sein, davon 10 Mio. neu ins Arbeitsleben eingetretene. Der Begriff des „Arbeitslosen“ bezieht sich allerdings nur auf offiziell registrierte Stadtbewohner. Personen, die von ihrer Arbeit „freigesetzt“ wurden (d.h. ihren Arbeitsplatz verloren haben, aber noch nicht entlassen wurden) und bäuerliche Wanderarbeiter sind hierbei nicht erfasst. Die tatsächliche Rate muss jedoch erheblich höher veranschlagt werden. Chinesische Sozialwissenschaftler nennen sogar Zahlen von 15–20 % versteckter

92 Vgl. *Renmin Ribao* 16.03.06.

und nicht-registrierter Arbeitsloser. Während die Relation offene Stellen – Bewerber offiziellen Angaben zufolge 2004 im urbanen Raum bei 1:2,17 lag, betrug die Relation in den ärmeren westlichen Provinzen 1:2,39.

Die Schließung unrentabler Staatsbetriebe hat, vor allem in den traditionellen Schwerindustriegebieten, zugleich zu einem hohen Maß an sozialer Unsicherheit geführt. Mit dem Bankrott vieler Staatsbetriebe, die für die gesamte soziale Sicherung ihrer Beschäftigten zuständig gewesen waren, entfielen für die Beschäftigten auch medizinische Versorgung und Rentensicherung. Diese standen nun plötzlich ohne soziale Versorgung da. Zusätzlich nimmt soziale Sicherheit durch rasant steigende Kosten im Gesundheitswesen zu. So hat eine chinesische Untersuchung unter städtischen Armutsfamilien in der nordostchinesischen Provinzhauptstadt Harbin im Jahre 2003 ergeben, dass 58,8 % durch kranke bzw. behinderte Familienmitglieder in die Armutszone abgerutscht waren, 36,7 % durch Arbeitslosigkeit. Bei 41,5 % der Befragten fand sich eine Kombination beider Faktoren.

1.8 Zusammenfassung der Trends in den binnenpolitischen Entwicklungen

- Das Wachstum Chinas und der rasche Umbau von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft haben auch eine große Zahl sozialer Probleme mit sich gebracht. Teilweise handelt es sich dabei um Transformationsprobleme, zu deren Reduzierung es neuer Institutionen bedarf, teilweise um systemische Probleme (z.B. Korruption), deren Eindämmung eine grundsätzliche Veränderung des Systems voraussetzt. Gleichwohl besitzt China einen starken Staat mit Staats- und Steuerungskapazität, der mit Erfolg an einem neuen Institutionengefüge arbeitet. Dieser Umbau dient dabei drei Aspekten: der Fortsetzung der positiven ökonomischen Entwicklung und des internationalen Aufstiegs Chinas sowie dem Erhalt der KP-Herrschaft.
- Es ist daher davon auszugehen, dass, unter der Voraussetzung eines weiteren erfolgreichen Wirtschaftsprozesses, das politische und soziale Gemeinwesen weitgehend stabil bleiben wird.
- Wichtig ist, dass Untersuchungen chinesischer und westlicher Wissenschaftler (darunter auch unsere eigenen) belegen, dass weite Teile der Bevölkerung nach wie vor Vertrauen in den Zentralstaat haben, in die lokalen Regierungen indessen erheblich weniger oder gar kein Vertrauen setzen. Von daher besitzt die zentrale politische Führung (und damit das politische System) nach wie vor Legitimität.
- Der ökonomische und soziale Umbauprozess sowie der politische Strukturwandel belegen, dass der *party-state* Lernkapazität besitzt, d.h. in der Lage ist, aus Fehlern und Misserfolgen Schlussfolgerungen zu ziehen und politische Korrekturen vorzunehmen. Allerdings bedarf es im Interesse der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Stabilität nachhaltiger Strukturreformen, die größere Partizipation der Bevölkerung, Transparenz der Verwaltungen, die Stärkung des öffentlichen Raums aber auch dringende Reformen im Finanzsektor beinhalten. Diese Aufgabe dürfte eine der größten Herausforderungen der kommenden Zeit werden.
- Solange die Handelserwartungen Chinas sich weiter positiv entwickeln und die Wirtschaft nicht stagniert, lässt sich der Umbau im Inneren fortsetzen. Die erfolgreiche

Einbindung in die Weltwirtschaft und die Unterstützung des Transformationsprozesses in China selbst sind zwei wesentliche Voraussetzungen dafür, dass China sich weiter zu einem verlässlichen und kooperativen Partner in der Welt entwickeln wird.

- Die Lösung ökologischer Probleme und der Umgang mit der demographischen Entwicklung wird in den kommenden Jahrzehnten eine besondere Herausforderung für Politik und Gesellschaft sein.

Häufig wird die Frage gestellt, ob Korruption nicht zu einer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Dynamik sowie der Auslandsinvestitionen in China führen wird, zumal in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen Korruption zunehmend als wachsendes Problem für ausländische Geschäfts- und Investitionstätigkeiten wahrgenommen wird. Weltbankexperten haben in einer Studie argumentiert, Untersuchungen unter westlichen Unternehmen hätten ergeben, dass Korruption in Afrika als größeres Problem für Investitionsentscheidungen angesehen würde als in Ostasien. Begründet wird dies mit signifikanten Unterschieden zwischen beiden Regionen. So zähle Korruption in Asien zu den fixen Kosten, sei sie überdies kalkulierbar. Durch Bestechung würden persönliche Beziehungen hergestellt, Vertrauen würde so geschaffen, und es entstünden Normen wechselseitiger Verpflichtung. In Afrika hingegen würden weder enge soziale Bindungen noch Vertrauen entstehen, so dass immer wieder willkürlich Zahlungen zu leisten seien. Von daher seien Bestechungsgelder dort den variablen Kosten zuzurechnen. Als Gründe hierfür werden genannt, dass die Institutionen und Bürokratien in Ostasien relativ stabil seien und Probleme informell geregelt würden. In Afrika hingegen existierten instabile Institutionen, Regierungen und Bürokratien wechselten häufig. Auch gebe es deutliche Schwankungen bei den Gewinnen, die Bestechungszahlungen in Afrika nicht immer gewinnträchtig machten. Überdies sei in Ostasien ein größeres Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, und es gebe trotz der Korruption signifikante Erfolge bei der Armutsbekämpfung. Von daher beeinträchtige Korruption das Engagement westlicher Unternehmen in Afrika stärker als in Ostasien.⁹³

Für den chinesischen Zusammenhang ist dies insofern von Interesse, als das hohe Maß an Korruption der Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen bislang keinerlei Abbruch getan hat. Entsprechend argumentieren Tay und Seda, der Fall China beweise nicht nur, dass es keines *clean government* bedürfe, um erfolgreiche Entwicklung in Gang zu setzen. Korruption stelle für ausländische Investoren offensichtlich auch keinen Grund dar, von Investitionen in China abzusehen, im Gegenteil. Selbst Schätzungen der *United Nations Conference on Trade and Development* (UNCTAD) zufolge, werden sich die ausländischen Direktinvestitionen in China im Jahre 2006 auf mehr als 100 Milliarden US \$ verdoppeln, und das trotz eines hohen Grades an Korruption.⁹⁴

Ganz ähnlich behauptet der in den USA lehrende Yan Sun, die Korruption in China wirke in geringerem Maße destruktiv und verursache weniger Kosten als die in Russland. Die Zerstörung der alten politischen Institutionen und der politischen Autorität in Russland bei gleichzeitiger ökonomischer Schocktherapie hätten zu einem unkontrollierten Anwachsen der Korruption geführt. Der dadurch entstandene schwache Staat tue sich schwer mit der Korruptionsbekämpfung; Wirtschaftswachstum und ein geregelter Übergang zu Marktverhältnissen würden dadurch behindert. In China hingegen seien die politischen Institutionen

93 Vgl. Reja / Talvitie (1998).

94 Vgl. Tay / Seda (2003, 40 ff.). Zu den Auslandsinvestitionen vgl. UNCTAD (2000).

intakt und der Staat stark geblieben. Über Korruption seien reformfeindliche Kräfte zu Unterstützern der Reformpolitik geworden, gesellschaftliche Akteure, die bislang von der politischen Macht ausgeschlossen gewesen seien, hätten sich auf diese Weise Macht kaufen können.⁹⁵ Obgleich die Folgen von Korruption in beiden Ländern ähnlich sind, besteht u.E. ein entscheidender Unterschied darin, dass sich die politische Führung Chinas auf ökonomische Erfolge und weitgehende politische Stabilität berufen kann. Zudem besitzt das politische System in China eine stärkere Legitimationsbasis in der Bevölkerung.

Die nachfolgende Tabelle (Tab.1) benennt abschließend Problemfelder, deren Lösung in den kommenden Jahren als dringlich zu betrachten ist. Es handelt sich um diejenigen Themenbereiche, die zum einen durch eine langfristige Dimension gekennzeichnet sind, und zum anderen das Potenzial haben, Chinas positive politische, ökonomische und soziale Entwicklung zu gefährden. Ihrer Lösung kommt durch diese mögliche, China destabilisierende Wirkung auch für den regionalen bzw. globalen Kontext Bedeutung zu.

Es ist zu berücksichtigen, dass die in Tabelle 1 aufgelisteten Problemfelder keine abgeschlossenen Bereiche darstellen; der Auflistung liegt vielmehr eine analytische Trennung zugrunde, in der Realität sind die Problembereiche multidimensional miteinander verwoben. So fördert z.B. der bereits gegenwärtig bestehende Frauenmangel Vorgänge von Migration einerseits und begünstigt andererseits u.a. die Verbreitung von HIV/AIDS. Die zunehmende Kriminalität z.B., die übrigens durch zunehmende Vernetzung inzwischen eine internationale Dimension hat, steht oftmals in direkter Verbindung zu Korruptionsdelikten, die ebenso wie die Mangelhaftigkeit sozialer Sicherungssysteme die Einkommensdisparitäten fördern. Die Defizite im Bildungssystem behindern langfristig die weitere ökonomische Entwicklung, weil nicht genügend gut qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Diese wenigen Beispiele sollen genügen, um die Verflechtung und das Ineinanderspiel der verschiedenen Problemfelder zu illustrieren.

95 Vgl. Yan (1999, 1–20).

Tabelle 1: Langfristige Problembereiche der VR China mit potentiell starker Auswirkung auf die politische Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung der VR China		
Dimensionen	Themenfeld	wichtigste Probleme
sozial	Demographischer Wandel	<ul style="list-style-type: none"> - Veränderung der Proportionen zwischen den Generationen und Geschlechtern - HIV/AIDS - mangelhafte soziale Sicherungssysteme (Sozialhilfe, Rentensystem, Gesundheitssystem, Altenpflege) - Urbanisierung
	Bildung	<ul style="list-style-type: none"> - neunjähriges Pflichtschulsystem insbesondere auf dem Land nicht ausgebaut - zu geringer Anteil an Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen
	Einkommensdisparitäten	<ul style="list-style-type: none"> - Anstieg der (Banden-)Kriminalität - zunehmend Unruhen und Proteste auf dem Land - hohe Arbeitslosigkeit und Arbeitsmigration - Finanzierung von Ausgleichsprojekten zwischen den Regionen binden anderweitig benötigtes Kapital
ökonomisch	Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - landwirtschaftliche Ertragsflächen zu gering / Verteilung von Ackerland ungünstig - geringe Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Agrarprodukte
	gesamtwirtschaftliche Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> - ausstehende Reform der Staatsbetriebe und des Finanzsektors - Ausbeutung und Rechtlosigkeit unqualifizierter Arbeitskräfte - Gefahr wirtschaftlicher Überhitzung bei gleichzeitiger Notwendigkeit hohen Wirtschaftswachstums - Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten (Erdöl)
politisch	Bürokratie / Politisches System	<ul style="list-style-type: none"> - verbreitete Korruption und Willkür - Ineffizienz und Intransparenz staatlicher Strukturen insbesondere auf der kommunalen Ebene - wirtschaftliche Öffnung vs. politische Abschottung
regional / global^a	Umwelt	<ul style="list-style-type: none"> - Zunahme des Individualverkehrs - hoher (ineffizienter) Ressourcenverbrauch - „Entwicklung“ wichtiger als Umweltschutz - geringes Umweltbewusstsein in der Bevölkerung - geringes Verständnis (wenig Verantwortungsbereitschaft) für die globale Relevanz von Umweltproblemen
<p>a Auf die internationalen Fragen wird in Abschnitt 2 eingehender eingegangen.</p> <p>Quelle: Senz (2005)</p>		

1.9 Perspektiven

“The only guidance we can take is to study the past, observe the present and place our hope in a future that is increasingly multilateral, multi-stakeholder, and diverse. And yes, this can even be true in the case of China”⁹⁶

Der Entwurf konkreter Zukunftsszenarien insbesondere für ein Land mitten im Transformationsprozess ist aufgrund der hohen Komplexität der Einflussfaktoren äußerst schwierig. Anstelle eines konkreten Ausblicks z.B. auf mögliche Demokratisierungsoptionen oder konkrete Folgen eines Machtverlustes der KP stellt die Abbildung (Abb.1) am Ende dieses Abschnittes einige Grundzusammenhänge der chinesischen Transformationssituation dar. Das Schaubild zielt darauf ab, das Geflecht von Einflussfaktoren und ihre wechselseitige Beziehung zumindest in Ansätzen zu benennen. Dabei werden neben ökonomischen auch soziale und politische Bedingungen benannt, weil eine Konzentration auf nur einen Bereich zu Fehldeutungen führen würde.

Studien, wie die BRICs-Studie⁹⁷ oder Weltbank-Analysen konzentrieren sich u.E. zu stark auf die ökonomische Dimension von Entwicklung und blenden oftmals andere Einflussfaktoren als scheinbar „feste Größen“ aus ihren Projektionen aus. Die vielbeachtete BRICs-Studie z.B. trifft auf der Basis von demographischen Entwicklungsdaten sowie einem Modell von Kapitalakkumulation und Produktivitätsanstieg Vorhersagen bis 2050 über die Entwicklung des BIP, des Pro-Kopf-Einkommens und den Entwicklungen im Währungsbereich der BRIC-Ökonomien. Die Autoren geben als Grundannahme ihrer Darstellung u.a. den weiteren Aufbau von Institutionen und die Fortsetzung von Politiken, die das Wirtschaftswachstum in den untersuchten Ländern fördern, an. Genau dies, Fragen über das Ob und Wie der weiteren politischen Entwicklung also, sind im Falle Chinas jedoch der „Knackpunkt“ jeder Prognose.

Projektionen über die anscheinend ungeheure Wirtschaftskraft Chinas sind keineswegs neu. Durch die gesamten 1980er und 90er Jahre z.B. ziehen sich Phantasien über die ökonomischen Möglichkeiten und den weltpolitischen Aufstieg Chinas die – je nach Autor – gepaart sind mit dem baldigen Niedergang oder zumindest dem weltpolitischen Bedeutungsabstieg des „Westens“.⁹⁸ Nicht zuletzt die veränderten weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Zuge der Globalisierung, die eine nord-amerikanisch-europäische Dominanz im globalen Kontext erschweren, bilden den Hintergrund für diese Szenarien und sind letztlich primär Ausdruck einer veränderten *westlichen* Wahrnehmung.

Sicherlich bedienen sich chinesische Politiker dieser Phantasien, arbeiten an der Kreation des „Mythos China“ mit, z.B. durch den steten Verweis und die kaum verhohlene Dro-

96 Mar / Richter (2003, 30).

97 Vgl. Wilson / Purushothaman (2003).

98 Vgl. z.B. Naisbitt (1995); Overholt (1994); Fukuyama (1995); Kennedy (1994); Bernstein / Munro (1997); Bauer (1995).

hung einer Behinderung des Zugangs zum chinesischen Markt. Im Zentrum dieser Argumentationen stehen selten aktuelle Zahlen und Relationen – die chinesische ökonomische Entwicklung ist zwar erfreulich, andere Staaten in der Region können jedoch mit ähnlichen Erfolgsgeschichten aufwarten – sondern es geht stets um Hochrechnungen von gigantischem Ausmaß, auf der Basis heutiger ökonomischer Daten, die zumeist auf Schätzungen fußen. Chinesische Daten und Statistiken sind in vielen Bereichen ungenau und müssen oftmals nachträglich korrigiert werden. China hat im Sinne der Durchsetzung eigener Zielvorstellungen ein starkes Interesse, die Hoffnungen in das chinesische Potenzial zu schüren bzw. wach zu halten. Möglicherweise macht gerade diese Fähigkeit, die Hoffnungen zu wecken und dabei in der westlichen Wahrnehmung zugleich etwas geheimnisumwittert zu bleiben, den Unterschied zwischen China und z.B. Indien aus. In Bezug auf diesen Bereich von *soft power* verfügt China über ein Potenzial, dass langfristig sogar dem der USA (*American dream*) vergleichbar sein könnte, wenn es China gelingt, international als friedfertig wahrgenommen zu werden und in seiner Innenpolitik „unauffällig“ zu bleiben, d.h. keine negativen Schlagzeilen etwa durch Menschenrechtsverletzungen zu machen. Freilich sind die Adressaten dieser *soft power* im Falle Chinas nicht primär die eigenen Bürger oder die internationale Zivilgesellschaft, sondern die internationalen Wirtschaftsvertreter und Großinvestoren.

Aktuelle Studien, wie die oben erwähnte Goldman Sachs-Studie, die gleich auch noch griffige Bezeichnungen („BRIC-Ökonomien“) kreieren, sind u.E. primär Ausdruck der Tatsache, dass die Absatzmärkte in den Industrieländern nicht bis ins Unendliche ausgedehnt werden können und in den genannten Ländern aufgrund der Bevölkerungszahlen potenziell die größten Absatzmärkte für westliche Produkte liegen *könnten*. Allerdings sind diese Hoffnungen an zahlreiche Vorbedingungen geknüpft, die nur allzu häufig ausgeblendet werden.

Unter den Beobachtern, die den chinesischen Transformationsprozess kommentieren, werden zwei Extrempositionen vertreten. Die eine Seite geht von einer stabilen, positiven Entwicklung Chinas aus, wobei ökonomische Aspekte und euphorische Hochrechnungen hier im Vordergrund stehen. Die andere Gruppe betont die drängenden politischen, sozialen aber auch ökonomischen Probleme und prognostiziert wahlweise eine anhaltende Krise, den Kollaps, Zerfall oder die Implosion des gesamten chinesischen Systems.⁹⁹

Unserer Meinung nach gibt es, wie oben erläutert, Indizien für die Möglichkeit eines weiteren graduellen und kontinuierlichen Wandels sowohl im ökonomischen, als auch im sozialen und politischen Bereich. Partei und Staat werden dabei weiterhin bemüht sein, die Rahmenbedingungen zu bestimmen und zu kontrollieren. Solange die politische Stabilität und die Herrschaft der KP nicht gefährdet ist, wird das System zumindest für die nächsten Jahre durch einen *begrenzten Pluralismus* gekennzeichnet bleiben, der persönliche Freiheiten zulässt, politische Freiheiten jedoch einschränkt. Rückschläge, ähnlich der Niederschlagung der studentischen Protestbewegung 1989, können jedoch keineswegs ausgeschlossen werden. Diese können von begrenzter, temporärer Natur sein, im schlimmsten Fall aber auch das gesamte System handlungsunfähig werden lassen. Eine kontinuierliche Liberalisierung als langfristiges Ergebnis wäre das entgegengesetzt denkbare Ergebnis. Die politikwissenschaftlich interessanteste Frage zu beantworten, nämlich wohin sich China in Zukunft bewegen wird, wäre prophetisch und lässt sich wissenschaftlich nicht

99 Vgl. z.B. Chang (2001); Jenner (1992).

ernsthaft bewältigen. Bewusst verzichten wir daher auf eine eindeutige Prognose – schon allein aufgrund der Vielfalt von ökonomischen, politischen, ideologischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen, die ein extrem komplexes Variablengefüge ergeben, ist eine solche praktisch unmöglich.

Die weitere Entwicklung Chinas wird u.E. davon abhängen, inwiefern es der politischen Führung gelingt, das gesellschaftliche Krisenpotenzial in den Griff zu bekommen und damit langfristig gesellschaftliche Stabilität zu gewährleisten. Der Stabilitätsbegriff ist dabei nicht statisch zu deuten, sondern bezieht sich auf die Erhaltung eines relativen „Gleichgewichtszustandes“ der z.B. durch Maßnahmen der Regierung als Reaktion auf bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen gewahrt werden kann; der Begriff hat insoweit durchaus dynamische Aspekte.

Wachsende Instabilitäten (seien sie ökonomisch, sozial oder politisch induziert) könnten Partei/Staat zur Eingrenzung oder Drosselung des bisherigen Pluralisierungsprozesses veranlassen, soziale Krisen und Konflikte tendenziell zu einer Stärkung staatlicher Ein- und Zugriffe führen. Von daher ist zu erwarten, dass eine Destabilisierung aufgrund einer Verschärfung der verschiedenen Konfliktlagen und möglicher sozialer Unruhen massive staatliche Eingriffe und damit autoritäre Strukturen begünstigen, ökonomische und soziale Stabilisierung hingegen den Übergang zu marktwirtschaftlichen Strukturen, zu mehr Rechtssicherheit und Pluralisierung von Gesellschaft und Politik fördern wird. Mit dem Ersteren droht die Zunahme des Nationalismus. Dieser kann, wie augenblicklich zu beobachten, eine defensive Ausprägung im Sinne eines Versuches der Selbstbehauptung annehmen, bei zunehmenden Krisenerscheinungen kann er jedoch auch als aggressiver, nach und gegen außen gerichteter Nationalismus im Sinne einer Kompensationsideologie auftreten; mit dem Begriff des Nationalismus verbindet sich das Gefühl der Höherwertigkeit gegenüber anderen Staaten und Ethnien sowie die vehemente Zurückweisen von „Fremdherrschaft“. Unter Bedingungen sozialer, politischer und ökonomischer Stabilität dürfte sich dauerhaft hingegen eher ein nach innen orientierter, die Entwicklung Chinas legitimierender und unterstützender *Patriotismus* entfalten, im Sinne eines moderaten Nationalbewusstseins und Stolzes auf die erfolgreiche Entwicklung Chinas. Allerdings sind die Grenzen zwischen einem derartigen Patriotismus und einem defensivem Nationalismus bisher fließend.¹⁰⁰

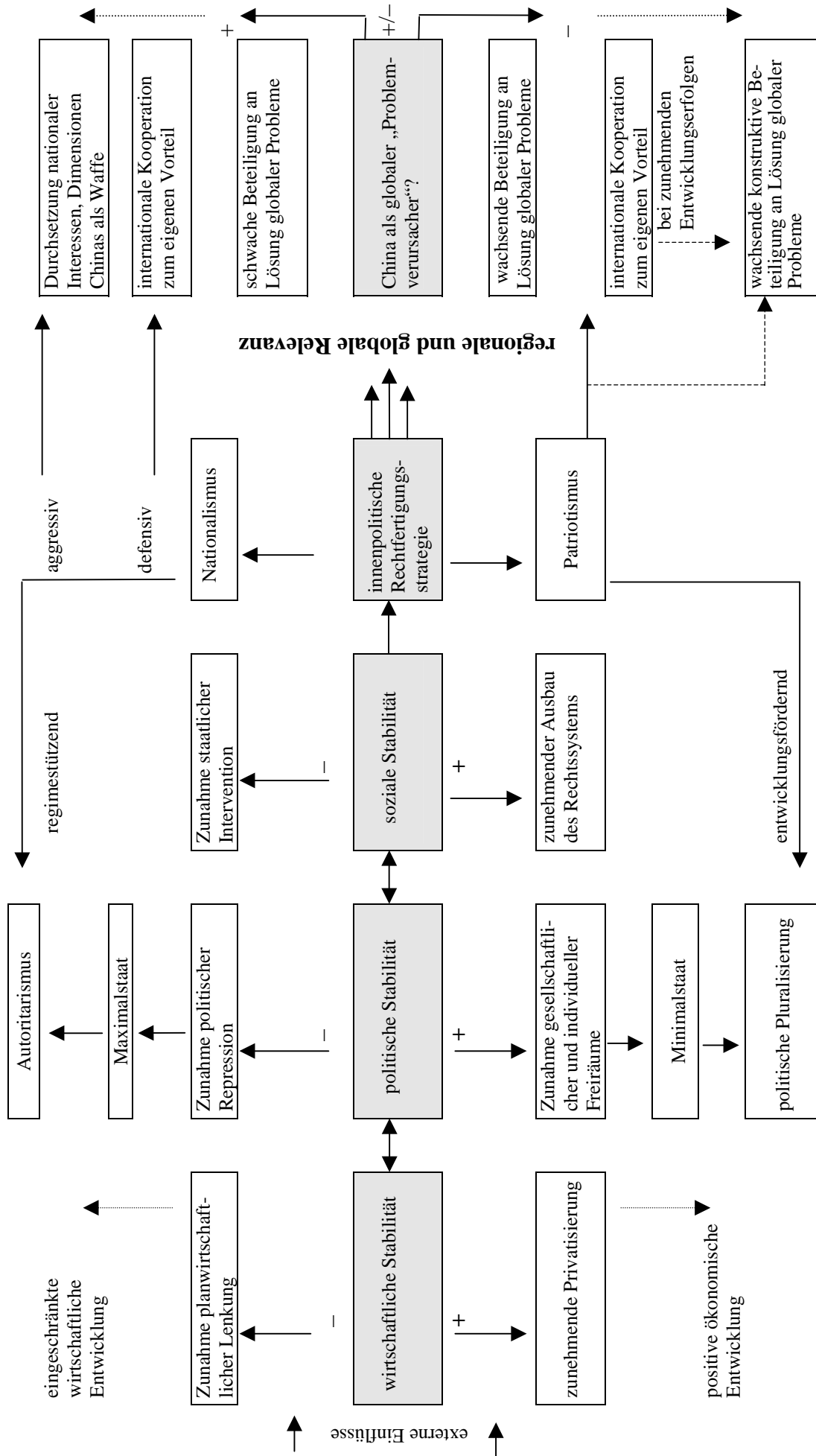
Insgesamt ist davon auszugehen, dass China um so weniger als „globaler Problemverursacher“ in Erscheinung treten wird, je günstiger sich der Transformationsprozess gestaltet und China damit zur Lösung der eigenen Probleme befähigt wird. China wird sich bis zur annähernden Erreichung eines den heutigen Industriestaaten vergleichbaren Entwicklungsniveaus primär auf sich selbst konzentrieren und innerhalb der internationalen Beziehungen eine Kooperation zum eigenen Vorteil suchen. Erst danach ist mit einer Beteiligung an der Lösung globaler Probleme unter Hinnahme möglicher eigener Einschränkungen oder Nachteile und übergeordneter ethischer Interessen zu rechnen. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, dass auch andere international gewichtige Staaten hierzu bereit sind.

Wenn wir trotz der Dynamik, die in Abb. 1 zum Ausdruck kommt, von „Stabilität“ sprechen, so deshalb, weil wir mit Stabilität nicht nur – wie oben beschrieben – Systemstabi-

¹⁰⁰ Zum Thema Nationalismus vgl. auch Abschnitt 2.

tät meinen, d.h. nicht nur, dass ein System in der Lage ist, im Fall von Störungen zu einem Gleichgewichtszustand zurückzukehren und dass es Lösungen suchen muss, die den Gleichgewichtszustand wiederherstellen. Stabilität begreifen wir auch funktional, als „political performance“ im Sinne von Legitimität, Effizienz, Beständigkeit, pragmatischem politischem Handeln, Entwicklungserfolgen, wachsendem Wohlstand u.a. Faktoren. Über die strukturelle und funktionale Dimension hinaus besitzt Stabilität zugleich eine kognitive Dimension, nämlich Einstellungen der Bevölkerung im Hinblick auf diese Performanz. Die Menschen verbinden mit Stabilität vor allem auch politische, soziale und individuelle Sicherheit. Alle drei Faktoren von Stabilität bedient der *party-state* derzeit, so dass er sich als Garant für Stabilität und die Wahrung nationaler Interessen begreifen lässt.

Abbildung 1: Dimensionen der zukünftigen Entwicklung Chinas



Quelle: Heberer / Senz (2005)

2 China in der internationalen Politik

2.1 Außenpolitische Trends

China hat in der Folge der Niederschlagung der studentischen Protestbewegung von 1989 die eindruckliche Erfahrung gemacht, durch Sanktionen geschädigt worden und international, wenn auch relativ kurzzeitig, in Isolation geraten zu sein. Nicht zuletzt hat dies die außenpolitische Debatte in China und die Frage nach der Gestaltung der internationalen Beziehungen angestoßen. Zentrales Konzept chinesischer Außenpolitik ist die Idee der Multipolarität. Diese Konzeption wurde im Jahre 1994 der internationalen Gemeinschaft durch den damaligen Außenminister Qian Qichen in einer Rede vor der UNO dargelegt und beinhaltet die Vorstellung, dass es mehrere Pole gebe, die gleichstark sind und mit gegenseitigem Respekt füreinander den ärmeren Staaten und Regionen Hilfe leisten.¹⁰¹ Mit dieser Deutung der internationalen Beziehungen positioniert sich China explizit gegen die unipolare Sichtweise der USA. Drei Modelle multipolarer Politik werden in China diskutiert:

- (1) ein dreipoliges Modell mit den USA, der EU und dem Großraum Ost-/Südostasien-Pazifik (auch unter Einschluss Indiens);
- (2) ein fünfpoliges Modell mit den USA, China, Japan, Deutschland und Russland sowie
- (3) ein „bipolares“ Modell mit den Polen „Supermacht“ (USA) versus die vier Großmächte China, Japan, Russland, EU.¹⁰²

Welches Modell sich künftig durchsetzen wird, ist China zufolge noch nicht entschieden, präferiert wird aber in jedem Fall eine Kooperation der verschiedenen Pole, gegebenenfalls auch gemeinsam gegen die Vereinigten Staaten.

Innerhalb des Reformprozesses hat eine Redefinition der innen- und außenpolitischen Agenda stattgefunden. Chinas Außenpolitik zeigt sich inzwischen zunehmend konformer mit modernen internationalen Normen, gleichzeitig spielen aber „traditionelle Wertvorstellungen“ wie die unbedingte Wahrung der nationalen Souveränität, territorialen Integrität und nationalen Einheit eine bedeutende Rolle. Wir können heute insgesamt acht zentrale Interessen in der chinesischen Außenpolitik feststellen:

- Sicherung eines ruhigen/stabilen Umfeldes für die innere Wirtschaftsentwicklung und Präferenz für die friedliche Beilegung von Konflikten (Modernisierungsdiplomatie)
- Achtung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität Chinas
- Ökonomisierung der Außenpolitik, d.h. zentrale Rolle der Wirtschaftsinteressen
- Förderung einer multipolaren Weltordnung
- Verbesserung des Ansehen Chinas in der Staatengemeinschaft¹⁰³ und Mitsprache bei allen wichtigen Angelegenheiten

¹⁰¹ Vgl. auch Tätigkeitsbericht der chinesischen Regierung vom 05.03.2004, in: *Internationale Politik* 59 (9) 126–128

¹⁰² Vgl. dazu grundlegend: Zhao (1996, 13).

- nationale Einheit, d.h. insbesondere Wiedervereinigung mit Taiwan und Alleinvertretung Chinas
- Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung (durch Ausbau der eigenen Macht- und Einflussosphäre)
- Ökonomisch und sicherheitspolitisch orientierter Multilateralismus

Verändert hat sich in den letzten Jahrzehnten auch der außenpolitische Stil. Das Klassenkampfkonzept als ideologische Basis in den internationalen Beziehungen wurde aufgegeben, nationale Interessen gelten heute als außenpolitischer Orientierungspunkt. Ebenfalls festzustellen ist eine Abnahme an konfrontativer außenpolitischer Rhetorik und eine größere internationale Kooperationsbereitschaft. China hat erkannt, dass die internationale Position auch davon abhängt, Verantwortung zu übernehmen. Insofern hat die Bereitschaft zur Mitwirkung an einer Weltinnenpolitik (wie an UNPKOs in Kambodscha und Ost-Timor, an UN-*Peace-keeping*-Einsätzen im Kongo oder in Haiti, wo erstmals eine chinesische Polizeieinheit selbständig operiert) zugenommen, und während der asiatischen Finanzkrise 1997 hat sich China als konstruktiver Partner gezeigt.

China sucht außerdem intensiv Bündnispartner auf der Grundlage gemeinsamer Wirtschaftsinteressen, vor allem in Südostasien (vgl. die Vorschläge zum nordostasiatischen Freihandelsabkommen, zur Schaffung eines Asiatischen Währungsfonds und einer Organisation Ostasiatischer Zusammenarbeit, die Bemühungen um die Bildung eines gemeinsamen Marktes mit den ASEAN-Staaten bis 2015 sowie den chinesischen Vorschlag zur Einrichtung einer „Ostasiatischen Sicherheitsgemeinschaft“ als Dialogforum). Auf diese Weise bemüht sich China um die Nutzung ökonomischer Synergieeffekte für seine Entwicklung, zugleich aber auch um strategische Partnerschaften mit der *Association of South-East Asian Nations* (ASEAN) oder der EU, um in dem kontinuierlichen Konflikt-gemeinde mit den USA strategische Gegengewichte zu schaffen und seine Isolierung zu verhindern.

Gleichwohl hat China sich in den letzten 15 Jahren bemüht, durch kooperatives und konstruktives Verhalten in Südostasien Vertrauen aufzubauen. Bis 1991 waren die Beziehungen zu allen südoastasiatischen Staaten normalisiert worden. Seit 1996 führt es den jährlichen ASEAN-China Dialog durch und seit 1997 nimmt es an ASEAN+3 teil, dem Dialog der ASEAN mit China, Japan und Südkorea. Es beteiligt sich zugleich aktiv am Sicherheitsdialog des ASEAN Regional Forum. Im November 2002 unterzeichnete Peking ein Rahmenabkommen für eine breit angelegte Wirtschaftskooperation (inklusive der geplanten Freihandelszone ASEAN-China Free Trade Area). 2003 verpflichtete China sich in einem Dokument mit völkerrechtlichem Status, in Zukunft keine militärische Gewalt im Südchinesischen Meer anzuwenden. All dies trug zur Vertrauensbildung zwischen China und der ASEAN bei.¹⁰⁴ Schließlich war China auch aktiv am „First East Asia Summit“ im Dezember 2005 beteiligt, bei dem es u.a. um die Zusammenarbeit zwischen der ASEAN, Japan, Südkorea, China, Australien und Indien in den Bereichen Energie, Geflügelgrippe, Terrorismusbekämpfung, maritime Sicherheit, Beseitigung von Handels- und Investitionshemmnissen sowie um Fragen künftiger Gemeinschaftsbildung ging. Zhang Xizhe, Pro-

103 Vgl. dazu: Wang (2003, 46–72).

104 Vgl. Hilpert et al. (2005, 31 ff.); Hilpert / Will (2005); Shambaugh (2004–2005); Hughes (2005).

fessor für internationale Beziehungen an der Peking Universität erklärte, Aufgabe dieses Gipfels, der künftig regelmäßig stattfinden soll, sei „*creating a new model for regional integration that differs from the mechanisms of other regions*“.¹⁰⁵

All dies indiziert, dass China sein Kooperationsverhalten in regionalen, aber auch in internationalen Angelegenheiten verstärkt hat. Zumindest in der Region Ost-/Südostasien lässt sich auch ein Wandel von der Priorität bilateraler hin zu multilateraler Einbindung erkennen. Im September 2005 wies die Parteizeitung *Renmin Ribao* sogar explizit darauf hin, dass Peking das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ auch zur Grundlage seiner internationalen Politik machen möchte, in dem es beitragen möchte zur Schaffung einer friedlichen und entwickelten Welt.¹⁰⁶

Nationalistische Strömungen, von der Parteiführung als „Ideologieersatz“ jahrelang genährt, bilden heute ein hohes Druckpotenzial, dem sich die politische Führung nur schwer entziehen kann und das geeignet ist, ihren außenpolitischen Handlungsspielraum einzuschränken.

Diese nationalistischen Positionen richten sich vor allem gegen die US-Außenpolitik, die China am internationalen Aufstieg hindern wolle, und gegen Japans Bemühungen, sein internationales Gewicht zu vergrößern.

Für Aufsehen sorgte vor einigen Jahren das chinesische Buch „China kann Nein sagen“¹⁰⁷, das für eine aggressivere Haltung Chinas in der internationalen Politik votierte und eine rücksichtslosere Durchsetzung chinesischer Interessen auch gegen den Willen der USA forderte. Gleichzeitig wünschten sich die Autoren aber auch ein ausgeprägteres chinesisches Engagement in den internationalen Beziehungen. Gestützt auf ein starkes Nationalgefühl solle sich die VR China stärker in der UNO engagieren, die Bindungen zu Asien enger knüpfen und nach Verbündeten in der ganzen Welt suchen, um der Bedrohung durch die USA ein deutliches Gegengewicht entgegenzusetzen. Hier zeigt sich der interessante Aspekt, dass parallel zu der amerikanischen Diskussion über eine wachsende Bedrohung durch die VR China, in der chinesischen Debatte die umgekehrte Perzeption festzustellen ist.

Die amerikanische Chinapolitik wird als Versuch wahrgenommen, Chinas Aufstieg zu verhindern: das amerikanische Engagement in Zentral- und Ostasien wird als Einkreisung Chinas interpretiert, die amerikanische Unterstützung für Taiwan wird als Förderung der Unabhängigkeit Taiwans und Untergrabung der nationalen Einheit Chinas gesehen. Die Einmischung in innere Angelegenheiten im Namen der Menschenrechte wird als schikanös und inakzeptabel abgelehnt.

Allerdings sollte man diese nationalistischen Strömungen nicht überbewerten. Die chinesische Führung bemühte sich bislang in nahezu allen Konflikten (Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad, Zwischenfall mit einem US-Aufklärungsflugzeug, anti-japanische Proteste) trotz Proteststürmen in der Bevölkerung um politische Zurückhaltung

105 *China Daily*, Internetversion; online: http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2005-12/16/content_503995.htm (Stand: 17.12.2005).

106 Vgl. *Renmin Ribao*, 25.9.2005.

107 Vgl. Song / Zhang / Qiao (1996); Song et al. (1996).

und Mäßigung. Ausbrüche chinesischen Nationalismus', so zeigen die Beispiele, sind zu-
meist eine Reaktion auf externen Druck aus dem Westen.¹⁰⁸

2.2 Multiple außenpolitische Akteure

War die außenpolitische Entscheidungsfindung unter Mao stark personalisiert und zentralisiert, ist seit der Ära Deng ab Ende der 70er Jahre ein Bedeutungszuwachs der mit der Regelung der Außenbeziehungen betrauten Institutionen und innerhalb dieser Institutionen eine zunehmende Professionalisierung zu beobachten. Innerhalb des Institutionengefüges kommt dem Außenministerium zwar eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Außenpolitik zu, sein Handlungsspielraum ist jedoch begrenzt, da das Ministerium faktisch der Kommunistischen Partei und deren Büro für internationale Beziehungen untergeordnet ist.

Allerdings ist es keinesfalls so, dass eine kleine Gruppe politischer Führer allein und unabhängig über Fragen der Außenpolitik entscheidet. Seit Ende der 70er Jahre ist auch eine Pluralisierung innerhalb des außenpolitischen Entscheidungsprozesses und eine Beteiligung unterschiedlicher Akteure zu beobachten; von Zhao wurde für diese Entwicklung der Begriff des *horizontalen* oder *konsultativen Autoritarismus* geprägt.¹⁰⁹ D.h., der außenpolitische Entscheidungsprozess beruht zunehmend auf Konkurrenzen bzw. Kompromissen zwischen verschiedenen Akteuren, die zum Teil unterschiedliche Interessen verfolgen. Die Rationalität des außenpolitischen Verhaltens der VR China erschließt sich durch die Intransparenz dieser Aushandlungsprozesse nicht immer deutlich. Zentrale beteiligte Akteure sind:

- die politische Führung, die letztlich die Grundlinien festlegt
- das Außenministerium, das eine eher moderate Politik präferiert und auf Diplomatie setzt
- das Militär, das sich als „Hüterin“ nationaler Interessen sieht, dabei aber „traditionell“ der politischen Linie der KP folgt¹¹⁰

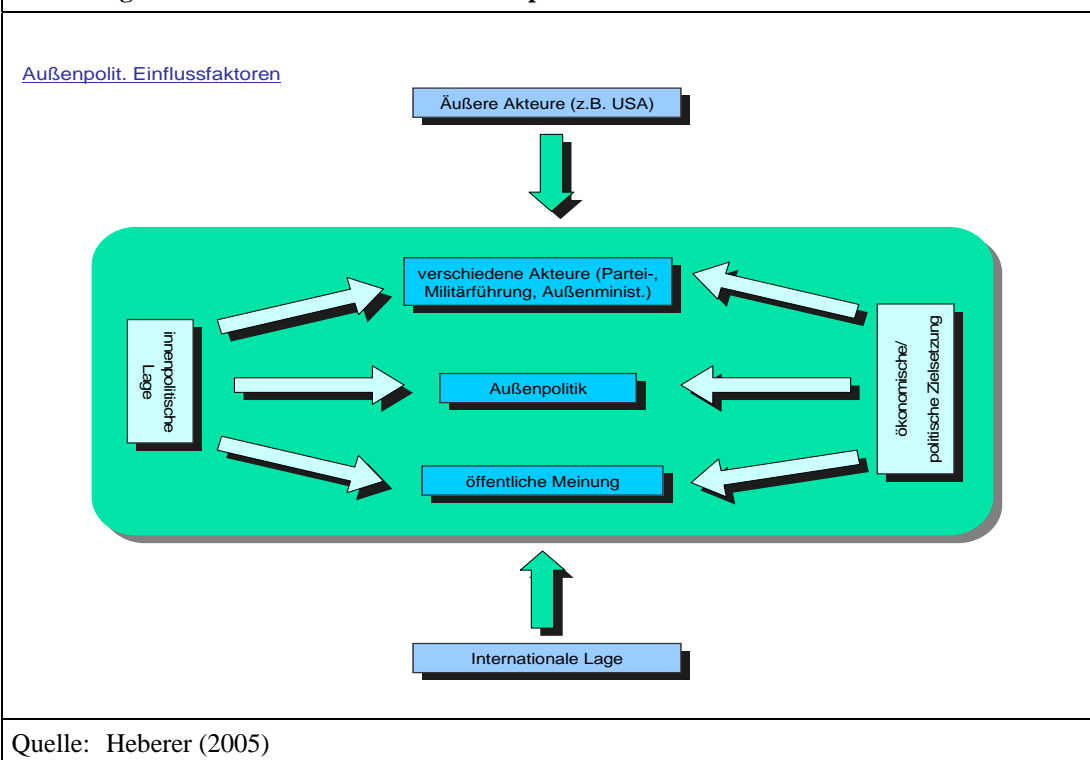
108 Vgl. Zheng (2000, 93–116).

109 Vgl. Zhao (1996, 80 f.).

110 Das Militär hat die 1990er Jahre genutzt für den Ausbau der Marine-, Luftwaffen-, und Raketenkapazität, wobei die finanziellen und technologischen Ressourcen aber nicht ausreichten, um binnen kurzem den Stand anderer Länder zu erreichen; staatliche Gelder flossen in die Wirtschaftsentwicklung, so dass eine Steigerung des Militäretats in diesem Zeitraum nur im Bereich des Inflationsausgleiches stattfand (vgl. hierzu z.B. *Beijing Rundschau* 48/1995, S.18). Allerdings besserte das Militär sein Budget in den 1990er Jahren durch die Produktion vornehmlich ziviler Konsumgüter auf. Ab 1999/2000 wurde diese Tätigkeit von der politischen Führung auf die Produktion von Rüstungsgütern u.a. für den Export eingeschränkt. Die Ausgaben für das Militär steigen seit Beginn des neuen Jahrtausends massiv an, was auch von der Führung eingeräumt und mit der Notwendigkeit zum Ankauf von technologischen Waffensystemen primär aus Verteidigungsgründen begründet wird. Der Etat beträgt offiziell etwa 1,5 % des BSP, aber große Teile der Ausgaben sind in anderen Haushaltsposten versteckt, so dass der tatsächliche Betrag auf das fünffache geschätzt wird (vgl. hierzu z.B. Petra Kolonko, China rüstet auf, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 14.03.01). China ist die am wenigsten transparente Nuklearmacht, die die Mehrheit ihrer Atombombentests in den neunziger Jahren durchführte. Chinesische Waffenexporte (die Proliferation von Nuklear- und Raketentechnik) verfolgen neben wirtschaftlichen auch sicherheitspolitische Zielsetzungen; diese betreffen z.B. den Aufbau von Bündnissen (Pakistan) und die Sicherung des Zugangs zu Energieressourcen. Vgl. hierzu z.B. Kempf (2002, 175 ff.).

- die Provinzen, die aus Gründen ausländischer Investitionen (vor allem in den Küstenregionen) eine moderate Außenpolitik bevorzugen
- größere Wirtschaftsunternehmen, für die ökonomische Aspekte im Vordergrund stehen
- die öffentliche Meinung¹¹¹, die via Internet und andere Medien kurzfristig Druck erzeugt und in der sich häufig Unzufriedenheit mit der bzgl. bestimmter nationaler Interessen „zu weichen“ Außenpolitik der Zentralregierung niederschlägt (vgl. z.B. die antijapanische Internetbewegung im April 2005, die sich gegen einen Sitz Japans im Ständigen Sicherheitsrat wendet und binnen weniger Tage über 10 Mio. Unterschriften sammeln konnte).

Abbildung 2: Einflussfaktoren auf die Außenpolitik der VR China



2.3 Unterschiedliche Interpretationsansätze chinesischer Außenpolitik

Zwar hat die chinesische Außenpolitik in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Wandel hin zu einer multilateralen Strategie vollzogen. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die multilaterale Orientierung nicht nur rein taktischer Natur ist. Sie basiert – zumindest auch – auf einem Kosten-Nutzen-Kalkül. Aus der Perspektive des Realismus ist das Primärziel chinesischer Außenpolitik, Großmacht in einer multipolaren Welt zu werden. Dieses Ziel – so diese Argumentation – sei bedingt durch strukturelle Zwänge des internationalen Systems. Der rasante wirtschaftliche Aufstieg ermögliche es der VR China, dieses Ziel mit

¹¹¹ Vgl. ausführlich hierzu: Fewsmith / Rosen (2001, 151–187).

Nachdruck zu verfolgen. Demnach könnte Chinas Multilateralismus als Übergangsstrategie auf dem Weg zur angestrebten Großmachtposition interpretiert werden.

Der Hauptstrang liberalistischer Argumentation ist hingegen folgender: Der wirtschaftliche Aufstieg der VR China sei mit ihrer Einbindung in die Weltwirtschaft wechselseitig verknüpft. Die wachsende ökonomische Interdependenz fördere eine friedlich-kooperative Außenpolitik. In derselben Weise wirken sich Ansätze einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung auf die chinesische Außenpolitik aus.

Einen aufschlussreichen Ansatz zur Analyse chinesischer Außenpolitik liefert die *Theorie der Handelserwartungen*. Sie besagt, dass ein Land, wenn es positive Erwartungen bezüglich der eigenen ökonomischen Entwicklung habe, eine kooperative Außenpolitik betreiben werde. Im umgekehrten Fall werde es, bei negativen Erwartungen, mit größerer Wahrscheinlichkeit aggressive außenpolitische Strategien verfolgen.¹¹² Dieser Ansatz verknüpft damit Kernelemente von Realismus (Eigeninteresse als zentrales Handlungsmotiv) und Liberalismus (Interdependenz als dem Internationalen System zugrunde liegende Ordnungsstruktur). Die Außenpolitik gegenüber der VR China sollte demnach so gestaltet werden, dass Chinas Erwartungen bezüglich der eigenen ökonomischen Entwicklung möglichst positiv und die Kosten einer aggressiveren Außenpolitik hoch sind. Dem entspricht die Handlungsmaxime des „*constructive engagement*“ (konstruktive Einbindung), d.h. der wachsenden Integration Chinas in die Weltgemeinschaft sowie der von der EU proklamierten „strategischen Partnerschaft“ mit China.

2.4 Chinas Haltung zur UNO, zur Reform der Vereinten Nationen und das Engagement in internationalen Organisationen

Seit dem Einzug in den Sicherheitsrat 1971 hat China bis Ende der 1990er Jahre eine eher passive Rolle gespielt. Es hat selbst kaum Resolutionen eingebracht, sich nicht wesentlich an der Diskussion über Resolutionen anderer Länder beteiligt und sich eher enthalten, als eindeutig Stellung zu beziehen, solange die eigenen Interessen nicht tangiert wurden. Zwischen 1990 und 1996 kamen 64 % aller Stimmhaltungen im Sicherheitsrat von China.¹¹³ Erst im Jahre 1997 legte China erstmals seit 1982 wieder ein Veto ein. Insgesamt ist zu beobachten, dass die UNO für China im letzten Jahrzehnt zu einer zunehmend vertrauteren Bühne für die Vertretung der eigenen Interessen geworden ist und sich Chinas Habitus professionalisiert hat. China bedient sich seiner Möglichkeiten, die aus dem Ständigen Sitz im Sicherheitsrat resultieren, ungehemmter als früher und nutzt seinen Einfluss besonders dann, wenn es darum geht, die internationale Aufwertung Taiwans zu verhindern. So traf das chinesische Veto 1997 z.B. Guatemala, das sich für die UNO-Mitgliedschaft Taiwans eingesetzt hatte und das Veto im Jahr 2000 Mazedonien, das wegen eines Kredits über 300 Mio. US \$ diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen hatte.

Ansonsten ist Chinas Haltung in der UNO pragmatischer Natur und nicht zuletzt von dem Interesse an Finanzierungsmöglichkeiten für den Aufbau der eigenen Infrastruktur, des Gesundheits- und Bildungssystems geprägt.

¹¹² Vgl. Li (2004, 35 ff.).

¹¹³ Johnston (2001, 51).

An *peace keeping*-Einsätzen und humanitärer Hilfe hatte sich China bis Ende der 1990er Jahre kaum beteiligt.¹¹⁴ Auch sein Anteil an den Kosten solcher Aktivitäten war gering. Mittlerweile ist hier eine Änderung festzustellen. So hat China begonnen, sich stärker in die Diskussionen im Sicherheitsrat einzubringen und sich zunehmend an internationalen Aktivitäten der Vereinten Nationen zu beteiligen.¹¹⁵ Insgesamt scheint eine stärkere Beteiligung Chinas in den verschiedenen Bereichen immer dann einzutreten, wenn nach eigener Einschätzung eine erfolgreiche Mitarbeit möglich ist. So hat China z.B. stets Anspruch auf die Einhaltung der 200-Meilengrenze erhoben, ist der UN-Seerechtskonvention jedoch erst im Jahre 1996 beigetreten, als durch die wirtschaftliche Entwicklung, den Stand der militärischen Ausrüstung sowie die Ausbildung eigener Juristen der erforderliche Background gegeben war.

China begreift die UNO heute als Organisation, die sich für *Global Governance* einzusetzen vermag, und die chinesische Führung hat wiederholt betont, dass sie die UN als den entscheidenden Träger von *Global Governance* betrachtet. Der chinesische Außenminister bekräftigte dies im Oktober 2004 gegenüber UN-Generalsekretär Annan.¹¹⁶

Das chinesische Engagement innerhalb der UNO und an *peace keeping*-Aktivitäten hat sich verstärkt. So stieg die *peace keeping*-Beteiligung von ca. 50 Personen im Jahre 1998 auf über 1000 Personen im Jahre 2004 und einer Teilnahme an 12 der insgesamt 17 laufenden *peace keeping*-Operationen. Die Beteiligung an der Operation in Liberia (UNOMIL) war mit knapp 600 Personen der größte Einzelbeitrag der je von China geleistet wurde.¹¹⁷

China beteiligt sich an den Debatten über Waffenkontrolle und Abrüstung und hat die meisten wichtigen entsprechenden Verträge, Konventionen und Vereinbarungen unterzeichnet bzw. ratifiziert. Es hat sich z.B. für UN-Atomwaffeninspektionen im Irak, in Iran und Nordkorea ausgesprochen, ist aber gegen harte Interventionen (militärischer oder wirtschaftlicher Art), besonders gegen ein einseitiges militärisches Vorgehen der USA wie im Falle Iraks.¹¹⁸ Gewaltsame Maßnahmen zur Erzwingung von Frieden werden von Peking abgelehnt, auch wenn China im UN-Sicherheitsrat nicht immer dagegen gestimmt, sondern sich überwiegend der Stimme enthalten hat.

War China 1977 lediglich in 21 internationalen Organisationen (IO) und 71 internationalen Nichtregierungsorganisationen (INGOs) vertreten, so hatte sich die Zahl im Jahre 2000 auf 50 IOs und 1.275 INGOs erhöht.¹¹⁹ In Bezug auf die Mitgliedschaft entwickelt sich Chinas internationales Engagement demnach positiv. Allerdings sind die finanziellen und personellen Beiträge Chinas in diesem Bereich und auch der inhaltliche Input noch verhalten. Insofern muss man die Schlussfolgerung ziehen, dass China derzeit keine proaktive Rolle im internationalen Rahmen zukommt. Die Unterzeichnung einer großen Zahl internationaler Abkommen verdeutlichen aber, dass China sich in kooperativer Weise an *Global Governance* beteiligt bzw. beteiligen möchte. China hat sich an zahlreichen internatio-

114 1992 beteiligte China sich erstmals an einem UN-Einsatz (Kambodscha).

115 Vgl. Tang (2002, 40).

116 *Renmin Ribao* 12.10.2004.

117 Vgl. Bates (2005).

118 Vgl. Chu (2005).

119 Vgl. Oksenberg / Economy (1999) (Hrsg.); Chan (2003, 217–245).

nen Initiativen beteiligt, z.B. an der *Container Security Initiative* und der *Proliferation Security Initiative* sowie diverser Maßnahmen z.B. gegen die Verbreitung von Atomwaffen und der Weitergabe sensibler Technologien an Staaten wie Pakistan oder Iran. Peking zeigt sich damit auch in zunehmendem Maße bereit, sich an internationalen Standards zu orientieren. Trotz dieser insgesamt positiven, aber erst seit kurzem zu beobachtenden Entwicklungen bleibt unklar, wie aktiv China sich zukünftig im globalen Kontext engagieren und welchen Beitrag es zur Lösung von Konflikten zu leisten gewillt und in der Lage ist. Nach Einschätzungen von Diplomaten geht China bei der Möglichkeit, internationale Organisationen zur Interessenvertretung zu nutzen, nach dem Prinzip eines temporären, inhaltlich begrenzten Bündnisses vor. Das Prinzip, die Interessen mehrerer Staaten durch Kompromisse im Interesse aller miteinander zu verbinden, ist Chinas außenpolitischen Akteuren als Idee (noch) fremd.¹²⁰

Bei der Reform der UNO hat China bisher kein großes Engagement gezeigt, es votiert zwar für eine Reform der UN, aber nur in moderater Form. So soll das Vetorecht der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gewahrt werden. China ist auch skeptisch im Hinblick auf eine Erweiterung des Kreises der Ständigen Mitglieder. Allerdings hat es sich wiederholt für eine stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer ausgesprochen.¹²¹ Letzterem solle bei den Reformen Priorität eingeräumt werden.

Im April bekräftigte China (gemeinsam mit Russland) partiell die Bedenken der Entwicklungsländer (so seien im Reformpapier von UN-Generalsekretär Annan über die künftige Gestalt und Mission der Staatenorganisation die Forderungen der Organisation zur Förderung von Entwicklung und sozialem Fortschritt nicht hinreichend berücksichtigt worden). Der UN-Vertreter Chinas forderte, die Entscheidung über die Strukturreform solle im Konsens der 191 Mitglieder fallen und nicht in einer geheimen Kampfabstimmung.¹²² Dies zeigt, dass China die Gleichheit *aller* Länder betont, ein Aspekt der neben dem Gebot der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten von Chinas Vertretern seit 1995 in der Generalversammlung stets besonders hervorgehoben wird.¹²³

Für die Beziehungen zu den Ländern des Südens bedeutet dies, dass China diese Beziehungen differenzierter als früher betrachtet und stärker abhängig von den eigenen Interessen macht. China sieht seinen Platz nicht notwendigerweise an der Seite der Länder des Südens. Die Beziehungen zur sog. Dritten Welt sind vielmehr im Gesamtkonzept der neu definierten nationalen Interessen Chinas zu sehen und die Art der Beziehung zu einzelnen Staaten ist abhängig von Chinas jeweiligem Eigeninteresse. So werden z.B. starke Länder als potenzielle Bündnispartner (gegen die USA) betrachtet, zu ressourcenreichen Ländern werden die ökonomischen oder diplomatischen Beziehungen intensiviert, und so ist z.B. die Gewährung von Entwicklungshilfe abhängig von der Position des jeweiligen Landes zu Taiwan.

Ein neues Moment ist, dass China sich zunehmend von einem Nehmer- zu einem Geberland entwickelt. So hat Peking sich im Zuge des Tsunami in Südostasien z.B. mit einem Hilfspaket von 83 Mio. US \$ beteiligt. Hier haben die Erwartungen der Nehmerländer, der

120 Vgl. Kempf (2002, 131 ff.).

121 Vgl. z.B. *China Daily* 29.1.2005 und *Renmin Ribao* 2.4.2005.

122 Vgl. dazu *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 08.04.2005.

123 Vgl. z.B. *Beijing Rundschau* 45/1995, 26.

Anspruch auf regionale Führerschaft sowie die Konkurrenz zur Hilfe Taiwans eine Rolle gespielt. Zugleich verdeutlicht dies aber, dass China sich auch im Hinblick auf humanitäre Hilfe künftig stärker zu engagieren bemüht. Stimmen, China habe durch seine geringe Hilfe im Vergleich zu den Vereinigten Staaten, Japan oder Deutschland außenpolitisch an Gewicht verloren und sei in der Region „ins Abseits manövriert“ worden, sind u.E. zwar völlig überzogen¹²⁴, verdeutlichen aber, dass Chinas ökonomische und politische Kapazitäten noch begrenzt sind und das Land daher eher regional als international Gewicht besitzt.

Der Übergang vom Nehmer- zum Geberland wird auch dadurch verdeutlicht, dass China sich künftig stärker an den Hilfslieferungen im Rahmen des *World Food Programme* (WFP) beteiligen will und die jahrzehntelange Ernährungshilfe durch das WFP ab 2006 auslaufen lassen wird.¹²⁵

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass sich China im Rahmen der UN künftig verstärkt an UN-Aktivitäten beteiligen wird, nicht zuletzt, weil China im Interesse der Eindämmung des amerikanischen Unilateralismus an einer Stärkung der Vereinten Nationen gelegen sein muss. Es wird dabei aber die eigenen nationalen Interessen (z.B. Ein-China-Politik, Ressourcensicherung) stets im Blick behalten, externe Einflüsse mit Misstrauen beobachten und die bestehenden „traditionellen“ außenpolitischen Vorstellungen (Souveränitätsprinzip) nur langsam modifizieren. China verfügt bisher noch nicht über die diplomatischen und ökonomischen Kapazitäten und Erfahrungen, um im globalen Kontext in gleicher Weise wie die europäischen Nationen oder die USA zu handeln. Eine Herausforderung wird es daher sein, Chinas Bewusstsein für die eigene globale Verantwortung und die Sinnhaftigkeit multilateraler Lösungsansätze zu stärken und es in die globale Strukturpolitik einzubinden. Diese Einbindung sollte idealerweise in Problemfeldern gesucht werden, denen China sich zukünftig auch wegen selbstdefinierter Eigeninteressen widersetzen müssen, also z.B. im Bereich globaler Gesundheitsfragen (Eindämmung von Infektionskrankheiten), Umweltschutz, international geregelter Ressourcenzugang oder die Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Drogenhandel). Das Land agiert insgesamt auf der internationalen Bühne eher vorsichtig, um das für die eigene Entwicklung günstige Umfeld nicht zu stören und wird auch in Zukunft darauf bedacht bleiben, die Entstehung einseitiger Abhängigkeiten zu vermeiden. Die eigenen Kapazitäten, internationale Standards, wenn gewollt, auch wirklich umzusetzen, müssen als begrenzt angesehen werden, weil die Implementationsfähigkeit des Staates als Folge der Dynamik der umfassenden Wirtschaftsreformen und damit verbunden Dezentralisierungstendenzen limitiert sind.

Andererseits belegt das Verhalten z.B. während der WTO-Gespräche in Hongkong im Dezember 2005, dass China sich – anders als z.B. Indien und Brasilien – in internationalen Organisationen nach wie vor eher zurückhaltend verhält. Da die internationalen Handelskonstellationen sich für China recht günstig gestalten, hat es sich im Hinblick auf die Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern während der WTO-Gespräche ganz bewusst zurückgehalten. Peking setzt gegenwärtig noch immer stärker auf bilaterale als auf multilaterale Verhandlungen, ein Faktor, der weitgehend auch für seine Haltung in den

124 Näheres zum Thema: Giese (2005, 5 ff.).

125 *Renmin Ribao* 08.04.2005.

Vereinten Nationen gilt. Lediglich regional scheint sich hier eine erste große Änderung abzuzeichnen (vgl. z.B. den *East Asia Summit* im Dezember 2005, s.o.).

2.5 Innerchinesische Diskurse über die internationale Entwicklung

In der innenpolitischen Diskussion finden sich vornehmlich folgende Positionen:

- Oberstes Ziel bleibt die ökonomische Entwicklung
- Innenpolitische Interessen haben Vorrang vor außenpolitischen
- China begreift sich nach wie vor als ein Entwicklungsland
- Seine militärische Stärke ist begrenzt
- Sein internationaler Einfluss ist noch relativ gering

Die beiden ersten Faktoren weisen darauf hin, dass China sich auf absehbare Zeit noch auf sich selbst konzentrieren wird. Die binnenwirtschaftlichen Entwicklungsdefizite hofft China durch Entwicklungszusammenarbeit schneller bewältigen zu können. Die Rückständigkeit der Wirtschaft im Landesmaßstab, der insgesamt niedrige Lebensstandard, die großen Entwicklungsunterschiede zwischen und innerhalb von Regionen (strukturelle Heterogenität) und das immer noch große Maß an „Armen“ (schätzungsweise 200 Mio. Menschen), verdeutlichen, dass China als Entwicklungsland einzustufen ist. China selbst hat erklärt, dass es erst im Jahre 2080 den Status eines „entwickelten Landes“ erreichen wird.¹²⁶

China fühlt sich vor allem durch die USA bedroht. Das Vorgehen der USA und der *North Atlantic Treaty Organisation* (NATO) im Kosovo und vor allem die beiden Golfkriege haben Chinas militärische Rückständigkeit verdeutlicht. Peking wäre vermutlich nicht zu einer effektiven Seeblockade Taiwans in der Lage, weil ihm die entsprechenden Waffentechnologien (z.B. modernste Flugzeugträger) fehlen. Dies ist ein wichtiger Grund für die beschleunigte Auf- und Nachrüstung.

Die innerchinesische Diskussion über Fragen der internationalen Politik dreht sich von daher vor allem um die Frage der Rolle der USA in der Weltpolitik und das chinesisch-US-amerikanische Verhältnis. Es sind primär zwei divergierende Positionen, die im Hinblick auf die Zukunft der USA in dieser Diskussion vertreten werden: (a) Die Ereignisse des 11. September hätten verdeutlicht, dass die Supermacht USA extrem verwundbar sei. Der Irak-Krieg sei Ausdruck des schwindenden Einflusses der USA; (b) Die Ereignisse seit dem 11. September hätten im Gegenteil bestätigt, dass die unipolare Politik der USA sich stabilisiert und der Irak-Krieg das amerikanische Potenzial gestärkt habe. Qian Weirong, ehemaliger Vizedirektor des „*Center for World Affairs Studies*“, der eine Mittelposition vertritt, argumentiert, die Vereinigten Staaten seien politisch, ökonomisch und militärisch langfristig durchaus in der Lage, den Status einer Supermacht aufrechtzuerhalten. Gleichwohl machten sich Zeichen einer Erodierung bemerkbar („relativer Abstieg“) auf Grund einer Multipolarisierung, des Aufstiegs der EU und eines möglichen Wiederauf-

¹²⁶ *Renmin Ribao* 22.02.2005.

stieg Russlands. Zudem habe das US-Prestige durch die einseitige Politik global gesehen nachhaltig gelitten. Der Wandel der Bevölkerungszusammensetzung in den USA und deren Einfluss auf die soziale und politische Entwicklung dürfe in seinen Auswirkungen auf die künftige amerikanische Außenpolitik ebenfalls nicht unterschätzt werden. China dürfe seine gegenwärtige Stärke aber nicht überschätzen. Auf Grund der noch schwachen ökonomischen Basis werde sich der Aufstieg Chinas noch eine lange Zeit hinziehen. Die Außenpolitik müsse diesem Schwächegrad derzeit noch angepasst werden.¹²⁷

Allerdings wird auch in China über eine amerikanisch-westliche Bedrohung diskutiert. Vertreter dieser Auffassung raten zu einer raschen militärischen Aufrüstung. In den nächsten zwei Jahrzehnten sei zwar noch nicht mit einem großen Krieg zu rechnen, aber um 2050 sei eine größere globale militärische Auseinandersetzung wahrscheinlich.¹²⁸ Vom „Neoimperialismus“ der USA und Großbritanniens gehe eine immer größere Gefahr aus, die sich vor allem auch gegen China richte bzw. richten könne.¹²⁹

Der außenpolitische Experte Lanxin Xiang hat einen anderen Weltblick entwickelt: Seiner Auffassung zufolge strebt China ein „eurasisches Modell“, also eine strategische Partnerschaft zwischen China, Russland und der EU, als Gegenpol zur unilateralen Weltordnung um die USA an. China strebe nicht nach einer Großmachtstellung, sondern nach einem sicheren „Platz im Schatten“. Europäische Integration und Sozialstaat könnten ein Modell sein für die innenpolitische Transformation und die Stabilisierung Chinas.¹³⁰

Die Entwicklung der letzten Jahre belegt, dass das Selbstbewusstsein Chinas mit zunehmender Wirtschaftskraft wächst und damit das Bedürfnis, auch außenpolitisch eine wichtige Rolle zu spielen. Allerdings könnten innenpolitische Krisen den bereits virulenten Nationalismus stärken und China in eine aggressivere Rolle drängen. Andererseits könnten wirtschaftliche Erfolge und eine damit verbundene weiter zunehmende Pluralisierung bewirken, dass China sich auch international als zuverlässiger Partner erweist, der regional stabilisierend wirken könnte und sich zunehmend in der Weltinnenpolitik engagiert.

2.6 Innerchinesische Diskussion über Globalisierung

Was die Frage der Globalisierung anbelangt, so lassen sich in Bezug auf China zwei Tendenzen feststellen: Einerseits die unterschiedliche Anbindung von einzelnen Gesellschaftssegmenten an Globalisierung, andererseits ein intellektueller Diskurs über die Folgen der Globalisierung für China. Sechs Fragefelder werden hier von chinesischen Intellektuellen diskutiert:

- (1) Ist die Globalisierung eine objektive Tatsache oder eine subjektive Fiktion?
- (2) Handelt es sich dabei um eine kapitalistische oder eine sozialistische Globalisierung?
- (3) Gibt es neben der ökonomischen auch eine politische und kulturelle Globalisierung?

127 Anonym (2004c). Ruhe qiadang de pinggu Meiguo de shili diwei (Wie die Position der Stärke der USA richtig bewerten), in: Heping yu Fazhan (Frieden und Entwicklung), 4/04, 5–9.

128 Vgl. Jin / Xu (2004, 180 ff.).

129 Ibid. (204 ff.; 210 ff.).

130 Vgl. Xiang (2004, 109–122).

- (4) Wirkt sich die Globalisierung auf Entwicklungsländer wie China vorteilhaft oder nachteilig aus?
- (5) Welche Haltung sollte China im Hinblick auf eine Mitwirkung an der Globalisierung einnehmen? Eine aktive oder eine passive Haltung?
- (6) Bedeutet Globalisierung Verwestlichung, Amerikanisierung oder Sinisierung?¹³¹

Diese Fragen finden großes Interesse unter chinesischen Intellektuellen, die sich die Frage stellen, ob Globalisierung eine amerikanische Erfindung zur Unterwerfung der Welt (und Chinas) unter US-Interessen ist oder ob andere Nationen gleichberechtigt an ihrer Gestaltung teilnehmen können. Zahlreiche chinesische Intellektuelle argumentieren, Globalisierung bedeute letztlich „Amerikanisierung“, die Durchsetzung amerikanischer Interessen, Standards und Werte auf globaler Ebene. Entsprechend ist von einer „Globalisierungsfalle“ die Rede.¹³² Andere Autoren sprechen bereits vom Entstehen einer „Risikogesellschaft“ in China auf Grund der Globalisierung.¹³³

Yu Keping, Berater der Parteiführung, argumentiert moderater. Er unterscheidet vier Globalisierungstrends, die wir hier etwas ausführlicher darlegen möchten, weil diese Auffassungen sich in der politischen Führung weitgehend durchgesetzt haben:

- (a) Globalisierung bedeute einerseits strukturelle und kulturelle Angleichung, andererseits Partikularisierung. Einerseits entwickle sich Marktwirtschaft immer mehr zu einem globalen Phänomen, strebten die Völker der Welt immer mehr nach Demokratie und verliere der politische Despotismus an Boden; andererseits bildeten sich in den einzelnen Ländern unterschiedliche Formen von Marktwirtschaft und Demokratie heraus.
- (b) Globalisierung stelle eine Einheit von Integration und Fragmentierung dar. Einerseits komme es zu einer Integration und Homogenisierung internationaler Organisationen (UNO, Weltbank, IMF, WTO), deren Rolle kontinuierlich zunehme; komme es zu einer stärkeren Integrierung zwischen den Ländern, was zu einer Verringerung nationaler Souveränität führe; verstärkten sich regionale Integrationsmuster (EU, ASEAN usw.), internationale Kapital- und Informationsströme. Andererseits nähmen Forderungen nach Selbstverwaltung, nationaler Unabhängigkeit und lokaler Autonomie zu.
- (c) Globalisierung erweise sich als Einheit von Zentralisierung und Dezentralisierung. Kapital, Informationen, Macht und Reichtum, besonders im Hinblick auf transnationale Unternehmungen, zeigten eine zentralisierende Trendrichtung. Andererseits zeige sich ein Trend zur Dezentralisierung der gleichen Faktoren (z.B. Informationen im Internet).
- (d) Globalisierung stelle eine Einheit von Internationalisierung und Nationalisierung dar. Sie hebe über internationale Abkommen, Konventionen und Regime nationale Grenzen auf, andererseits versuchten die einzelnen Staaten solche Regelwerke mit ihren nationalen Besonderheiten in Einklang zu bringen.

131 Vgl. Yu (Hrsg.) (2002a, 297 ff.).

132 Vgl. z.B. Wu (2002, 160 ff.); Liu (2002, 201 ff. u.a. Beiträge in diesem Band).

133 Siehe z.B. Yang (2005).

Globalisierung stelle einen Prozess dar, dem sich kein Land entziehen könne. Zwar sei dieser Prozess von den Industriestaaten ausgegangen, gleichwohl könne kein einzelnes Land, auch die USA nicht, den Prozess der Globalisierung manipulieren. Vielmehr gelinge es den Entwicklungsländern (darunter auch China) zunehmend, darauf Einfluss zu nehmen und ihn mit zu gestalten.¹³⁴

Über diese intellektuellen Diskurse hinweg ist die Entscheidung Chinas, der WTO beizutreten, mit Sicherheit der deutlichste Schritt des Einlassens und der Mitwirkung und Nutzung von ökonomischen Globalisierungsprozessen, zumal die Mitwirkung daran auch die Mit-Steuerung erlaubt.

Global Governance wird im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Stärkung der Rolle der UN, der Mitgestaltung internationaler (z.B. innerhalb der WTO) und regionaler Organisationen gesehen. Zwar beginnt sich die Haltung gegenüber transnationalen NGOs allmählich zu ändern (z.B. *Transparency International*, Greenpeace), aber hier muss zunächst Vertrauen aufgebaut werden.

3 Ausgewählte Einzelfragen mit internationaler Relevanz

3.1 Die Taiwanfrage

Die Taiwanfrage ist gegenwärtig die prekärste Frage mit internationaler Wirkung, die das Potenzial zu gewaltsamen Auseinandersetzungen unter Einbezug der USA beinhaltet¹³⁵. Von der Behandlung der Taiwanfrage wird die Entwicklung in der Region sowie auch Chinas mit abhängen. Dabei gibt es unterschiedliche und überlappende Interessen.

Die Interessen Taiwans bestehen:

- a) in der Sicherheit und Fortsetzung seiner Autonomie und Demokratie und
- b) weiter wachsendem Handels- und Investitionswachstum mit dem Festland.

Die Volksrepublik wiederum ist interessiert:

- a) an einer Reintegration Taiwans und
- b) an Taiwans Beitrag zur ökonomischen Entwicklung des Festlandes.

Das Haupthindernis für eine rasche Annäherung stellt das politische System der VR China dar, das als unsicher, instabil und wenig berechenbar gilt. Die noch junge Demokratie Taiwans soll nicht der Vereinigung geopfert werden. Permanente Eingriffe Pekings in das politische Geschehen und die Meinungsfreiheit in Hongkong, trotz des Systems „Ein

¹³⁴ Vgl. Yu (2002b, 1–27); ähnlich argumentieren Jin / Xu (2004, 242 ff.): aus ökonomischen Eigeninteressen könne sich China nicht aus dem Globalisierungsprozess ausschalten, sondern müsse diesen mitgestalten.

¹³⁵ Formale Basis für das Engagement wäre der 1979 vom amerikanischen Kongress verabschiedete *Taiwan Relation Act*, der den Schutz der „Menschenrechte“ der taiwanische Bevölkerung und gewaltsame Auseinandersetzungen in der Taiwanstrasse als die nationalen Interessen der USA berührend definiert.

Land, zwei Systeme“, wirken zusätzlich abschreckend. Auch die Drohgebärden Pekings verstärken den Wunsch nach taiwanesischer Selbständigkeit. Die Furcht vor einer militärischen Lösung Pekings und Druck seitens der USA bewirken indessen, dass die Mehrheit der taiwanesischen Bevölkerung eher an der Beibehaltung des Status quo interessiert ist. Solange sich das politische System auf dem Festland nicht wirklich demokratisiert (was kurz- und mittelfristig kaum zu erwarten ist), kann die einzige Alternative nur in der Wahrung des Status quo bestehen. Die wirtschaftlichen Verflechtungen haben ungeachtet dieser politischen Spannungen im letzten Jahrzehnt signifikant zugenommen.

Das sog. „Antisezessionsgesetz“¹³⁶, das das chinesische Parlament im März 2005 verabschiedet hat und das die militärische Option im Falle einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans ausdrücklich betont, ist im Westen überinterpretiert worden. Äußerungen des taiwanesischen Staatspräsidenten Chen Shuibian, der eine neue Verfassung mit einem Referendum über die Unabhängigkeit verknüpfen möchte und sich im Zuge des Wahlkampfes im Jahre 2004 zunehmend für eine Unabhängigkeit ausgesprochen hatte, ließen in Peking die Alarmglocken läuten. Die Mahnung des US-Präsidenten, dass die Vereinigten Staaten eine Unabhängigkeit Taiwans nicht akzeptieren würden und Taipeh das Gespräch mit Peking suchen solle, die Tatsache, dass Chen bei den Parlamentswahlen nicht die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt wie auch die Veränderung der Rhetorik Chens im 2. Halbjahr 2004 (er schloss im Gespräch mit einem Oppositionsführer eine Wiedervereinigung nicht aus) sowie ein Zugeständnis Taipehs (Zulassung von Charterflügen zwischen beiden Seiten anlässlich des chinesischen Neujahrfestes Anfang 2005) hatten die Wogen zwar wieder etwas geglättet.

Peking konnte aber die 2004 angekündigte Gesetzesvorlage aus Gründen des Gesichtverlustes nicht so ohne weiteres zurückziehen.¹³⁷ Allerdings wurde das Gesetz gegenüber der ursprünglichen Vorlage deutlich moderater gehalten. Hieß es ursprünglich „Wiedervereinigungsgesetz“, was als einseitige Erklärung Pekings im Hinblick auch auf eine gewaltsame Wiedervereinigung hätte interpretiert werden können, so wurde es später in „Antisezessionsgesetz“ umbenannt. Letzteres bedeutet insofern eine Konzession, weil damit der Status quo (weder sofortige Wiedervereinigung noch gewaltsame Wiedervereinigung, solange Taiwan nicht seine Unabhängigkeit erklärt) festgeschrieben wurde.

Das Gesetz ist nicht Ausdruck einer veränderten politischen Grundhaltung Pekings! Die militärische Option war noch von jeder Führung bekräftigt worden und kann schon aus innenpolitischen Gründen (öffentliche Meinung, Streitkräfte) nicht zur Disposition gestellt werden. Vielmehr kommt diesem Gesetz symbolische Funktion zu. Damit sollte verdeutlicht werden, dass die militärische Option nicht nur ein Akt der Partei- oder Staatsführung ist, sondern ein Willensakt, hinter dem das gesamte Volk steht. Dies war der Grund, weshalb der Nationale Volkskongress, der laut Verfassung das „höchste Organ des Volkes“ darstellt, ein solches Gesetz verabschieden sollte. Überdies besitzen Gesetze in China partiell einen anderen Charakter als in demokratischen Staaten: die Verfassung oder auch das

136 Den Wortlaut vgl. Giese (2005, 3–7).

137 Beobachter gehen davon aus, dass dem Gesetz auch innenpolitische Funktion zukommt; nach der Übernahme des Vorsitzes der Zentralen Militärkommission im Herbst letzten Jahres, konnte Hu Jintao seine Position gegenüber dem Militär, das verschiedentlich bereits ein härteres Vorgehen gegen Taiwan gefordert hatte, durch Entgegenkommen damit stärken (vgl. *South China Morning Post* 03.03.2005). Zugleich trifft das Gesetz aber auch Aussagen über die Zuständigkeiten und kann damit faktisch zu einer Stärkung der gemäßigten Kräfte innerhalb des chinesischen Institutionengefüges dienen.

Antisepessionsgesetz stellen keine einklagbare Rechtsgrundlage dar (die Klauseln beider sind nicht einklagbar), sondern politische Plattformen, auf die sich unterschiedliche Fraktionen und Akteure geeinigt haben. Sie besitzen von daher eher symbolischen Charakter.

Eben von diesem Blickwinkel ist Pekings Verhalten in der Taiwanfrage nicht als Ausdruck einer aggressiven Außenpolitik zu verstehen. Vielmehr gilt die Taiwanfrage als Teil einer „Schaffung staatlicher Einheit“ und damit als Bestandteil von „*nation-building*“.

Im Frühjahr 2006 schaffte Chen Shui-bian – wohl aus Erwägungen seiner innenpolitischer Schwäche – den „Rat für Wiedervereinigung“ ab, obgleich er wiederholt betont hatte, einen solchen Schritt nicht unternehmen zu wollen. Damit provozierte er erneut Peking, aber auch die Vereinigten Staaten.

3.2 China und Nordkorea

China ist der einzig verbliebene Verbündete Nordkoreas. Pyöngyang ist zu 80 % auf chinesische Energie und zu ca. einem Drittel auf chinesische Lebensmittelimporte angewiesen. Peking plädiert für eine atomwaffenfreie Zone auf der koreanischen Halbinsel. Sanktionen gegen Nordkorea lehnt es allerdings ab.

In Bezug auf Nordkorea

- hat China Einfluss eingebüßt
- ist es größter Außenhandelspartner und Hauptlieferant von Hilfsgütern
- ist es aus Eigeninteresse wenig an substantiellen Änderungen in Nordkorea interessiert (weder in Richtung einer Wiedervereinigung noch in Richtung eines Kollaps des nordkoreanischen Systems)
- kann es sich über Nordkorea Einfluss auf der koreanischen Halbinsel sichern
- verkauft es Waffen über Nordkorea
- fürchtet es eine Aufrüstung Japans auf Grund nordkoreanischer militärischer Bedrohung
- hat es kein Interesse am Entstehen einer Atommacht Nordkorea
- kann es sich in längerfristigen Verhandlungen (Sechsparteiengespräche) als regionaler Moderator etablieren und Zugeständnisse von den USA erhalten¹³⁸

Peking unterstützt Nordkorea in dessen Forderung, dass die USA vor dem Abbau nuklearen Potenzials Sicherheitsgarantien gewähren müssten.

China ist das einzige Land, das heute noch einen gewissen Einfluss auf Nordkorea auszuüben vermag. Um diesen Einfluss nicht zu mindern, hat Peking die Verhängung von Sanktionen im UN-Sicherheitsrat bislang abgelehnt. Es ist vor allem die ökonomische Abhän-

¹³⁸ Vgl. z.B. Mayer (2005, 201–207).

gigkeit Nordkoreas, die Peking einen gewissen Einfluss auf die nordkoreanische Führung sichert – eine Trumpfkarte, die Peking auch gegen die USA auszuspielen vermag. Obwohl Pyöngyang seit dem Umbau Chinas zu einer Marktwirtschaft das Nachbarland als potenziellen Gefahrenherd ansieht, ist China im Prinzip der einzige verbliebene Vertraute. Nordkoreanische Zugeständnisse werden dabei durch chinesische Hilfszusagen und informelle Gespräche erreicht, ein Vermittlungseingagement, das von den USA wiederum begrüßt wird.

3.3 Kampf gegen Terrorismus

Die chinesische Regierung hat die Terroranschläge vom 11.9. in den USA ohne zu Zögern verurteilt und ohne Bedingungen zu stellen den Vereinigten Staaten die Zusammenarbeit in der internationalen Terrorismusbekämpfung angeboten. Sie knüpfte an dieses Angebot die doppelte Hoffnung, einerseits Akzeptanz oder gar Unterstützung für die Bekämpfung von „Terrorismus“ im eigenen Land zu finden, etwa in Bezug auf die Bekämpfung der Unabhängigkeitsbestrebungen ethnischer Minderheiten (wie der Uiguren oder Tibeter), andererseits die angeschlagenen Beziehungen zu den USA zu verbessern und sich als verantwortlicher und zuverlässiger Partner in internationalen Angelegenheiten zu profilieren.

Auf der anderen Seite haben transnationale Prozesse eine wichtige Mobilisierungsfunktion eingenommen. Die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten in Folge des Zerfalls der Sowjetunion und das Anwachsen islamistischer Strömungen hat den Unabhängigkeitsbestrebungen auch unter den Turkvölkern in China Auftrieb gegeben. Solange die Sowjetunion bestand, gab es für China eine gewisse Garantie, dass die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Völker auf beiden Seiten der Grenzen praktisch ausgeschlossen war.

Außenpolitisch hat China die „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ (mit China, Russland, Kirgisien, Usbekistan, Kasachstan und Tadschikistan) ins Leben gerufen, zu deren Zielen auch die gemeinsame Bekämpfung von Terrorismus in der Region gehört. Im Zuge der gegenwärtigen internationalen Terrorismusbekämpfung konstatierte der Direktor des Internationalen Sicherheitsprogramms an der Peking-Universität Zhu Feng, auch China sei Opfer des Terrorismus.¹³⁹

In der Terrorismusbekämpfung betont Peking stets die Rolle der Vereinten Nationen, die internationale militärische Interventionen autorisieren und überwachen müssten. Die Respektierung der territorialen Integrität und Souveränität der Staaten müssten Eckpfeiler auch der neuen internationalen Ordnung bilden. In chinesischen Analysen wird zugleich darauf hingewiesen, dass die Ursachen des Terrorismus stärker herausgearbeitet werden müssten. Die amerikanische Außenpolitik gilt dabei als ein wichtiger Ursachenfaktor, der den Zulauf zu terroristischen Vereinigungen begünstige. In der öffentlichen Meinung in China, aber auch bei vielen Wissenschaftlern und Politikern, gelten die USA als arrogante Supermacht, die die Aufrechterhaltung einer ungerechten politischen und Wirtschaftsordnung sichert, sich beliebig in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischt und deren Souveränität verletzt. Ohne grundsätzliche Änderungen in der amerikanischen Außenpolitik sei daher dem auf die USA zielenden Terrorismus nicht beizukommen.

¹³⁹ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 12.12.2001.

3.4 Haltung in Fragen der Weltwirtschaft

Peking betont, die Vereinten Nationen müssten eine stärkere Rolle im Hinblick auf Entwicklung spielen, um den Nord-Süd Gegensatz abzubauen. Dieser Gegensatz stelle eine Hauptquelle für Konflikte in der heutigen Welt dar und untergrabe regionale Stabilitäten.¹⁴⁰ Ein faires multilaterales Handelssystem müsse geschaffen und das internationale Finanzsystem umstrukturiert werden.¹⁴¹

Noch relativ gering ist das Interesse an einem Mitwirken in der G8. China, das die Treffen der sieben führenden Industrienationen und Russland (G8) als Beobachter begleiten und, von der Größe her, einen Platz in diesem Kreis einnehmen könnte, zeigt bislang geringes Interesse an einer Erweiterung des Kreises bzw. einer Auswechslung Chinas mit Kanada, dessen Wirtschaftskraft es inzwischen übertrifft. Peking weiß zwar, dass es auf Dauer eingebunden werden muss. Zunächst will das Land allerdings seinen Status als Entwicklungsland wahren und seine Entwicklungsdefizite ausgleichen.

Interessant ist, dass China die Funktion der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ in Richtung Wirtschaftsentwicklung ausbauen möchte. Die Förderung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes und der Aufbau einer umfassenden Regionalorganisation soll – auch als Gegengewicht zum Einfluss der USA in Zentralasien – im Verlauf der nächsten zwei Jahrzehnte im Mittelpunkt der Arbeit dieser Organisation stehen.¹⁴² Ein entsprechendes Engagement im Hinblick auf eine Wirtschaftskooperation in Ost- und Südostasien wurde oben bereits erwähnt.

Wachsende Konflikte mit der EU und den USA gibt es im Hinblick auf die zunehmende Überschwemmung der Märkte mit chinesischen Produkten. So haben die USA Einfuhrquoten eingeführt und auch die EU drohte mit protektionistischen Maßnahmen. Im Gegenzug drohte China mit der Aufhebung von Exportzöllen für Textilien. Das chinesische Ministerium für Außenhandel erklärte demgegenüber, die Leitlinien der EU zur Anwendung von Schutzmaßnahmen stellten einen Verstoß gegen die Grundsätze der WTO dar. Gegenwärtig besitzt China einen Anteil von ca. 20 % am weltweiten Textilmarkt. Innerhalb von 5 Jahren, so die europäischen Schätzungen, werde dieser Anteil auf 60 % steigen.¹⁴³ Allerdings hat auch der Internationale Währungsfonds vor dem Wiederaufflammen des Protektionismus in Europa und den USA gewarnt und protektionistische Maßnahmen als Vernachlässigung des Strukturwandels in beiden Regionen angeprangert. Dahinter dürfte aber eher die Frage des wachsenden Einflusses Chinas und der Neuordnung der Weltwirtschaft stehen.

3.5 Schutz geistigen Eigentums

Die chinesische Regierung hat wiederholt erklärt, dass sie geistiges Eigentum schützen wolle. Auch wurden entsprechende Gesetze verabschiedet. Darauf hat auch ein „Bericht

140 *Renmin Ribao* 26.09.2003.

141 *Renmin Ribao* 29.09.2004.

142 Vgl. *China aktuell* (XXXIII (9), 963 f.).

143 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 08.04.2005.

des Staatsrats über den Schutz Geistigen Eigentums“ von 2005 hingewiesen.¹⁴⁴ Das Problem ist indessen die Umsetzung. Dafür sind eine Reihe von Gründen verantwortlich: die Kompetenzüberschneidung von Regierungsorganen, Schutz lokaler Industrien durch lokale Behörden, weit verbreitete Korruption, das bislang geringe Verständnis weiter Bevölkerungskreise hinsichtlich des Rechts auf geistigen Eigentums, da sich die Mehrheit der Bevölkerung die Originale aus Kostengründen nicht zu kaufen vermag. Eine Veränderung in dieser Hinsicht bedarf eines Lern- und Umdenkungsprozesses. Andererseits sind die chinesische Regierung selbst wie auch chinesische Unternehmen an einer stärkeren Durchsetzung der rechtlichen Sicherung geistigen Eigentums interessiert. Einmal, weil imitierte ausländische Produkte dazu beitragen, die Entwicklung chinesischer Markenprodukte zu behindern, andererseits, weil gegenwärtig zu 80 % chinesische Produkte davon betroffen sind und letztlich, weil dies das Vertrauen ausländischer Investoren in den chinesischen Markt untergräbt.¹⁴⁵

3.6 Menschenrechte

Als Reaktion auf die Ereignisse in Peking 1989 und die internationale Kritik hat China zunächst die Position vertreten, dass es in China keine Menschenrechtsverletzungen gebe. In den 1990er Jahren entwickelte sich dann eine Debatte um asiatische vs. westliche Menschenrechtskonzeptionen, die auf der Bangkokener Menschenrechtskonferenz 1995 in einer Koalition von Ländern mit ähnlichen Anschauungen mündete. Chinesische Wissenschaftler weisen immer wieder darauf hin, dass die ursprüngliche Vorstellung von Menschenrechten europäischer Denktradition entstamme.

Die politische Führung Chinas stellt den „individuellen“ („westlichen“) die „kollektiven“ gegenüber und wehrt sich gegen jedwede Einmischung in innere Angelegenheiten im Namen der Menschenrechte. Für China sei gegenwärtig die Vorrangigkeit kollektiver Menschenrechte (Sicherung des Existenzminimums) gegeben. Von daher müsse bei der Bewertung der Menschenrechtsslage der sozio-ökonomische Entwicklungsstand eines Landes mit berücksichtigt werden.

Tatsächlich sind die grundlegenden Menschenrechte qua Geburt universal, nämlich das Recht auf Achtung des Lebens, auf körperliche Unversehrtheit und Schutz vor rassistischer oder religiöser Diskriminierung. Dies schließt auch das Recht auf Sicherung des Existenzminimums ein. Während das Recht auf Achtung des Lebens und körperlicher Unversehrtheit im Grunde einfach zu realisieren ist (so muss kein Staat foltern oder willkürlich verhaften, weil er unterentwickelt ist), erfordert die Realisierung des Rechts auf Sicherung des Existenzminimums gewisse materielle Voraussetzungen. Daraus lässt sich aber kein Widerspruch zwischen diesen Rechten ableiten. Dies gilt gleichermaßen für die Sichtweise von kulturspezifischen Menschenrechten, denn keine Kultur negiert die grundlegenden Menschenrechte. „Kollektive“ oder „kulturspezifische“ Momente kommen u.E. erst dann zum Tragen, wenn weiter gehende Rechte gefragt sind.

144 Der Bericht findet sich in *Renmin Ribao* 22.04.2005.

145 Vgl. hierzu: Lampton (2001, 119 ff.) sowie „*White Paper on IPR Protection Published*“, 2005; online: <http://service.china.org.cn> (Stand: 22.05.2005).

Zweifelsohne bedarf die Absicherung sozialer oder auch bestimmter politischer Rechte gewisser materieller Voraussetzungen. Denn erst diese schaffen objektive Bedingungen für eine bessere Gewährleistung sowohl individueller als auch kollektiver Menschenrechte. Doch hohe Wachstumsraten oder eine Entwicklung, die Wohlstand nur für eine Minderheit bringt oder auf Kosten von Bevölkerungsgruppen oder Regionen geht, bringen nicht automatisch soziale Rechte. Recht auf Entwicklung und soziale Rechte müssen vielmehr die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die persönlichen Rechte realisiert werden können.

Zusammenfassend können 6 Thesen formuliert werden:

- (1) Keine Kultur negiert grundlegende Menschenrechte.
- (2) Individuelle und kollektive Menschenrechte ergänzen sich.
- (3) Das Recht auf Achtung des Lebens bzw. körperliche Unversehrtheit ist leicht zu realisieren; die Realisierung des Rechts auf Sicherung des Existenzminimums bedarf jedoch materieller Voraussetzungen.
- (4) Menschenrechte sind nicht naturgegeben, sondern begannen sich erst unter bestimmten Bedingungen durchzusetzen.
- (5) Doppelstandards des Westens erschweren eine glaubwürdige Menschenrechtspolitik.
- (6) Bislang gab es in China keine Volksbewegung für Demokratie und Menschenrechte, die direkten Druck auf die politische Führung hätte ausüben können. Der Grund dafür liegt nicht zuletzt in der Verbesserung der Lebensbedingungen und dem größeren Maß an Freiheit im Zuge der Reformpolitik. Überdies legt die Bevölkerung auf Grund historischer Erfahrungen sowie materieller Rückständigkeit das kognitive Schwergewicht immer noch auf soziale und politische Ordnung (Stabilität), ökonomischen Fortschritt und soziale Absicherung.

Seit 1991 veröffentlicht Peking regelmäßig Weißbücher zu den Menschenrechten in China und informiert in offiziellen Berichten über die Lage der Menschenrechte in China. Im Weißbuch von 2004 heißt es u.a., die Regierung habe den Lebensstandard der Bevölkerung, das Rechtssystem und auch die politischen und Partizipationsrechte der Bürger beträchtlich verbessert. Trotz aller Defizite könne von einer Verbesserung der Menschenrechtsslage gesprochen werden.¹⁴⁶

2001 hat Peking die UN-Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifiziert. Die 1998 unterzeichnete Konvention über bürgerliche und politische Rechte wurde noch nicht ratifiziert. Allerdings hat Peking angekündigt, die Konvention 2006 ratifizieren zu wollen. 2004 wurde die Sicherung der Menschenrechte in der Verfassung festgeschrieben und seit Ende 2004 informiert das Parteiorgan „Renmin Ribao“ in einer regelmäßigen Rubrik über den Begriff und die entsprechenden internationalen Deklarationen und Abkommen. Und dies nicht mehr, wie früher, ideologisch, sondern durchaus objektiv. Im Rahmen des Besuchs der Kommissarin der UN-Menschenrechtskommission Louise Arbour in Peking im August 2005 erklärte die chinesische Führung, sie werde in

¹⁴⁶ Der letzte Bericht (für 2004) findet sich in *Renmin Ribao* 14.04.2005.

Fragen der Einhaltung der Menschenrechte künftig stärker mit den Vereinten Nationen kooperieren. Auch wenn Peking immer noch auf „spezifische Bedingungen“ im Hinblick auf die Menschenrechte hinweist, scheint sich China auf die Position der universalen, weltweit anerkannten Menschenrechtskonzeption zuzubewegen.

Allerdings hat China erfolgreich vermocht, chinakritischen Resolutionen durch die UN-Menschenrechtskommission in Genf entgegenzuwirken. Peking ist es zudem gelungen, die Kritik an Menschenrechtsverletzungen zum Teil in informelle bilaterale Gremien zu verlagern (z.B. Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialoge mit der Bundesrepublik bzw. mit der EU) und so die Kritik daran zu „privatisieren“. Der Erfolg dieser Dialoge bleibt gleichwohl abzuwarten.

Ein im Zusammenhang mit der Menschenrechtsthematik vielfach kritisierte Sachverhalt ist die extrem hohe Zahl der vollstreckten Todesstrafen in der VR China. Nach Schätzungen von Amnesty International werden jährlich ca. 3.400 Menschen hingerichtet – nirgendwo auf der Welt mehr. Andere Schätzungen gehen noch von deutlich höheren Zahlen (bis zu 10.000 Menschen) aus. Die Todesstrafe steht in der VR China nach dem Strafbuch von 1997 auf nicht weniger als 68 Tatbeständen und kommt im Sinne eines „harten Durchgreifens gegen Kriminelle“ zur Anwendung. Neben Drogendelikten, Korruption und Wirtschaftsverbrechen gilt auch die Weitergabe von Staatsgeheimnissen als Verbrechen, das mit dem Tode bestraft werden kann.

3.7 Zusammenfassung der Interessenlage der VR China

Die nachfolgenden Tabellen (Tab. 2 und 3) geben zusammenfassend Auskunft über die wichtigsten Interessen und Zielsetzungen der VR China im internationalen Kontext. Tabelle 2 benennt zusammenfassend die oben erläuterten Kernelemente und Kennzeichen chinesischer Außenpolitik sowie daraus resultierende Probleme im internationalen Kontext. In Tabelle 3 wurde aus Gründen des Umfangs die Liste auf die Beziehungen zu den USA, Japan, Russland und der ASEAN, den wichtigsten Akteuren in der Region begrenzt. Angegeben sind für den globalen Kontext die Interessen gegenüber der EU und der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen. Auffällig ist, dass zumeist ökonomische Interessen im Vordergrund der Beziehungen stehen, was sich durch die „nationale Zielsetzung“ einer erfolgreichen ökonomischen Entwicklung erklärt. Hinzu kommen verschiedene strategische Erwägungen in Bezug auf die Nachbarstaaten. Dies verdeutlicht die regionale Orientierung Chinas im Hinblick auf die Nutzung des eigenen Einflusspotenzials und die (begründet durch den Entwicklungsstand) geringen globalen Ambitionen Pekings.

Tabelle 2: Chinas internationale Ausrichtung		
Themen	Problemfelder	Folgen
globale Ordnung	- Verbindung internationaler Normen mit nationalen Gesetzen; - Umsetzung	- nur langsame Umsetzung - Adaptation statt Akzeptanz internationaler Normen - Unterordnung multilateralisierter Spezialgebiete unter die politischen Ziele „Regimesicherheit“ und „nationale Sicherheit“
	- geringes Verständnis für die globale Relevanz bestimmter Probleme und deren Lösungsmöglichkeit im globalen Rahmen	- wenig Bereitschaft Einschränkungen zum „globalen Wohl“ hinzunehmen - Bereitschaft zu internationaler Verantwortungsübernahme aus strategischem Kalkül
	- Misstrauen gegen multilaterale Bearbeitungsmuster	- temporäre Zusammenarbeit zur Problembearbeitung (d.h. selektive Multilateralität)
Außenpolitik	- multiple außenpolitische Akteure	- Inkonsistenzen im „außenpolitischen Verhalten“ Chinas
	- (neo-)realistisches Verständnis von Außenpolitik - enger Souveränitätsbegriff - Außenpolitik nur entlang nationaler Interessen und Sicherheitsbedürfnisse - Streben nach Unabhängigkeit	- Betonung / Durchsetzung der ökonomischen Interessen Chinas - Angst vor Einmischung in innere Angelegenheiten und Verletzung territorialer Integrität - keine Bereitschaft zum Souveränitätsverzicht
	- Konzentration auf „chinesische Probleme“	- primär defensiver Charakter chinesischer Außenpolitik solange Entwicklungsprobleme als nicht bewältigt gelten
	- Suggestieren innerer und äußerer Stabilität durch starke Symbolik	- „Mythos China“ versperrt in China und im Ausland den Blick für die reale Entwicklungen und Probleme
nationale Frage	- Rückkehr zu angemessener internationaler Stellung als nationales Ziel - Minderwertigkeitsgefühl gegenüber dem Westen bzw. der USA	- Forderung nach Mitsprache in allen internationalen Belangen
	- Zugehörigkeit Taiwans und der Gebiete ethnischer Gruppen (z.B. Tibeter, Uiguren) zu China - historisch bedingt schlechte Beziehungen zu Japan	- hohes Eskalationspotenzial der ungelösten Taiwanfrage - Konfliktpotenzial von Territorialfragen - Rivalität mit Japan und Bedrohungsperzeption aus der Achse USA-Japan-Taiwan
	- hoher Erwartungsdruck der Bevölkerung bzgl. „nationalistischer“ außenpolitischer Entscheidungen	- Einflusspotenzial nationalistischer Strömungen innerhalb des Partei- und Militärapparates und des Bevölkerungsdrucks auf die Außenpolitik
Innenpolitik	- Vielfalt externer Einflüsse erschweren die für die Regierung wichtige „Kontrolle“ und gefährden in deren Augen möglicherweise die innere Stabilität	- Repression nach innen als denkbare Reaktion - (aggressiver) Nationalismus als Legitimationsressource der Regierung bei Gefahr der Destabilisierung - punktuelle äußere Gewaltanwendung bei innerer Destabilisierung und militärischer Fehleinschätzung
Quelle: Senz (2005)		

Tabelle 3: Interessen Chinas im internationalen Kontext						
Chinesische Interessen						
Politikfelder	USA	Japan	Russland	EU	ASEAN	Internationale Institutionen und Regime
Internationale Politik	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung des US-Engagements und Einflusses in Asien-Pazifik (Japan, Taiwan) und Zentralasien • Bedrohungspotenzial der USA reduzieren 	<ul style="list-style-type: none"> • politische und militärische Stärkung Japans in der Region verhindern • Beziehung Japans zu den USA lockern • Beziehung Japans zur ASEAN stören 	<ul style="list-style-type: none"> • Erwerb von modernen Waffensystemen von Russland • Spannungen zwischen Japan und Russland nutzen • nördliche Grenze zu Russland sichern • potenzielle Partnerschaft gegen Japan und USA 	<ul style="list-style-type: none"> • potenzieller Partner gegen die USA 	<ul style="list-style-type: none"> • eigene Einflussmöglichkeiten auf ASEAN ausdehnen, zugleich aber das Misstrauen gegen China zerstören • Erinnerung an aggressives Japan erhalten • Gebietsstreitigkeiten (Spratlys) ohne Einmischung von Japan und den USA bearbeiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrnehmung <i>chinesischer</i> Interessen • Bild eines vertrauenswürdigen, verlässlichen Partners kultivieren • Beteiligung zu eigenen Bedingungen und so lange Kosten gering sind • Einmischung in innere Angelegenheiten verhindern • eigene Entscheidungsfreiheit und Handlungsfreiheit behalten • Einflusswille auf Gestaltungsrahmen und Inhalte
Wirtschaftspolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Investitionen • Kredite • Technologietransfer • USA als Absatzmarkt 	<ul style="list-style-type: none"> • Investitionen • Kredite • Technologietransfer 	<ul style="list-style-type: none"> • Handelsbeziehungen ausbauen 	<ul style="list-style-type: none"> • Investitionen • Kredite • Technologie-transfer • Handel intensivieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Chinas Anteil an Investitionen und Wirtschaftshilfe ausdehnen • Integration in Ost-/Südostasien vorantreiben 	<ul style="list-style-type: none"> • Kredite • Wirtschaftsförderung • Ressourcenzugang sichern • friedliches Umfeld garantieren
Innenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Antipathie gegen US-Einmischung nutzen; „gleicher Augenhöhe“ mit den USA demonstrieren • US-Einmischungen unterminden (Zurückweisung des US-Konzeptes von Freiheit und Demokratie) 	<ul style="list-style-type: none"> • Antipathie der Bevölkerung gegen Japan nutzen 				<ul style="list-style-type: none"> • Chinas globalen Aufstieg und internationale Bedeutung demonstrieren
Quelle: Senz (2005)						

4 Gemeinsame Interessen Europas/Deutschlands und Chinas

Die chinesische Außenpolitik ist gegenüber den europäischen Staaten von der gleichen Grundtendenz geprägt, und die deutsch-chinesischen Beziehungen lassen sich kaum noch ohne Rekurs auf die europäisch-chinesischen Beziehungen diskutieren.¹⁴⁷ Allerdings haben die Beziehungen zu Deutschland als einem gewichtigen Akteur innerhalb der EU besondere Bedeutung.

Die EU wird von China als ein Pol in einer multipolaren Weltordnung und als strategischer Partner Chinas in einer multipolaren Welt im Sinne eines Gegengewichtes zu den USA betrachtet. Dennoch sind die USA grundsätzlich für China politisch und ökonomisch bedeutsamer als die EU und für die EU gilt dies in Bezug auf die USA. China sieht aber die wachsende wirtschaftliche und politische Kraft der EU durch die Osterweiterung. Peking hat nicht nur ein starkes ökonomisches Interesse an der EU als Exportmarkt, sondern hofft auch auf den Transfer von Technologien, um die Abhängigkeiten von Japan und den USA zu vermindern.

Die EU misst, ebenso wie Deutschland, den Beziehungen zu China große Bedeutung bei, das Land gilt als der wichtigste Staat in Asien und strategischer Partner. China ist außerdem inzwischen der drittwichtigste Handelspartner der EU (das Handelsvolumen zwischen beiden Partnern betrug im vergangenen Jahr 115 Mrd. Euro) und wird zunehmend als Chance für die eigene Wirtschaft gesehen. Dies mag auch für Deutschland, das Schlusslicht in der Wachstumsriege der EU, ein wesentlicher Grund dafür sein, weshalb der Bundeskanzler jährlich nach Peking gereist ist. Die BR Deutschland hat ein Interesse an einer dauerhaften und zuverlässigen Partnerschaft zu einem innerlich stabilen China und teilt mit China das Interesse an einer stabilen (ökonomischen) Entwicklung im asiatischen Raum.¹⁴⁸

Die China-Politik Deutschlands und der EU zielt auf eine Einbindung Chinas in ein multilaterales System ab, in dem den Vereinten Nationen in Bezug auf regionale und globale Konfliktlösung, der Zusammenarbeit in globalen Fragen, angefangen bei Rüstungskontrollen über den internationalen Terrorismus bis hin zur Klimapolitik, eine tragende Rolle zukommen soll. Genau dies korrespondiert mit außenpolitischen Interessen und Zielen Chinas, so dass hier Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit gegeben sind.

Weiterhin versuchen Deutschland und die EU durch politischen Dialog mit Peking, den ökonomischen und politischen Transformationsprozess Chinas hin zu einer stabilen, wohlhabenden und offenen Gesellschaft, die Demokratie, das Prinzip freier Märkte und Rechtsstaatlichkeit einschließt, zu fördern. Besondere Priorität wird dabei dem o.e. Menschenrechtsdialog eingeräumt, der sich jedoch oft den ökonomischen Interessen der EU-Mitgliedsstaaten beugen muss. Eine solche „diskrete“ Diplomatie kommt China entgegen, weil Dialoge „harte“ politische Kritik zu vermeiden helfen, hier zeigt sich, dass die EU wesentlich geschickter als die USA agieren.

147 Vgl. Deutsch-chinesische Erklärung anlässlich des Besuchs des Ministerpräsidenten der VR China, Wen Jiabao, am 2.–5. Mai 2004 in Deutschland, in: *Internationale Politik* 59 (9), 175–177.

148 Vgl. Grundsatzpapier der Europäischen Kommission vom 10.09.2004, in: *Internationale Politik* 59 (9), 124–126.

Weitere zentrale Themen eines sektoralen Dialogs zwischen der EU und China sind die Zusammenarbeit in Kernenergiefragen, dem Galileo-Programm, illegale Migration, chinesischer Europa-Tourismus und die Aushandlung eines Zollabkommens.¹⁴⁹

China kommt bereits heute im ökonomischen Bereich eine „Lokomotivfunktion“ in der Region zu, und in der Selbstwahrnehmung ist China langfristig das zentrale Land der Region. Inwieweit nicht nur eine ökonomische, sondern auch politische Führerschaft Chinas von den Nachbarn akzeptiert werden wird, bleibt allerdings fraglich. In Ost- und Südostasien besteht gegen China aufgrund seiner Größe und seiner unklaren Ambitionen nach wie vor Misstrauen. Bei der vom Ankerlandkonzept nahegelegten Intensivierung des deutsch-chinesischen Dialoges und Verdichtung der Kooperationsbeziehungen ist daher zu berücksichtigen, dass die Stärkung des chinesischen Einflusses in der Region die bestehenden Spannungen vermutlich eher verstärken und die Bedrohungsperzeption in den Nachbarstaaten fördern würde. Langfristige Erfahrungen einer vertrauensvollen und für alle Seiten gewinnbringenden Kooperationen können diese Beziehungen verbessern. Aber China hat gerade erst langsam begonnen, diesen Weg einzuschlagen.

Allerdings sind die innerchinesischen Herausforderungen so groß, dass ein Beitrag zur Lösung dieser Probleme erhebliche, positive und entspannende Auswirkungen auf die gesamte Region haben würde. Übersehen werden sollte dabei aber nicht, dass China die eigenen Probleme auch zur Generierung von ausländischen Hilfszahlungen zu instrumentalisieren versteht.

Gemeinsame Interessen Chinas und der EU

- EU an umfassender Partnerschaft interessiert
- aber: für China sind USA wichtiger als EU; für EU sind USA wichtiger als China
- Für EU: China wichtigstes Land in Asien
- in sensiblen Fragen: EU diskreter als USA
- für China ist die EU ein Gegengewicht zu den USA
- wichtig: Funktion als Handelspartner / China ist Anziehungspunkt für europäische Firmen
- EU und China: „*building a comprehensive partnership*“
- EU als Markt für Chinas Exporte
- EU als strategischer Partner Chinas in einer multipolaren Welt
- Wachsende wirtschaftliche und politische Kraft der EU durch Osterweiterung

149 Ibid.

Literaturverzeichnis

- Afhüppe, S. et al. (2005): Gleichgewicht des Schreckens, in: *DER SPIEGEL* 23/2004 v. 6.6.2005, 128–136
- Anderson, J. (2005): The End of the China Love Affair, in: *Far Eastern Economic Review* 168 (5), 20–26
- Anonym (2005): Aus China rinnt viel Fluchtkapital, in: *Neue Züricher Zeitung* 20.04.05, 14
- (2004a): Großartige Zukunft, in: *Die Wirtschaftswoche* 30.09.2004, 73–76
- (2004b): Der Kopf des Drachen, in: *DER SPIEGEL* 44/2004 v. 25.10.2004, 146 f.
- (2004c): Ruhe qiadang de pinggu Meiguo de shili diwei (Wie die Position der Stärke der USA richtig bewerten), in: *Heping yu Fazhan (Frieden und Entwicklung)* 4/2004, 5–9
- (2002): Out of puff: a Survey of China, in: *The Economist* 15.06.2002
- Balls, A. (2005): Poor Nations with Big Dollar Reserves Risk Great Losses, World Bank Warns, in: *Financial Times* 07.04.2005
- Bates, G. (2005): Rising Star: China's New Security Diplomacy; online: <http://www.tfpd.org/pdf/Gill.Chinapaper.Apr2005.pdf> (Stand: 02.11.2005)
- Bauer, E. (1995): Die unberechenbare Weltmacht, Frankfurt/M.: Ullstein
- Bechert, S. (1995): Die VR China in internationalen Umweltregimen, Münster: LIT
- Bernstein R. / R. H. Munro (1997): Der kommende Konflikt mit China: das Reich der Mitte auf dem Weg zur neuen Weltmacht, München: Heyne
- Buzan, B. / R. Foot (eds.) (2004): Does China matter? A Reassessment in the memory of Gerald Segal, London: Routledge
- Chan, G. (2003): Is China a "Responsible" State? An Assessment from the Point of View of International Engagements, in: J. Cheng (ed.), *China's Challenges in the Twenty-first Century*, Hong Kong: City University of Hong Kong Press, 217–245
- (2001): *The Coming Collapse of China*, New York: Random House
- Chu, Z. (2005): China's Role in the United Nations: Paper presented at the International Conference „Reforms and Institutional Change in China“, Evangelische Akademie Loccum, 26.2.2005
- Dai, Y. / Y. Zhu (2005): China's energy demand scenarios to 2020: impact analysis of policy options on China's future energy demand, in: *International Journal of Global Energy Issues* 24 (3), 131–143
- Deng, Y. (2000): Escaping from the Periphery: China's National Identity in World Politics, in: W. Hu (ed.): *China's International Relations in the 21st Century, Dynamics of Paradigm, Shifts*, Boston: Univ. of America Press, 2000, 41–70
- Deng, Y. / F. Wang (eds.) (1999): *In the Eyes of the Dragon: China Views the World*, Lanham: Brown & Littlefield
- Derichs, C. / T. Heberer (eds.) (2006): *Power of Ideas – Intellectual Input and Political Change in East and Southeast Asia*, Copenhagen: Nordic Institute of Asian Studies Press
- Derichs, C. / T. Heberer / N. Sausmikat (2004): *Why Ideas Matter: Ideen und Diskurse in der Politik Chinas, Japans und Malaysias*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- Ding, X. L. (2002): The Challenge of Managing a Huge Society under Rapid Transformation, in: J. Wong / Y. Zheng (eds.): *China's Post-Jiang Leadership Succession, Problems and Perspectives*, Singapore: Singapore Univ. Press, 189–213
- Dupont, A. (2001): *East Asia Imperilled, Transnational Challenges to Security*, Cambridge et al.: Cambridge Univ. Press
- Fan, J. / T. Heberer / W. Taubmann (2006): *Rural China's Economic and Social Change in the Late Twentieth Century*, Armonk/London: Sharpe
- Fehlbier, T. (2004): *Die Außenpolitik der VR China im asiatisch-pazifischen Raum: Zwischen Konfrontation, Kooperation und Integration*, Münster: LIT
- Feng, C. (2003): The Return of Liberalism and Social Democracy: Breaking Through the Barriers of State Socialism, Nationalism, and Cynicism in Contemporary China, in: *Issues & Studies* 39 (3), 1–31
- Feng, J. (2004): Income Disparities in China: A Review of Chinese Studies, in: OECD (ed.), *Income Disparities in China: an OECD Perspective*, Paris: OECD, 27–47

- Fewsmith, J. / S. Rosen (2001): The Domestic Context of Chinese Foreign Policy: Does "Public Opinion" Matter?, in: Lampton, David (ed.), *The Making of Chinese Foreign and Security Policy in the Era of Reform, 1978–2000*, Stanford: Stanford Univ. Press, 151–187
- Friedrich, S. (2005): China-Euphorie ohne Grenzen?, in: *Die politische Meinung* 50 (423), 5–11
- Frost, S. (2004): Chinese outward direct investment in Southeast Asia: How big are the flows and what does it mean for the region? in: *The Pacific Review* 17 (3), 323–340
- Fukuyama, F. (1995): *Konfuzius und Marktwirtschaft: der Konflikt der Kulturen*, München: Kindler
- Giese, K. (2005b): Der Tsunami in Südostasien – Chinas außenpolitische Kapazität auf dem Prüfstand, in: *China aktuell* XXXIV (1), 5–8
- (2005a): Das Antizezessionsgesetz, in: *China aktuell* XXXIV (2), 3–7
- Gilboy, G. (2004): The Myth behind China's Miracle, in: *Foreign Affairs* 83 (4), 33–48
- Han, W. (2004): The Evolution of Income Distribution Disparities in China since the Reform and Opening-Up, in: OECD (ed.), *Income Disparities in China: an OECD Perspective*, Paris: OECD, 9–25
- Heberer, T. (2005): China's Domestic Development – Seven Hypotheses, in: G. Bate / G. Wacker (eds.), *China's Rise: Diverging U.S.-EU Perceptions and Approaches*, Berlin: German Institute for International and Security Affairs, 61–65
- (2005): Soziale Sicherung und Sozialhilfe: Schritte zur „Harmonisierung“ der Gesellschaft im gegenwärtigen China, in: *China Heute*, 4–5/2005, 152–160
- (2005): Korruption in China, in: U. von Alemann (Hrsg.), *Dimensionen politischer Korruption: Beiträge zum Stand der internationalen Forschung: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 35*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2005, 328–349
- (2003): Das politische System der VR China im Prozess des Wandels, in: C. Derichs / T. Heberer (Hrsg.), *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens: VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*, Opladen: Leske & Budrich, 19–122
- (2003): Die Reorganisation städtischer Wohnviertel im Lichte kommunitaristischer und partizipativer Vorstellungen, in: *China aktuell* XXXII (10), 1223–1240
- (2003): *Private Entrepreneurs in China and Vietnam: Social and Political Functioning of Strategic Groups*, Boston, Leiden: Brill
- Heberer, T. / N. Sausmikat (2004): Bilden sich in China Strukturen einer Zivilgesellschaft heraus?, *Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften (Grüne Reihe)*, 61/2004
- Hilpert, H. G. et al. (2005): *China 2020 : Perspektiven für das internationale Auftreten der Volksrepublik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, (SWP-Studie 32)
- Hilpert, H. G. / G. Will (2005): *China und Südostasien: Auf dem Weg zu regionaler Partnerschaft*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, (SWP-Studie 21)
- Ho, P. (2001): Greening without Conflict? Environmentalism, NGOs and Civil Society in China, in: *Development & Change* 32 (5), 893–921
- Hong, L. et al. (2005): China's Economic Outlook for 2005, in: *Far Eastern Economic Review* 168 (2), 52–60
- Hu, W. / G. Chan / D. Zha (2000): Understanding China's Political Behavior in World Politics: An Introduction, in: W. Hu (ed.): *China's International Relations in the 21st Century, Dynamics of Paradigm Shifts*, Boston: Univ. of America Press, 1–14
- Huang, G. / R. Goldenberg-Huang (2005): Wandel im Zeitraffer, in: *E+Z: Entwicklung + Zusammenarbeit* 46 (6), 236–240
- Huang, Y. / Y. Yang (2004): The Urban Poor and their Income-earning Potential, in: OECD (ed.), *Income Disparities in China: an OECD Perspective*, Paris: OECD, 65–85
- Hughes, C. R. (2005): Nationalism and Multilateralism in Chinese Foreign Policy: Implications for South-east Asia, in: *The Pacific Review* 18 (1), 119–135
- Jenkins, R. (2005): Chinas Gewicht, in: *E+Z: Entwicklung + Zusammenarbeit* 46 (10), 376–379; online: http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/10-2005/schwer_art5 (Stand: 25.11.2005)
- Jenner, W. (1992): *Chinas langer Weg in die Krise*, Stuttgart: Klett-Cotta
- Jin X. / Xu X. (2004): *Zhongguo wenti baogao (Bericht über die Probleme Chinas)*, Beijing: Zhongguo shehui kexue chubanshe

- Johnston, A. I. (2001): China and International Organizations, in: *World Economy and Politics* 8/2001, 51ff.
- Jun, J. (2000): Environmental Protest in Rural China, in: E. Perry / M. Selden (ed.): *Chinese Society: Change, Conflict and Resistance*, London, New York: Routledge, 143–160
- Kaplinsky, R. (2001): Is globalization all it is cracked up to be?, in: *Review of International Political Economy*, 8 (1), 45–65; online: <http://devdata.worldbank.org/edstats/SummaryEducationProfiles/CountryData/GetShowData.asp?sCtry=CHN,China> (Stand: 07.12.2005)
- Kempf, G. (2002): *Chinas Außenpolitik: Wege einer widerwilligen Weltmacht*, München, Wien: Oldenbourg
- Kennedy, P. (1994): *Aufstieg und Fall der Großen Mächte*, Frankfurt/M.: Fischer
- Klein, S. (2004): *Umweltschutz in China*, Frankfurt/M. et al.: Peter Lang
- Lampton, D. (2001): *Same Bed, Different Dreams. Managing US-China Relations 1989–2000*, Berkeley, Los Angeles, Oxford: University of California Press
- Li, P. (2004): Zhongguo jingji shehui fazhan de wenti he yueshi (Probleme und Trends der ökonomischen und sozialen Entwicklung Chinas), in: Ru Xin et al. (Hrsg.), *Shehui lanpishu 2004 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce* (Blaubuch der chinesischen Gesellschaft 2004: Analysen und Prognosen der sozialen Lage Chinas), Beijing: Shehui kexue wenxian chubanshe, 71–78
- Li, R. (2004): Security Challenge of an Ascendant China. Great Power Emergence and International Stability, in: S. Zhao (ed.), *Chinese Foreign Policy. Pragmatism and Strategic Behavior*, Armonk, London: Sharpe
- Lieberthal, K. / D. Lampton (1992): *Bureaucracy, Politics and Decision-Making in Post-Mao China*. Berkeley, Los Angeles, Oxford: University of California Press
- Lincoln, T. (2004): Sustainable Development and Corporate Social Responsibility in China, in: *China Brief* 4 (21), 7–9
- Liu, S. (2002): Quanqiu hua de xingzhi he libi (Vor- und Nachteile des Wesens von Globalisierung), in: K. Yu (Hrsg.), *Quanqiu hua: Xifang hua haishi Zhongguo hua?* (Globalisierung: Verwestlichung oder Siniisierung?), Beijing: Shehui kexue wenxian chubanshe, 201–213.
- Lo, C. W.-H. / S.-S. Chung (2003): China's Green Challenges in the Twenty-first Century, in: J. Cheng (ed.), *China's Challenges in the Twenty-first Century*, Hong Kong: City University of Hong Kong Press, 719–760
- Lo, C. W.-H. / S. W. Leung (2000): Environmental Agency and Public Opinion in Guangzhou: The Links of a Popular Approach to Environmental Governance, in: *The China Quarterly* 163, 677–704
- Lohse, K. (2003): Geht dem Drachen die Puste aus?, in: *Die politische Meinung* 50 (423), 48–52
- Mar, P. / F.-J. Richter (2003): *China, Enabling a New Era of Changes*, Singapore et al.: John Wiley & Sons
- Mayer, M. (2005): Chinesisches Atomwacht, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2005, 201–207
- Möller, K. (2005): *Die Außenpolitik der VR China 1949–2004*, Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaft
- Naisbitt, J. (1995): *Megatrends Asien*, Wien: Signum
- OECD (2005): *Policy Brief, Economic Survey of China*, Paris
- (ed.) (2004): *Income Disparities in China*, Paris
- Oksenberg, M. / E. C. Economy (eds.) (1999): *China joins the World: Progress and Prospects*, New York
- Overholt, W. (1994): *Gigant der Zukunft*, München: Droemer Knaur
- Pan, Y. (2005): China muss grüner werden, in: *DIE ZEIT* 20.10.05, 31
- Pei, M. (2005): China Is Paying the Price of Rising Social Unrest, in: *Financial Times* 07.11.2005
- Qiang, W. (2004): Zuohao wei hu wending gongzuo, cu jin he jie shehui jianshe (Die Arbeit zur Bewahrung von Stabilität gut leisten, die Schaffung einer harmonischen Gesellschaft vorantreiben), in: *Renmin Ribao* 23.12.2004
- Reja, B. / A. Talvitie (1998): *The Industrial Organization of Corruption: What is the Difference in Corruption Between Asia and Africa*, Washington, DC: World Bank
- Robinson, T. / D. Shambaugh (eds.) (1994): *Chinese Foreign Policy, Theory and Practice*, London: Clarendon Press

- Ross, L. (2000): China, Environmental Protection, Domestic Policy Trends, Patterns of Participation in Regimes and Compliance with International Norms, in: Edmonds, Richard L. (ed.): *Managing the Chinese Environment*, Oxford et al.: Oxford Univ. Press, 85–111
- Roy, D. (1998): *China's Foreign Relations*, London: MacMillan
- Schucher, G. (2005): China hat 1,3 Mrd. Einwohner, in: *China Aktuell* XXXIV (1), 24–26
- Schüller, M. (2005): Wirtschaftsmacht China, in: *Die politische Meinung* 50 (423) 41–47
- (2004): Chinas Landwirtschaft, Neue Entwicklungstrends nach dem WTO-Beitritt, in: *China aktuell* XXXIII (4), 515–527
- Schüller, M. / M. Albrecht: Chinas Innovationskapazität auf dem Prüfstand, in: *China aktuell*, XXXIV (2), 21–31
- Senz, A. D. (2005): Dorfwahlen als Beginn einer Demokratisierung in China?, in: T. Klein / R. Zöllner (Hrsg.), *Menschenrechte und Demokratie in China*, München 2005 (im Erscheinen)
- (2003): *Korruption in Hongkong, Eine Analyse zum Zusammenhang von Souveränitätswechsel und Korruptionseentwicklung*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- Shambaugh, D. (2004): China Engages Asia: Reshaping the Regional Order, in: *International Security* 29 (3), 64–99
- Shapiro, J. (2001): *Mao's War Against Nature*, Cambridge et al.: Cambridge University Press
- Song, O. / Z. Zhang / B. Qiao (1996): *Zhongguo keyi shuo bu* (China kann nein sagen), Peking
- Song, O. et al. (1996): *Zhongguo haishi neng shuo bu* (China kann immer noch nein sagen) Peking
- Tang, W. (2005): *Public Opinion and Political Change in China*, Stanford: Stanford University Press
- Tang, Y. (2002): China and UN Peace-keeping, in: *World Economy and Politics* 9/2002, 40–48
- Taube, M. (2003): Chinas Rückkehr in die Weltgemeinschaft: Triebkräfte und Widerstände auf dem Weg zum Global Player, in: M. Schüller, *Strukturwandel in den deutsch-chinesischen Beziehungen – Analysen und Praxisberichte*, Hamburg: Institut für Asienkunde, 24–55
- Tay, S. S. / M. Seda (eds.) (2003): *The Enemy within: Combatting Corruption in Asia*, London et al.: Eastern University Press
- Thielke, T. (2005): Pilgerfahrt nach Peking, in: *DER SPIEGEL* 42/2005 v. 17.10.2005, 100–104
- UNCTAD (2000): *World Investment Report 2000*, New York, Genf: UNCTAD
- Vogel, E. (2004): The Rise of China and the Changing Face of East Asia, in: *Asia-Pacific-Review* 11 (1), 46–57
- Wang, F.-L. (2005): Preservation, Prosperity and Power: what motivates China's foreign policy?, in: *Journal of Contemporary China* 14 (45), 669–694
- Wang, H. (2003): National Image Building and Chinese Foreign Policy, in: *China: An International Journal* 1 (1), 46–72
- (2000): Multilateralism in Chinese Foreign Policy: The Limits of Socialization?, in: W. Hu (ed.): *China's International Relations in the 21st Century, Dynamics of Paradigm, Shifts*, Boston: University of America Press, 71–92
- Wei, P. (2003): Toward a Consultative Role of Law Regime in China, in: *Journal of Contemporary China* 12 (34), 3–43
- Wilson, D. / R. Purushothaman (2003): *Dreaming with BRICs: The Path to 2050*, Goldman Sachs (Global Economics Paper 99); online: <http://www.gs.com/insight/research/reports/report6.html> (Stand: 20.05.05)
- Wong, T. / T. Zhang (2002): Three Dimensions of Rural Issues and Policy Options, in: J. Wong / Y. Zheng (eds.): *China's Post-Jiang Leadership Succession, Problems and Perspectives*, Singapore: Singapore Univ. Press, 215–230
- Wu, Y. (2002): *Quanqiu hua de xingzhi he libi* (Vor- und Nachteile des Wesens von Globalisierung), in: K. Yu (Hrsg.), *Quanqiu hua: Xifang hua haishi Zhongguo hua?* (Globalisierung: Verwestlichung oder Sinisierung?). Beijing: Shehui kexue wenxian chubanshe, 160–173
- Xiang, L. (2004): China's Eurasian Experiment, in: *Survival* 2/2004, 109–122

- Xie, Z. (2002): Dangzheng lingdao ganbu dui 2001-2002 nian shehui xingshi de jiben kanfa (Grundlegende Einstellungen führender Kader von Partei und Regierung im Hinblick auf die gesellschaftliche Lage in den Jahren 2001-2002), in: X. Ru et al. (Hrsg.), Shehui lanpishu 2002 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce (Blaubuch der chinesischen Gesellschaft 2002: Analysen und Prognosen der sozialen Lage Chinas), Beijing: Zhongguo shehui kexue chubanshe, 31–38
- Xu, X. et al. (2001): Chaoji daguo de benggui. Sulian jieti yuanyin tanxi (Zusammenbruch einer Supermacht: Analyse der Gründe für den Zerfall der Sowjetunion), Beijing
- Yan, S. (1999): Reform, State, and Corruption: Is Corruption Less Destructive in China than in Russia?, in: *Comparative Politics*, 32 (1), 1–20
- Yang, D. (2005): China's Looming Labor Shortage, in: *Far Eastern Economic Review* 168 (2), 19–24
- Yang, X. D. (2005): Fengxian shehui yu chengxu zhongjian (Risikogesellschaft und Wiederaufbau von Verfahrensregeln), Beijing: Shehui kexue wenxian chubanshe
- Ye, G. (2004): Guanyu zujin cheng xiang xietiao fazhan de ji ge sikao (Überlegungen zur Koordination der Entwicklung zwischen Stadt und Land), in: *Nongye Jingji Wenti* (Agricultural Issues) 1/2004, 14–18
- Yin, Y. (2004): Disparities between Urban and Rural Areas and Among Different Regions in China, in: OECD (ed.), *Income Disparities in China: an OECD Perspective*, Paris: OECD, 49–63
- Yu, K. (Hrsg.) (2002a): Jieshulun – Quanqiu-hua: Zhongguo xuezhe de zhenglun (Schlussfolgerung – Globalisierung: Differenzen chinesischer Wissenschaftler), in: derselbe (Hrsg.), Xifanghua haishi Zhongguo-hua? (Globalisierung: Verwestlichung oder Sinisierung?), Beijing: Shehui kexue wenxian chubanshe, 297–304
- Yu, K. (2002b): Daolun – quanqiu-hua: Meiguohua he Xifanghua, haishi Zhongguohua? (Einführung – Globalisierung: Amerikanisierung und Verwestlichung oder Sinisierung?), in: derselbe (Hrsg.), Quanqiu-hua: Xifanghua haishi Zhongguohua? (Globalisierung: Verwestlichung oder Sinisierung?), Beijing: Shehui kexue wenxian chubanshe, 1–27
- Yuan, J. (2003): Chinese Perspectives on Multilateralism: Implications for Cooperative Security in Asia Pacific, in: S. Nagel (ed.), *Policymaking and Peace: a Multinational Anthology*, Lanham et al.: Lexington, 103–127
- Zhao, Q. (1996): *Interpreting Chinese Foreign Policy*, Hong Kong: Oxford Univ. Press
- Zhao, S. (ed.) (2004): *Chinese Foreign Policy: Pragmatism and Strategic Behaviour*, Armonk, London: Sharpe
- Zheng, B. (2005): China's 'Peaceful Rise' to Great-Power Status, in: *Foreign Affairs* 84 (5), 18–24
- Zheng, Y. (2000): Nationalism, Globalism and China's International Relations, in: W. Hu (ed.): *China's International Relations in the 21st Century: Dynamics of Paradigm, Shifts*, Boston: University of America Press, 93–116
- Zweig, D. / J. Bi (2005): China's Global Hunt for Energy, in: *Foreign Affairs* 84 (5), 25–38

Publikationen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik

Schriften in der Nomos Verlagsgesellschaft

Neubert, Susanne / Waltina Scheumann / Annette van Edig, / Walter Huppert (Hrsg.): Integriertes Wasserressourcen-Management (IWRM): Ein Konzept in die Praxis überführen, 314 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-1111-1

Messner, Dirk / Imme Scholz (Hrsg.): Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, 410 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-1005-0

Brandt, Hartmut / Uwe Otzen: Armutorientierte landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung, 342 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-0555-3

[zu beziehen über den Buchhandel]

Schriftenreihe im Weltforum Verlag

118 *Ashoff, Guido*: Der Entwicklungshilfeausschuss der OECD und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit: ein Verhältnis auf dem Prüfstand, 182 S., Bonn 2000, ISBN 3-8039-0497-8

117 *Scholz, Imme*: Nutzung natürlicher Ressourcen zwischen Raubbau und Nachhaltigkeit: Sozioökonomische Bedingungen und unternehmerische Handlungsmuster, 446 S., Bonn 1999, ISBN 3-8039-0492-7

[zu beziehen über den Buchhandel]

Berichte und Gutachten

11/04 *Scholz, Imme et al.*: Sociedade civil e política ambiental na Amazônia. Os casos da barragem de Belo Monte e da rodovia federal BR-163, 85 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-272-6 (deutsche Fassung: ISBN 3-88985-260-2 – Berichte und Gutachten 12/03)

10/04 *Qualmann, Regine et al.*: Negotiating Economic Partnership Agreements with the EU. Opportunities, Risks, and Negotiation Options for Tanzania, 70 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-270-X

9/2004 *Goedeking, Ulrich*: Staatliche Regulierung des Engagements deutscher zivilgesellschaftlicher Organisationen und ihrer Partner in Entwicklungs- und Transformationsländern: Restriktionen und Reaktionsmöglichkeiten der deutschen EZ, 52 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-269-9

8/2004 *Brandt, Hartmut*: Probleme und Tendenzen der Agrarpolitik in Subsahara-Afrika, 87 S., Bonn 2004, ISBN 3-88985-268-8

[Schutzgebühr: 9,63 Euro; zu beziehen beim DIE oder über den Buchhandel. Diese Schriftenreihe wurde eingestellt und ab November 2004 durch die neue Schriftenreihe „*Studies*“ ersetzt.]

Neue Publikationsreihen ab November 2004

Studies

- 14 *Herrfahrdt, Elke et al.* (2006): Water Governance in the Kyrgyz Agricultural Sector: On its Way to Integrated Water Resource Management?, 194 S., Bonn 2006, ISBN 3388985-306-4
- 13 *Klingebiel, Stephan et al.* (2006): New Interfaces between Security and Development: Changing Concepts and Approaches, 147 S., Bonn 2006, ISBN 3388985-305-4
- 12 *Pfahl, Stefanie / Dennis Tänzler*: Bestandsaufnahme und Bewertung von *Capacity Development*-Maßnahmen im Bereich der internationalen Klimapolitik, 135 S., Bonn 2005, ISBN 388985-300-1
- 11 *Ashoff, Guido*: Enhancing Policy Coherence for Development: Justification, Recognition and Approaches to Achievement, 128 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-299-8 (deutsche Fassung: ISBN 3-88985-286-6 – Studies 6)
- 10 *Schmidt, Petra*: Budgethilfe in der Entwicklungszusammenarbeit der EU, 137 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-295-5
- 9 *Loewe, Markus*: Relevanz der *Millennium Development Goals* (MDGs) für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrika sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region, 225 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-294-7
- 8 *Dussel Peters, Enrique*: Economic Opportunities and Challenges Posed by China for Mexico and Central America, 140 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-290-4
- 7 *Müller, Katharina et al.*: Transforming the Latvian Health System: Accessibility of Health Services from a Pro-poor Perspective, 119 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-289-0

[Schutzgebühr: 10,00 Euro; zu beziehen beim DIE oder über den Buchhandel]

Discussion Paper

- 2/2006 *Berensmann, Kathrin / Frank Schroeder*: A Proposal for a New International Debt Framework (IDF) for the Prevention and Resolution of Debt Crisis in Middle-Income Countries, .23 S., Bonn 2006, ISBN 3-88985-303-X
- 1/2006 *Uexküll, Erik von*: Identifying Financial Constraints under Trade Liberalization: Lessons from Kenya, Uganda and Ghana, 30 S., Bonn 2006, ISBN 3-88985-302-1
- 12/2005 *Loewe, Markus*: Die *Millennium Development Goals*: Hintergrund, Bedeutung und Bewertung aus Sicht der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, 28 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-294-7
- 11/2005 *Messner, Dirk / Imme Scholz*: Finanzierung internationaler Zusammenarbeit in der deutschen Außen- und Sicherheits-, Entwicklungs- und Umweltpolitik, 32 S., Bonn 2005, ISBN 3-88985-298-X
- 10/2005 *Scheumann, Waltina / Susanne Neubert*: Empfehlungen zur strategischen Orientierung der EZ im grenzüberschreitenden Gewässermanagement in Afrika, 21 S., Bonn

[Schutzgebühr: 6,00 Euro; zu beziehen beim DIE oder über den Buchhandel]

Eine vollständige Auflistung erhältlichlicher Publikationen des DIE finden Sie unter:

<http://www.die-gdi.de>